Schleswig-Holsteinischer Landtag **Plenarprotokoll 10/11**
10. Wahlperiode 26. 10. 83

11. Sitzung

Kiel, Mittwoch, 26. Oktober 1983

Mitteilungen des Präsidenten 544

Fortsetzung der Beratung

a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1984 (Haushaltsgesetz 1984)
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/110

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Entlastung des Landeshaushalts Schleswig-Holsteins 1984 (Haushaltsbegleitgesetz 1984)
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/131

c) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/138

d) Sanierung des Landeshaushalts
Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/144

e) Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1983 bis 1987
Bericht der Landesregierung
Drucksache 10/132

Dr. Klingner (SPD) 544, 566, 598
Lorenzen (CDU) 551
Meyer (SSW) 556, 588
Asmussen, Finanzminister 559
Arens (SPD) 567
Dr. Bendixen, Kultusminister 569
Zahn (SPD) 571
Claussen, Innenminister 572, 594, 599
Liebrecht (SPD) 574
Hagemann (CDU) 578
Frau Warnicke (SPD) 582
Lumma (SPD) 585
Spaeth (CDU) 589, 598
Dr. Lemke (CDU) 591
Gunnesson (SPD) 593
Jensen (SPD) 597

Beschluß: Überweisung der Gesetzentwürfe Drucksachen 10/110 und 10/131 und des Berichts Drucksache 10/132 an den Finanzausschuß und an die Fachausschüsse 599

Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 10/138 an den Innen- und Rechtsausschuß und den Finanzausschuß 599

Überweisung des Antrages Drucksache 10/144 an den Finanzausschuß 599

Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Bereich der Krankenhäuser

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/146

Ramler (SPD) 600, 605
Gräfin von Brockdorff, Sozialministerin . 601
Amthor (SPD) 603
Rösler (CDU) 604
Meyer (SSW) 605

Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß und an den Wirtschaftsausschuß 606

Regierungsbank:

Dr. Barschel, Ministerpräsident

Dr. Schwarz, Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Justizminister und Minister für Bundesangelegenheiten

Claussen, Innenminister

Asmussen, Finanzminister

Dr. Westphal, Minister für Wirtschaft und Verkehr

Flessner, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Gräfin von Brockdorff, Sozialministerin

Dr. Bendixen, Kultusminister

Beginn: 10.01 Uhr

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist eröffnet.

Beurlaubt ist der Herr Abgeordnete Kribben.

Ich habe die große Freude, dem Herrn Kollegen Stock zum Geburtstag gratulieren zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Wenn ich richtig gerechnet habe, Kollege Stock, dann sind Sie heute 53 Jahre alt geworden. Ein schönes Alter!

(Heiterkeit - Hoffmann [CDU]: Dahin kommen wir alle noch!)

Meine Damen und Herren, wir setzen die 6. Tagung des Landtages fort und nehmen die Beratung der Punkte 2, 3, 4, 5 und 9 der Tagesordnung wieder auf:

Fortsetzung der Beratung

a) **Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 1984 (Haushaltsgesetz 1984)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/110

b) **Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Entlastung des Landeshaushalts Schleswig-Holstein 1984 (Haushaltsbegleitgesetz 1984)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/131

c) **Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 10/138

d) **Sanierung des Landeshaushalts**

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 10/144

e) **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 1983 bis 1987**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 10/132

Zunächst werden die finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen sowie der Finanzminister, soweit er die Absicht hat, in die Debatte einzugreifen, das Wort zur Aussprache über den Haushaltsentwurf und die damit zusammenhängenden Punkte erhalten. Im Anschluß daran steht dann der Entwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zur Debatte.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klingner.

Dr. Klingner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um die Debatte - auch zur Sache - an der Stelle aufzunehmen, an der wir sie gestern unterbrochen haben, möchte ich zu Beginn meine Ausführungen einer Legendenbildung vorbeugen.

Die CDU hat vor den letzten Wahlen plakativ Arbeitslosigkeit, Schulden und Pleiten angeprangert. Heute, nach einem Jahr, haben Schulden, Arbeitslosigkeit und Pleiten zugenommen und sind nicht gesunken.

(Beifall bei der SPD)

Das ist so ein wenig wie mit den Rosinen im Kuchen: Wo es eine leidlich positive Entwicklung gibt, wie bei den Teuerungsraten, ist das natürlich auf die jetzt Verantwortlichen zurückzuführen, und wenn es um negative Entwicklungen geht, dann sind eben die Vorgänger daran schuld. So einfach, meine Damen und Herren von der Rechten, können Sie sich die Sache nicht machen.

(Beifall bei der SPD)

Und noch ein Hinweis: Die CDU hat in Bonn in aller Regel während der Zeit der sozialliberalen Koalition im Bundestag eine Erhöhung der konsumtiven Ausgaben beantragt und Einschränkungen widersprochen. Auch dies sollte man gelegentlich erwähnen.

Meine Damen und Herren, bevor ich auf Einzelheiten des Haushalts eingehe, muß ich die Aufmerksamkeit der geschätzten Kollegen auf eine Zahlenreihe lenken. Sie finden sie zum Nachlesen ganz oben in der Anlage 4 zum Finanzplan. Wenn Sie dort nachschauen, stellen Sie fest: Die **Lohnsteuer** soll von 2,2 Milliarden DM auf 3,1 Milliarden DM steigen, also um fast 900 Millionen DM. Diese **900 Millionen DM** Steigerung um mehr als 40 %, das ist die brisanteste Zahl in dieser ganzen Finanzplanung.

(Beifall bei der SPD)

Darauf müssen wir unser Augenmerk richten. Von den rund 1 Million Arbeitnehmern, die wir hier im Lande haben, soll jeder im Jahre 1987 annähernd 900 DM mehr an Lohnsteuer zahlen. Das ist unglaublich, und das ist für die Arbeitnehmer im Lande auch unzumutbar.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, um eben diese 900 Millionen DM - so ist uns gestern ja gesagt worden - soll die **Kreditaufnahme** gesenkt werden. Die Zahlen entsprechen sich in wirklich verblüffender Weise. Und das - 900 Millionen Steigerung bei der Lohn-

(Dr. Klingner)

steuer und im selben Maße Zurückführung der Kreditaufnahme – nennt die CDU dann „eiserne" und „extreme Sparsamkeit"! Was lernen wir daraus, meine Damen und Herren? Was heißt für die CDU „Sparen"? Was nennt die CDU „Sparsamkeit"? Die Arbeitnehmer sollen mit einer drastischen Steuererhöhung von mehr als 40 % den Landeshaushalt vor dem Kollaps retten. So sieht die Wirklichkeit aus!

(Beifall bei der SPD)

Die Rechten stöhnen – wie gestern hier ja auch – über die Belastung der Wirtschaft. Und was tun Sie? Sie wollen den Arbeitnehmern das Fell über die Ohren ziehen. So soll dieser Finanzplan funktionieren. Meine Damen und Herren, das kann, und das wird auch nicht aufgehen. Dieses Bußgeld für das Vertrauen von Arbeitnehmern auf die Aufschwungparolen ist nicht durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte einen Finanzminister zitieren; dieser Finanzminister forderte „Maßnahmen, um die Haushaltslücken zu schließen, die entstanden sind, weil in den Jahren der Konjunktur Ausgaben beschlossen wurden, die bei normalem Wachstum längerfristig nicht aus ordentlichen Einnahmen gedeckt werden konnten". Das hört sich vertraut an; es könnte von Herrn Asmussen stammen, ist aber nicht von ihm. Das hat Hans-Helmuth Qualen im Jahre 1967 von dieser Stelle aus gesagt. Der gute Qualen fuhr damals fort – 1967 –:

„Die Frage nach der Schuld an dem bösen Erbe"

– Er sprach auch vom „bösen Erbe"

„ist müßig; sie lastet auf vielen Schultern."

Seine Erblast war vermutlich Ludwig Ehrhard; aber das ist ein anderes Thema.

Als Gerd Lausen dann antrat, sprach er vom „dringend nötigen Stabilisierungsprozeß" und wollte alles dransetzen – wie wir es gestern auch hier gehört haben –, die Finanzierungsdefizite zu verringern.

Als Rudolf Titzck hier begann, ging es um den schrittweisen Abbau der Neuverschuldung, um ihre „nachhaltige Verringerung" – Sie kennen diese Vokabeln ja alle. 1982 war es sein „unverzichtbares Ziel", die Neuverschuldung abzubauen. Damals reichte der Vorsatz kein Vierteljahr, dann kam das kreditfinanzierte 421-Millionen-Programm. Über die Fortsetzung haben wir gestern gesprochen.

Meine Damen und Herren, ich darf diese Jahre einmal gerafft zusammenfassen: Die Finanzminister dieses Landes kommen und gehen, die **Schulden** des Landes aber bleiben bestehen. Sie erreichten und überholten die Gesamteinnahmen, sie steigen weiter, und die Finanzplanungen sind – solange ich es hier erlebt habe – immer falsch gewesen. Auch diese ist nicht besser.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, über die Notwendigkeit von Krediten kann und muß man sprechen. Kreditfinanzierung ist für den Staat wie für ein Wirtschaftsunternehmen normal und nötig, soweit es um Aufwendungen für die Zukunftssicherung geht und der Schuldendienst gesichert ist. Was wir aber anzuprangern haben, das ist die Heuchelei der Rechten: Nach außen die Verschuldung zu beklagen und selbst zu pumpen, was das Zeug hält!

(Beifall bei der SPD)

Aktuelles Beispiel sind die USA. Vor drei Jahren trat Reagan an und sagte: In zwei Jahren habe ich den Haushalt ausgeglichen! Was ist heute? Ein 200 Milliarden-Dollar-Defizit, und seine Mitstreiter werden nicht müde zu begründen, warum dies richtig und nötig ist. Das sind auch so Moden – na ja!

(Latendorf [CDU]: Sie scheinen ja die ganze Weisheit der Welt gepachtet zu haben!)

– Ach, wissen Sie, Kollege Latendorf: Wenn man das so lange beobachtet und die Moden in dieser Hinsicht verfolgt, dann merkt man das sehr schnell. Sie haben das ganze ja noch länger verfolgt und wüßten wohl ein Lied davon zu singen.

(Latendorf [CDU]: Deshalb sage ich ja auch nichts mehr! – Heiterkeit)

Herr Stoltenberg hat den Bürgern unseres Landes in einer jahrelangen Kampagne mit großem Erfolg – vor der Kampagne muß man wirklich alle Achtung haben – Angst vor den öffentlichen Schulden eingejagt. Er selbst und seine Nachfolger haben sich nie gescheut, Kredite aufzunehmen. Der Landeshaushalt muß deshalb nicht nur konsolidiert, sondern saniert werden, wie es jetzt erstmals regierungsamtlich in der Begründung zur FAG-Novelle steht.

Sehen wir uns also einmal diese Sanierung an und erinnern wir uns: In der **mittelfristigen Finanzplanung** haben die Einnahmeschätzungen meist nicht gestimmt. Sie waren weit übertrieben, weil sie nur rechnerische Fortschreibung waren und politische Entscheidungen nicht berücksichtigten.

Ich nehme mir ein Beispiel vor: **Umsatzsteuer**. Der Bund will das den Ländern jetzt als Ausgleich zugestandene Prozent ab 1986 wieder haben. So steht es ausdrücklich in der Finanzplanung des Bundes. Hier in der Finanzplanung steht nichts davon. Zweimal kann aber das Geld nicht ausgegeben werden. Da treibt die CDU ein doppeltes Spiel. Eine Stütze der Sanierung bricht.

Und was wird aus der immer dringlicher werdenden Erhöhung des **EG-Anteils** an der Umsatzsteuer? Da kommt doch etwas. Das wissen wir doch. Aber da geht die nächste Stütze in die Brüche.

Sehen wir uns die Steuern insgesamt an. Hier ist gestern so viel von der Steuerbelastung gesprochen worden. Die Steuern sollen laut Finanzplan deutlich schneller steigen als das Sozialprodukt. Nominal 6 % Wachstum wird da geschrieben. Aber 7 % soll das Steueraufkommen steigen, sogar mehr. Die **Steuerquote** soll so – auch nach der amtlichen Steuerschätzung – von Jahr zu Jahr steigen, nicht sinken,

(Dr. Klingner)

meine Damen und Herren. Die Steuerquote wird nach der Finanzplanung bis auf stolze 24 1/2 % 1987 ansteigen. Die Rechtskoalition steuert uns in Richtung auf einen bundesrepublikanischen Rekord, was die Steuern angeht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das haben wir doch gestern anders gehört. Die Steuerquote wurde beklagt. Die Staatsquote wird beklagt. Das ist ja nicht nur hier so. Wir haben eine vergleichbare Diskussion in den USA und in Großbritannien. Auch dort ist die Staatsquote bei allem Jammern der Rechten gestiegen, nicht gesunken. Sie reden über weniger Staat, aber mehr Geld wollen Sie auch.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, diesen Widerspruch, bei Klagen über die Steuerquote in diesem Tempo die Steuern steigen zu lassen, werden Sie auflösen müssen. Das ist so nicht durchzusetzen. Und dann bricht wieder eine Stütze der Sanierung. Bluff mag zwar beim Pokerspiel nützlich sein, aber für Finanzplanung ist das nicht die richtige Grundlage.

Ein nächstes Beispiel: **Klagen** von Bundesländern **gegen den Finanzausgleich**. Wenn Bremen und Nordrhein-Westfalen mehr kriegen sollen, heißt das, daß wir weniger kriegen. Wieder ging eine Stütze in die Brüche.

Den Bürgern - ich nehme ein aktuelles Beispiel - wird Senkung der Lohn- und Einkommensteuer angekündigt. 12 bis 16 Milliarden DM, sagt Herr Stoltenberg. Das ist ja nötig. Ich habe ja gesagt, daß die drastische Belastung der Löhne so nicht hinnehmbar ist. Aber von den zwangsläufigen Einnahmeausfällen - 12 bis 16 Milliarden DM - steht nichts in der Finanzplanung. Meine Damen und Herren, das geht doch nicht auf. Wir können doch nicht durchlassen, daß gleichzeitig mit diesen Steuereinnahmen, die ich aufgezählt habe, hier so getan wird, als könne man den Haushalt sanieren und dem Bürger Steuersenkungen versprechen. Nur eines geht. Sie können nicht beides zugleich tun.

(Beifall bei der SPD)

Herr Stoltenberg hat hier oft davon gesprochen, Sach- und Finanzpolitik müßten einheitlich sein. Jetzt, wo er es leisten soll, kommt warme Luft.

Meine Damen und Herren, was ist mit dem **Familienlastenausgleich**, von dem die Union-SoPos, die CDA, so gerne und schwärmerisch sprechen? Will man wirklich Familien entlasten, wenn es nicht nur um Kleingeld geht, dann müssen entweder Alleinstehende deutlich höhere Steuern zahlen oder das Lohn- und Einkommensteueraufkommen muß sinken. Das erstere werden die SoPos nicht durchsetzen, und vom zweiten steht nichts in der Finanzplanung. Soll man den Einfluß der CDA auf die CDU ernst nehmen - das fällt natürlich schwer -, dann müßte eine weitere Stütze der Finanzplanung bersten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich denke, das sind Beispiele dafür, wo die Schwachstellen auf der Einnahmeseite sind.

Meine Damen und Herren, dieser Landtag, die Bürger unseres Landes dürfen einen brauchbaren, einen ehrlichen Finanzplan verlangen, eine Planung, auf die Bürger und Wirtschaft wirklich bauen können. Wer auf diesen Finanzplan vertraut, hat auf Sand gebaut.

(Beifall bei der SPD)

Es geht nicht um Details, aber die Linien, die Größenordnungen müssen stimmen.

Meine Damen und Herren, die Angaben auch auf der **Ausgabenseite** verdienen mehr Beleuchtung, als sie die Landesregierung gibt. Es mag sein, daß das Haushalts-Make-up nicht mehr Licht verträgt.

Ein Beispiel: Die **Baumaßnahmen**. Für 210 Millionen DM werden sie auf unbestimmte Zeit vertagt. Und das ist mehr, als was im 421-Millionen-DM-Programm als Hoch- und Tiefbauaufträge drinstand.

(Latendorf [CDU]: Trotzdem bleibt die Gesamtsumme noch wesentlich höher als im Vorjahr!)

Das haben wir oft genug diskutiert.

Jetzt die nächste Frage, die sich anschließt: Wo sind die nötigen **Ersatzmaßnahmen**? Wo ist das neue Unterbringungskonzept für die Landesbehörden in Kiel? Es wird zwar davon gesprochen, aber noch habe ich es nicht gesehen, vor allen Dingen nicht das Geld. Wird der Verwaltungsnachwuchs in Altenholz in seinen Baracken dauerhaft verbleiben, wenn wir denn noch an Nachwuchs denken? Was passiert in Flensburg mit der Berufsfachschule, mit der Polizei in Ratzeburg? Die CDU hat hier mit großem Eifer einen Konzentrationsplan für Fürsorgeerziehung durchgesetzt. Jetzt läuft er nicht mehr. Was nun? Was wird in Schleswig, was in Selent? Die SPD hat doch - mein Kollege Hager - konkrete Vorschläge zur Zusammenarbeit mit den freien Trägern gemacht. Will die Landesregierung die jetzt übernehmen? Oder was soll laufen? Wie sollen die Probleme im Justizvollzug in Neumünster gelöst werden? Die Vollzugsanstalt in Neumünster ist doch auch nach der Wende überlastet. Der Mammut-Knast in Moltsfelde wird unbezahlbar. Das habe ich schon so oft gesagt, daß ich es kaum mehr über die Lippen bringe. Was nun? Wenn die Landesregierung ihre Pläne nach Millionen-Planungsaufwand aufgibt, muß doch jetzt eine Ersatzlösung her; sicherlich eine kleine, aber irgend etwas kostet das doch auch. Wo steht im Finanzplan, was das kostet? Meine Damen und Herren, wo sind die Mittel dafür? Das fragen wir jetzt.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes Beispiel. Gestern ist das Thema **„Waldsterben"** angesprochen worden. Ich will es in anderem Zusammenhang ansprechen. In unseren Nachbarländern werden inzwischen jährlich Millionen für Maßnahmen eingesetzt; Kalkung oder so etwas. Niedersachsen macht das. Ich habe das jetzt im Herbst

(Dr. Klingner)

gerade beobachtet. Es mag sein, daß das nicht der Weisheit letzter Schluß ist, aber die Forschung wird uns sicher bald sagen, was zur Behandlung der Wälder nötig ist. Was immer die vorschlagen, es wird Geld kosten, und zwar viel Geld, Millionen. Ich nehme eher an, eine dreistellige als eine zweistellige Millionensumme. Es ist völlig richtig, daß die eigentlichen Maßnahmen an der Quelle, beim sauren Regen, einsetzen müssen. Aber bis die wirken, dauert das viele Jahre. Dazwischen wird etwas geschehen müssen, und das wird Geld, viel Geld kosten. Jetzt ist die Frage: Wo steht das im Finanzplan? Dafür ist er doch da.

(Beifall bei der SPD)

Eine mittelfristige **Personalplanung** steht nicht drin. Die Landesregierung habe keine Beschlüsse gefaßt, heißt es dazu schlicht, zu schlicht, wie ich meine. Das 1983er Streichungssoll ist nicht erfüllt. Deshalb wird das Soll für 1984 erhöht und der Rest aus 1983 draufgepackt. Das ist natürlich noch kein Konzept. Die Mitarbeiter unseres Landes sind wegen Aufgaben eingestellt, nicht aus Jux. Herr Hoffmann, nirgends ist doch ein massenhafter Abbau von Aufgaben der Landesverwaltung erkennbar. Sie nannten gestern ein konkretes Beispiel, dazu noch ein kommunales, das Beispiel mit den Abenteuerspielplätzen. Das ist doch eher abenteuerlich als hilfreich für die Lösung unserer Probleme.

(Beifall bei der SPD)

In der Realität sieht das so aus: Die neuen Bonner Steuergesetze bringen außer sozialer Ungerechtigkeit – darüber hat Herr Engholm hier gesprochen – vor allem mehr Arbeit für unsere Finanzämter. Vor der Wende sprach die CDU von einer Vereinfachung des Steuerrechts, nach der Wende kompliziert und bürokratisiert sie. Daß die neuen Steuergesetze so schlecht sind, wird inzwischen auch von der Landesregierung nicht mehr geleugnet. Herr Schleifer hat das ja vor den Steuerberatern deutlich ausgeführt. Meine Damen und Herren, nur die Konsequenz fehlt. Vor dem Hintergrund der personalaufwendigen neuen Bonner Gesetze kann man doch nicht über Personalstreichungen sprechen. Das paßt nicht zusammen. Das ist eine Zumutung.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, eine Zumutung sind die hier wieder vorgeschlagenen **globalen Minderausgaben**. Ich will loben, daß die meisten Minister sie vermieden haben. Aber auch vom Kultusminister und auch von der Sozialministerin muß verlangt werden, daß sie die Kürzungen nachprüfbar aufteilen. Um etwas Lästerliches zu sagen: Diese Ministerien müssen ihren schlechten Ruf ja nicht dauernd unterstreichen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich meine, in verwaltungsmäßiger Hinsicht. Ich will jetzt über die Frage mit den Heringen und den Köpfen und wie die Reihenfolge ist, nicht sprechen. Aber, meine Damen und Herren, ich will noch einmal daran erinnern, was in dem Kommentar zur Landessatzung steht. Da ist ausgeführt:

„Die globale Minderausgabe stellt – –"

(Stäcker [CDU]: Es gibt doch nur einen!)

– in dem, den Sie auch kennen, Herr Missionar,

(Heiterkeit – Stäcker [CDU]: Sie waren auch schon besser!)

steht:

„Die globale Minderausgabe stellt einen rechtswidrigen Verstoß gegen die Ausgleichspflicht und das Gebot der Haushaltswahrheit dar."

Einen rechtswidrigen Verstoß stellt dies dar. Sie kennen auch den Verfasser: Dr. Dr. Uwe Barschel. Wenn er jetzt hier wäre, würde ich sagen: Er darf sich ernst nehmen. Das wäre ein Barschel am richtigen Platz.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, was ist nun zu tun? Die **Sozialhilfelast** – ich beginne mit dem Beispiel – steigt sprunghaft an – es ist gestern ausgeführt worden –, noch deutlicher als das Steueraufkommen. Sie wird zu einem bestimmenden Faktor des Landeshaushalts, gewichtiger als die Bauausgaben. Hauptgrund ist der **Sozialabbau in Bonn**. Immer weniger Rentner können zu immer geringeren Teilen ihren Heimplatz bezahlen. Was das Streichertrio Stoltenberg – Lambsdorff – Blüm kappt, kommt hier zu einem erheblichen Teil als Sozialhilfelast an. Soweit der Sachverhalt.

600 Millionen DM 1987 sind ja ein Stück Geld für den Landeshaushalt. Was folgt in finanzpolitischer Hinsicht daraus? Sozialhilfe mit Betreuung, Verwaltung und Finanzierung in eine Hand zu geben, das ist wünschenswert und erforderlich als Teil einer Verwaltungsreform in Richtung auf bessere Leistungen für die Betroffenen, aber auch in Richtung auf Kostensenkung und natürlich auch auf Übersichtlichkeit; hier vor allem zur besseren Abstimmung ambulanter und stationärer Hilfen. Ich hoffe, daß da Einigkeit besteht. Das ist für mich eine wirkliche Alternative zur Fortschreibung der Entwicklung, auch der Entwicklung mit ihren Kosten. Aber, meine Damen und Herren, diese Aufgabe zur Reform verfehlt, wer versucht, die Kreise und Gemeinden bei der Reform finanziell übers Ohr zu hauen, wie das in diesem Sommer versucht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Wer Delegation von Aufgaben mit einem Kostenanstieg von 10 % durch Finanzmittel mit 7prozentigem Wachstum bezahlen will, handelt unfair und er schadet vor allem der Sache, um die es uns hier geht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn das alles noch unter Zeitdruck, hinter verschlossenen Türen verhandelt werden soll, spürt man förmlich den Pferdefuß.

Nötig, meine Damen und Herren, ist ein faires Finanzangebot des Landes zu dieser Sache und eine offene

(Dr. Klingner)

Diskussion mit den Betroffenen. Das heißt auch, daß dieser Referentenentwurf der Sozialministerin offiziell zurückgezogen, daß ein neuer Entwurf rechtzeitig vorgestellt und mit den Betroffenen in einer sachlichen Atmosphäre erörtert werden muß, ohne den Versuch, den Kommunen dabei das Fell über die Ohren zu ziehen. Auf der Grundlage kann man verhandeln.

(Beifall bei der SPD)

Da dürfen dann auch nicht willkürliche Altersgrenzen drinstehen, zum Beispiel für die Zuständigkeit. Das bedeutet doch nur neuen bürokratischen Aufwand. Die Frau Kollegin Lindenmeier hat ja auch darauf hingewiesen, daß die Kommunen nunmehr verwaltungsmäßig für Bürger in Landeskrankenhäusern zuständig werden sollen; das erweckt doch erhebliche Bedenken unter dem Gesichtspunkt, den wir vorhin erörtert haben.

Der Bund verschiebt Lasten zum Land und zu den Gemeinden. Wir haben das hier im Sommer schon diskutiert. Die Steuergeschenke, der Sozialabbau und so weiter wirken sich aus; die werden durch die zeitweilige Abtretung eines Umsatzsteuerprozents nicht ausgeglichen. So macht es der Bund mit uns, das Land will sich zu Lasten der Gemeinden sanieren. Meine Damen und Herren, das widerspricht doch den Vereinbarungen im Finanzplanungsrat von Bund und Ländern. Nach den Vereinbarungen sollten eindeutig Bund und Länder die Konsolidierung, jeder auf seiner Ebene, ohne Lastenverschiebung vornehmen.

(Beifall bei der SPD)

Der Griff in fremde Taschen ist prinzipiell keine Konsolidierung, das ist keine Sparleistung.

(Beifall bei der SPD)

Das Karussell der Lasten zwischen den Kassen des Bundes, der Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung, denen der Länder und Gemeinden als Sparleistung zu verkaufen, bedeutet eine Verhöhnung der Bürger und ihrer Sparbereitschaft.

(Beifall bei der SPD)

Dabei fällt auf, daß das Land ja nicht nur den Gemeinden Mittel entzieht, sondern auch der **Wohnungsbaukreditanstalt**, und so auch dort die Investitionskraft schwächt.

(Marschner [SPD]: Sehr richtig!)

Die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern müssen als Alternative zur Bewältigung der Krise in ganz anderer Weise überprüft werden. Nicht die Frage, wem wir einen Teil unserer Last zuschieben können oder wie wir uns gegen solche Praxis des Bundes wehren können, darf unsere Diskussion bestimmen. Beraten sollten wir darüber, ob die Finanzierung und Verwaltung öffentlicher Aufgaben zur Zeit optimal geregelt ist. Ich bin nicht dieser Meinung. Es geht und muß besser, billiger, ortsnäher, übersichtlicher für den Bürger gehen. Darauf sind wir angewiesen. Es muß **mehr Ortsnähe** statt Zentralität geben können; darauf sollten wir unsere Bemühungen richten. Es ist die Frage - und ich meine, die Frage beantwortet sich von selbst -, daß wir Mischfinanzierung und Mischverwaltung im Sinne von Effektivität, Kostenersparnis und Transparenz zurückdrängen müssen.

Meine Damen und Herren, die Finanznöte aller - sie bestehen ja auf allen Ebenen - dürfen uns nicht den Blick verstellen. Strukturprobleme sind in Zeiten knapper Kassen schwerer zu lösen. Das ist klar. Ihre Lösung allerdings ist dringender. Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung sind kein Luxus und auch kein historisches Relikt. Der Föderalismus mit seiner Teilung der Zuständigkeiten und die kommunale Selbstverwaltung können entscheidend helfen, die Krise zu meistern. Der Zug zur Zentralisierung, vor allem zu Zeiten der Großen Koalition, hat dem Föderalismus viel genommen. Aber was noch erhalten ist, gilt es zu aktivieren. Die Selbstverwaltung der Gemeinden - das muß gerade bei dieser Debatte betont werden - gilt es zu stärken; sie wird uns helfen. Die Stärke der Selbstverwaltung, die Kraft, die unsere Gemeinden haben, wird uns in unserer krisenhaften Situation helfen. Die **Selbstverwaltung** gilt es zu stärken und nicht zu schwächen, wie es die Landesregierung macht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Bundesrepublik Deutschland noch immer besser als andere die Krise der europäischen Industriestaaten meistert, dann meines Erachtens nicht zuletzt deshalb, weil sie weniger zentralistisch regiert wird.

Bund und Länder sprechen jetzt über die Auflösung der gemeinsamen Krankenhausfinanzierung. Ob das nun der geeignete Einstieg ist, mag man bezweifeln, weil parallel und unkoordiniert eine sozialpolitische Diskussion über eben diese Krankenhausfinanzierung läuft. Aber es ist immerhin ein Einstieg. Das soll man loben. Wenn ich mir das allerdings ansehe, müßte wesentlich mehr und wesentlich energischer eingestiegen werden.

Ich nenne Beispiele. Es ist nicht einzusehen, warum an der Finanzierung eines Wirtschaftsweges eine ganze Serie von Instanzen bis zur EG mitwirken muß oder warum eine andere gemeindliche Straße durch örtliche, Kreis-, Landes- und Bundesmittel finanziert wird, warum für ein örtliches, auch kleineres, Vorhaben ein halbes Dutzend - auch mehr - Anträge, Genehmigungen, Bewilligungen, Abrechnungen und Rechnungsprüfungen nötig sind. Meine Damen und Herren, das ist vom Verwaltungsablauf schwierig, aber bedenken Sie bitte auch, was das alles kostet. Ich durfte es Ihnen hier vor einiger Zeit einmal vorrechnen.

Wenn ich an die Mittel denke: Warum nicht das Geld unter Umständen statt in die Teerung eines Wirtschaftsweges in die Dorferneuerung gesteckt wird. Das könnte doch aus örtlicher Sicht dringender sein, aber - wie gesagt - wie die Töpfe verteilt sind, geht das dann nicht.

(Dr. Klingner)

Oder ein anderes Beispiel: Statt für eine breitere Gemeindeverbindungsstraße können die Mittel für ein besseres Busangebot nützlich sein.

(Beifall bei der SPD)

Aber dazu muß man bestimmte Strukturreformen durchführen, damit das möglich wird.

(Zuruf des Abgeordneten Latendorf [CDU])

– Bis zu einem bestimmten Maße ist das richtig. Aber was so gelegentlich an Gemeindeverbindungsstraßen existiert, das sind Prachtalleen; Sie wissen das.

Ich habe es mal wieder nachgezählt: Es gibt 68 Töpfe unter der Überschrift „Leistungen des Bundes an das Land", 91 Töpfe unter der Überschrift „Leistungen des Landes an Kreise und Gemeinden"; das ist zu unübersichtlich und das ist letztlich auch zu teuer. Da muß durchgeforstet werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die SPD hat zum Verhältnis Land/Kommunen konkrete Vorschläge erarbeitet. Ich habe Sie Ihnen vortragen dürfen. Sie fanden weitgehend Zustimmung bei den Kommunen. Wir stehen nach wie vor dazu. Die CDU hat mit Begründungen abgelehnt – wir haben das gestern wieder verfolgt –, die sie heute nicht mehr wahrhaben will. Ich erinnere mich, Herr Kultusminister, daran, was vor gar nicht allzu langer Zeit darüber gesagt wurde, wie dringend der **Schulbaufonds** in voller Höhe erhalten werden muß, als wir hier darüber diskutiert haben. Heute ist das alles nicht mehr wahr. Na ja. So ist das Leben.

(Zuruf von der CDU: Es werden auch mal Schulen fertig!)

– Sie haben völlig recht, Herr Kollege. Und das habe ich vor zwei Jahren von dieser Stelle aus vorgetragen unter dem lebhaftesten Widerspruch des Herrn Kultusministers und des Herrn Innenministers.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Minister Dr. Bendixen: Da bleibt noch eine Menge übrig!)

– Ja, ja.

Wir bieten nach wie vor unsere Mitarbeit an, wenn es um eine übersichtliche, leistungsfähige und billige öffentliche Verwaltung geht. Wozu wir nein sagen, das ist der Griff in fremde Taschen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir erwarten von der Landesregierung kein Wunder. Massenarbeitslosigkeit reißt durch Steuer- und Beitragsausfall – es ist gestern ausgeführt worden – wie durch Zahlungsverpflichtungen Löcher in die öffentlichen Haushalte. Soviel kann man gar nicht streichen, um das auszugleichen. Was ich noch einmal unterstreichen muß: Die Mittel für Beschäftigungspolitik heute zu verweigern, heißt, die Finanzprobleme unseres Landes zu verschärfen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Ich will einen anderen Punkt anführen, der mittelbar auch mit unserem Landeshaushalt zu tun hat, weil es ja um die Gesamtfinanzierung der öffentlichen Aufgaben geht. Wir haben 1984 ein denkwürdiges Datum, weil die Verteidigungslast erstmals in der Bundesrepublik Deutschland die 50-Milliarden-DM-Marke erreicht – das ist, so finde ich, ein denkwürdiges Datum –, und sie steigt weiter an, deutlich überproportional, wie in dem Finanzplan des Bundes vermerkt ist.

Wenn man sich dort einmal die Steigerungsraten anguckt, 1,8 Milliarden DM mittelfristig pro Jahr, das ist ja kein Trinkgeld. Wir haben hier heftig über die Kürzung beim Mutterschaftsgeld diskutiert. Da ging es um 300 Millionen DM. Allein die Steigerungsrate bei der Verteidigungslast macht das Sechsfache dieser Kürzung aus. Die Größenordnung sollte man sich gelegentlich einmal vorstellen. Für die Familien werden Mittel verweigert, die sechsfach der Rüstung zugeführt werden. Das sagen die Rechten allerdings nicht, wenn sie vom Sparen sprechen.

Ich habe von Herrn Hoffmann gestern einiges über Japan gehört. Herr Hoffmann, darf ich Ihre Aufmerksamkeit und die anderer Japanpilger einmal darauf lenken, was es ökonomisch ausmacht, daß Japan sich nur ein Drittel der Verteidigungslast der Bundesrepublik erlaubt.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie, so gewinnen die Japaner die zig Milliardenbeträge für ihre technologischen Durchbrüche. Das ist ein Datum, das bei den Pilgerreisen nach Japan gelegentlich übersehen wird. Es ist aber ein entscheidendes ökonomisches Datum dafür, was in Japan möglich ist. Nehmen Sie einmal von 50 Milliarden DM zwei Drittel herunter, was man damit bewältigen könnte.

(Beifall bei der SPD)

Ich will jetzt keine Debatte über Verteidigungspolitik führen.

(Zuruf des Abgeordneten Aniol [CDU])

In einer ökonomischen Debatte muß das aber eine Rolle spielen, warum die Japaner in solch großem Maße Mittel für diese Zwecke haben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eindeutig, warum Israel pleite geht, weil es sich einen so enormen Verteidigungshaushalt erlaubt oder erlauben muß. Das wird gelegentlich übersehen.

Meine Damen und Herren, wir können uns diese 50 Milliarden DM mit ihren Steigerungen nur mit großen Härten gegenüber den Mitbürgern erlauben. Aber das weltweite Wettrüsten bindet Mittel in Billionenhöhe. Das US-Defizit wurde angesprochen. Der Konjunktur in den USA schadet es offenbar nicht, daß man dort eine so hohe Kreditfinanzierung hat. Das hörte sich gestern hier ein wenig anders an. Aber weltweit treibt es die Zinsen in die Höhe und zieht weltweit Kapital an. Es wird ja zum erheblichen Teil durch Kapitalimporte finanziert. Und das bedeutet

(Dr. Klingner)

für uns Härten. Um einmal etwas Ernstes zu sagen: es bedeutet Hunger und Not für die armen Länder.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, soziale Gerechtigkeit gebietet auch, die **Besserverdienenden** zur Haushaltssanierung heranzuziehen. Das ist gestern angesprochen worden: unser Antrag zur Vermögenssteuer, der Antrag zur Umwandlung der Zwangsanleihe. Hier will ich dem Finanzminister antworten. Herr Asmussen, Ihr Hinweis auf die Tatsache, daß dem Bund die Ergänzungsabgabe zusteht, ist richtig. Das haben wir auch gewußt. Bloß, Sie verkennen dabei, daß Bund, Länder und Kommunen im wesentlichen ihren Finanzbedarf aus demselben Steuertopf befriedigen müssen. Ich verweise auf die Ausgleichsverhandlungen vom Sommer. Insoweit hat es auch mit unserem Landeshaushalt und seiner Sanierung zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen in der jetzigen Lage die Steuerlast nicht hochschrauben. Aber wir sehen die einseitige Belastung der Arbeitnehmer. Ich will Ihnen die Zahlen vortragen. Dafür gibt es auch gute Zeugen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen den Aufsatz von Professor Neumark in der „Wirtschaftswoche" gelesen hat. Er hat darauf hingewiesen, daß die Einkommen aus abhängiger Arbeit voll und steigend der Besteuerung unterliegen, andere Einkommen aber nicht. Das ist doch ein Faktum und da muß doch angesetzt werden, wenn wir über Steuern sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Punkt, der damit zusammenhängt. Unsere Einnahmen hängen auch davon ab, ob unsere Finanzbeamten die Steuern zeitnah und vollständig einbringen können.

(Neugebauer [SPD]: Das ist sehr zu bezweifeln!)

Und das ist doch zur Zeit nicht der Fall. Da geht es bundesweit um Milliardenbeträge.

(Beifall bei der SPD)

Einmal ganz am Rande: Die Hamburger CDU in der Opposition schafft es mit dem Hinweis auf diese Position immer, ihre Haushaltsanträge zu decken. So kühn sind wir noch gar nicht. Das ist ein Beispiel dafür, was man auch noch machen kann.

(Marschner [SPD]: Mehreinnahmen aus der Betriebsprüfung!)

Aber, wie gesagt, wir müssen diese Summen hereinbringen, auch um der Gerechtigkeit willen. Und dazu braucht man Leute und darf da nicht kürzen. Sie schaden sich selbst; das ist oft genug gesagt worden.

(Beifall bei der SPD)

Andere Beispiele: Die Förderabgabe für Öl und Gas ist schon genannt worden. Ein weiterer Punkt ist, ob wir nicht endlich einmal im Gleichschritt mit den Kommunen zu einem höheren Deckungsgrad in der Hafenwirtschaft kommen könnten und uns nicht gegenseitig zu jedermanns Verlust unterbieten.

Ein weiterer Punkt: Müssen im bisherigen Umfang Leistungen unserer Kliniken und Institute aus Einnahmen bei sogenannter Nebentätigkeit in die Taschen der beamteten Direktoren gelenkt werden, statt in die Staatskasse?

(Beifall bei der SPD)

Angesprochen worden sind auch die Ministerialzulage und die B-Besoldung.

Noch ein anderer kritischer Punkt im Einzelplan 10: Kann die Förderung der Berufsvertriebenen mit wieder steigenden Beträgen so fortgesetzt werden, oder müssen die sich nicht auch einmal Kürzungen gefallen lassen?

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, zur **Subventionsüberprüfung** ist viel gesagt und geschrieben worden. Es ist unumstritten, daß sie nötig ist. Wir sehen natürlich mit Interesse der „Lausen"-Kommission entgegen. An dieser Stelle muß ich noch einmal unser Interesse an einer parlamentarischen Untersuchung dieses Komplexes erneuern.

(Beifall bei der SPD)

Anträge dazu haben wir gestellt. Sie sind abgelehnt oder verwässert worden. Das ist doch die Tatsache. Einer Kommission, um das klarzustellen, die der Regierung Vorschläge machen soll, können wir nach dem Selbstverständnis einer Volksvertretung nicht zur Verfügung stehen. Die Regierung macht der Volksvertretung Vorschläge, nicht umgekehrt, jedenfalls in einer Demokratie.

Ein Beispiel für fragwürdige Subventionen, wo es besonders deutlich wird. Im Zonenrandgebiet wurden Unternehmen zum Ausgleich von Wettbewerbsnachteilen Frachtbeihilfen gewährt. Sie kennen das. Dabei blieb es bis heute, was an sich schon eine Überprüfung notwendig macht, wie bei jeder Subvention. Aber der Landtag in seiner grenzenlosen Weisheit beschloß – und zwar schon vor 30 Jahren –, nicht nur den Unternehmen, die von der Teilung Deutschlands betroffen sind, diese Mittel zu geben, sondern auch denen, die sich neu ansiedeln, weil man ja hier neue Unternehmen haben wollte. Damit wurde zum erstenmal in diese Förderung eingegriffen. Und um noch einen draufzusetzen, reichte das dem Landtag nicht und er beschloß, nicht nur im Zonenrandgebiet, sondern auch außerhalb des Zonenrandgebietes die Hilfe zu gewähren. So ist der ursprüngliche Subventionseffekt Null, aber der Mitnahmeeffekt und die Belastung des Landeshaushalts sind geblieben.

(Beifall bei der SPD)

Und um diese Idee ins Absurde zu steigern, höre ich kürzlich, daß diese Hilfen zur Verwaltungsvereinfachung kapitalisiert werden. Aber findige Unternehmer sind jetzt dahintergekommen und sagen nach Übernahme eines Betriebes, bei dem kapitalisiert ist: Ich habe doch nicht kapitalisiert, und sie stellen den

(Dr. Klingner)

Antrag neu. Da ist die Sache ins Groteske übertrieben. So entwickelt eine Subvention munter ihre Kinder und Enkel und sie wird bis ins Unendliche fortgesetzt. Die Ursprungsidee ist ins Absurde verfälscht. Da muß man natürlich einmal eingreifen.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine, das ist ein Beispiel, das in Lehrbücher aufgenommen werden sollte, wie man es nicht machen kann.

Was wir bei dieser Kommission nicht verstehen, ist der Ausschluß der Kammern, also der Selbstverwaltung der Wirtschaft. Das ist für mich von der Bedeutung und dem Sachverstand der Kammern unverständlich und nicht zuletzt auch deswegen, weil es beim Abbau von Subventionen zum Teil darum geht, daß die Kammern bestimmte Lasten übernehmen sollen. Dann spricht man doch besser mit ihnen als über sie.

Meine Damen und Herren, ein Beispiel dazu: Das Land hat die Einführung eines **Schleswig-Holstein-Zeichens** gefördert. Das ist sicher eine nützliche Sache. Aber es kann doch nicht angehen, daß dieses Schleswig-Holstein-Zeichen auf Dauer subventioniert wird. Entweder schlägt es ein, dann soll die interessierte Wirtschaft auch dafür bezahlen. Schlägt es nicht ein, dann können wir es uns erst recht nicht leisten.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Bürger unseres Landes sind zum Sparen bereit. Das wissen wir aus den Diskussionen im Lande. Die Bürger wissen auch, daß die Wirtschaft nicht in den Himmel wächst; ebenso wie die sprichwörtlichen Bäume, die das In-den-Himmel-Wachsen auch nicht schaffen, wenn sie heute überhaupt noch wachsen. Das bedeutet Einschränkung. Das wissen im Grunde die Bürger auch.

Aber was die CDU uns bietet, wenn sie vom Sparen spricht, hat mit reeller Sparsamkeit höchst selten etwas zu tun.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Um es noch einmal aufzuzählen: Der Griff in fremde Taschen, wie beim Finanzausgleich, verlagert nur die Probleme. Er legt anderen unsere Sorgen aut, aber er löst keine Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Globale Streichungsvorschläge, wie zur Zahl der Mitarbeiter, bedeuten ohne Aufgabenüberprüfung doch nur Flucht vor der Verantwortung. Die Aufgabenüberprüfung muß an der vordersten Stelle stehen, dann kann man über die Zahl der Mitarbeiter sprechen. Nur so wird aus der Sache etwas.

Die Vertagung von notwendigen Bauten läßt die Frage nach Ersatzkonzepten unbeantwortet. Es ist auch nicht zu verkennen, meine Damen und Herren, daß die CDU immer noch mehr Mittel aufbot, wenn sie das für notwendig hielt. Ich erinnere an das 421-Millionen-DM-Programm. Ich verweise – um einmal einen Streifzug durchs Land zu machen – auf das, was mir jetzt so ins Haus kommt an Werbeschriften über Raketen und an Diffamierung über die Friedensbewegung. Dafür ist immer Geld vorhanden. Ich verweise auf die jetzt schon sehr großen und noch immer steigenden Summen für die Verteidigung und auf die kleineren Summen, die für die Berufsvertriebenen noch immer aufgeboten werden.

Und dann noch ein anderes Beispiel, Herr Latendorf und Herr Lorenzen. Wenn der Herr Ministerpräsident zum Landesbauerntag geht, dann hat er – ebenso wie seine Vorgänger – einen Bonbon in der Tasche.

(Latendorf [CDU]: Das ist nur eine Umschichtung!)

Um den Kreis zu schließen: Haushaltssanierung durch eine enorme, ich möchte fast sagen abnorme Steigerung der Lohnsteuer kann doch ernsthaft nicht Sparsamkeit genannt werden.

(Beifall bei der SPD)

Solche Politik reiht sich ein in die Aktionen zur Umweltverteilung von unten nach oben, die die Rechten heutzutage ja gern „Ordnungspolitik" nennen.

Wenn die CDU von Sparsamkeit spricht, dann beutet sie – wie diese Beispiele beweisen – die Bereitschaft der Bürger zum Sparen für ihre Zwecke aus. Das hat mit Sparsamkeit im reellen Sinne herzlich wenig zu tun.

(Beifall bei der SPD)

In meiner Zusammenfassung kann ich nur feststellen: Dieser Haushalt und dieser Finanzplan sind auf Sand gebaut. Mit diesem Haushalt und mit diesem Finanzplan werden wir den Problemen der Bürger unseres Landes nicht gerecht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Meine Damen und Herren, ich darf an unsere Redeordnung erinnern. Es sind 15 Minuten Redezeit vorgesehen; wenn 30 Minuten geredet werden soll, muß das angemeldet werden. Wenn jemand über 30 Minuten sprechen möchte, dann sollte das von der Fraktion beantragt werden. Wir sind in der Handhabung der Redezeit bestimmt großzügig; unsere Redeordnung gibt viele Möglichkeiten her. Aber wenn wir die Zeiten richtig eingeben sollen, muß das Präsidium Bescheid über die gewünschten Redezeiten wissen.

Das Wort hat nun der Herr Abgeordnete Lorenzen.

Lorenzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer die Debatte zum Landeshaushalt 1984 aufmerksam verfolgt, dem muß es sicherlich ähnlich wie mir ergehen. Manchmal habe ich das Gefühl, auf der falschen Hochzeit zu sein, soweit man in diesem Zusammenhang überhaupt von einer Hochzeit reden kann.

(Engholm [SPD]: Genau! – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU)

(Lorenzen)

Bevor ich zu Einzelheiten des Landeshaushaltes komme, möchte ich einen kurzen Überblick über die Situation geben, in der wir uns heute befinden.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen! Wir sind auf Landesebene in der politischen Öffentlichkeit heute in der Situation, mit finanziell wirksamen Gesetzen und Aufgaben konfrontiert zu sein, die zum großen Teil in früheren Zeiten beschlossen und in die Wege geleitet worden sind, in einer Zeit, als es uns wirtschaftlich und finanziell insgesamt gesehen besser ging. Wir sehen heute, daß wir mit den aus diesen Gesetzen und Aufgaben resultierenden Ausgabensteigerungen mit unseren laufenden Einnahmen nicht mehr Schritt halten können. Man kann das, meine Damen und Herren, eine bestimmte Zeit durch Kreditaufnahmen überbrücken. Aber auf lange Sicht gilt für den Staat das gleiche wie für jeden Privatwirtschaftsbetrieb und für jede Familie.

(Aniol [CDU]: Irgendwann ist das Konto überzogen!)

Man kann auf lange Sicht nicht über seine Verhältnisse leben, ohne dadurch ab einem bestimmten Punkt nicht die eigene Existenz zu gefährden.

(Beifall bei der CDU)

Jede langfristige Betrachtung solcher Politik muß zu den gleichen Ergebnissen führen. Das sollten insbesondere wir, die wir für das ganze zuständig sind, uns immer wieder vor Augen führen. Wir können eine Kuh nicht dauernd melken, wenn wir sie nicht auch füttern. Das wird heute allzuoft vergessen.

(Beifall bei der CDU - Wiesen [SPD]: Was machen Sie denn mit den Abnehmern? Die melken Sie nur und füttern Sie nicht; das hat der Kollege Klingner doch eben vorgetragen!)

Wenn in bestimmten Zeiten das „Futter" knapp wird, muß man sehen, daß man die Aufgaben reduziert. Ich glaube, dieser Landeshaushalt ist ein richtiger Markstein auf diesem Weg.

Ich will hier nun nicht Keynes oder Smith oder wie all diese Wissenschaftler heißen, bemühen, und ich will auch nicht den Eindruck erwecken, als hätte ich Wirtschaftspolitik studiert. Ich halte mich nur an das, was hier konkret für uns auf Landesebene zu tun ist.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kollegen, es wird hier immer wieder beklagt, daß das, was unter dem Stichwort Wende zu verstehen ist, nicht eingetreten ist.

(Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Vielleicht haben wir es ja nicht laut genug gesagt, aber gesagt haben wir es: Die Wende in der Finanz- und in der Wirtschaftspolitik ist eine Aufgabe, die mindestens eine Legislaturperiode wenn nicht sogar länger dauert.

(Beifall bei der CDU)

Auf welchem Stand sind wir nun heute? Wir haben in den letzten Jahren eine stagnierende wenn nicht sogar rückläufige Wirtschaftsentwicklung gehabt. Erstmals im Jahre 1983 haben wir wieder positive Zahlen mit einer **erwarteten Wirtschaftssteigerung von 1 % bis 1,5 %** - nach realistischen Einschätzungen werden diese Erwartungen sich erfüllen -, bei einer Inflationsrate auf lange nicht gekannten niedrigem Niveau. Das darf im Gesamtzusammenhang der Diskussion nicht übersehen werden. Wenn nichts Gravierendes dazwischen kommt, werden wir für das kommende Jahr sogar mit noch positiveren Zahlen rechnen können.

Herr Dr. Klingner, wenn Sie hier feststellen, dieser Landeshaushalt und diese mittelfristige Finanzplanung seien auf Sand gebaut, so weiß ich nicht, was Sie gegen Sand haben. Wenn ein gutes Fundament darunter ist, kann man sehr gut auf Sand bauen.

(Selzer [SPD]: Ihre Argumentation ist auf Sand gebaut!)

Das, was wir bisher an mittelfristiger Finanzplanung und an mittelfristiger Steuerschätzung von Ihrer Bundesregierung vorgelegt bekommen haben, das war nicht einmal auf Sand, nein, das war auf Moor gebaut.

(Beifall bei der CDU)

Wir bekamen alle Vierteljahre immer neue nach unten zu korrigierende Zahlen. Heute ist es das erste Mal seit langen Zeiten, daß sich die Prognosen nicht laufend zum Negativen hin verändern. Auch das, meine Damen und Herren, ist ein Punkt in der Wende. Jeder, der von der Sache ein ganz klein wenig versteht, weiß, daß die Umkehr in der wirtschaftlichen Entwicklung länger dauert als ein Jahr, länger vielleicht als eine ganze Legislaturperiode.

(Neugebauer [SPD]: Bisher hat nur die Zahl der Arbeitslosen zugenommen!)

- Lieber Herr Neugebauer!

(Aniol [CDU]: Darauf sollte man gar nicht eingehen!)

An sich lohnt es kaum, darauf einzugehen. Es ist ja ein ständig wiederholter Vorwurf nicht nur in diesem Hohen Hause, sondern auch an anderer Stelle.

(Neugebauer [SPD]: Aber wahr!)

Wir alle wissen doch, daß es länger dauert, bis sich Entwicklungen in einem Betrieb - wenn die Kapazitäten nur zu einem bestimmten Prozentsatz ausgelastet sind - auf den Arbeitsmarkt auswirken. Ich verstehe Sie da einfach nicht. Meinen Sie denn, die Leute seien so dumm, das irgendeinmal zu glauben, was Sie da ständig wiederholen?

(Beifall bei der CDU)

Uns zu diesem Zeitpunkt diesen Vorwurf zu machen, halte ich für reichlich unredlich.

(Marschner [SPD]: Der Katalog der CDA von Neumünster sagt Ihnen wohl gar nichts?)

Meine Damen und Herren, ich kann Sie beruhigen. Dieser Haushaltsentwurf der Regierung ist in enger

(Lorenzen)

Abstimmung mit der CDU-Fraktion und den CDU-Arbeitskreisen entstanden, zumindest was die Eckdaten anbetrifft. Deshalb kann ich im Namen meiner Fraktion diesen Entwurf ausdrücklich begrüßen.

(Beifall bei der CDU)

Ich begrüße es, daß die Landesregierung einen Haushaltsentwurf und eine mittelfristige Finanzplanung bis 1987 vorgelegt hat, in denen der konsequente Sparkurs zur **Konsolidierung der Landesfinanzen** strenger denn je fortgesetzt wird.

Ausdruck dieser gewaltigen Anstrengung ist die vorgesehene Entwicklung der **Nettoausgaben**, die nur noch um 1,4 % oder um rund 128 Millionen DM steigen sollen. Noch deutlicher wird diese Leistung angesichts der weit überproportonalen Steigerung der unabweisbaren Zinslasten um fast 100 Millionen DM beziehungsweise 11 %.

Nur dieser scharfe Kurs der Begrenzung der Ausgaben ermöglicht die **Absenkung der Neuverschuldung** um fast 20 % oder 260 Millionen DM.

(Latendorf [CDU]: Das ist eine Leistung! - Beifall bei der CDU)

Noch plastischer ausgedrückt: Die Rückführung der Neuverschuldung um 260 Millionen DM verhindert, daß die unerträglichen Zinslasten im künftigen Landeshaushalt jedes Jahr wiederkehrend um jährlich weitere mehr als 20 Millionen DM steigen. Sie stehen uns in den zukünftigen Jahren mehr zur Verfügung, weil wir die Neuverschuldung senken. Es ist deshalb für meine Fraktion und für mich besonders erfreulich, daß wir schon mit dem Haushalt 1984 der Konsoliderung ein gutes Stück näherkommen.

Meine Damen und Herren, dieser Kurs muß - wie in der mittelfristigen Finanzplanung der Regierung vorgesehen - zielstrebig und mit allen Nachdruck auch über das Jahr 1984 hinaus fortgesetzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung kann sicher sein, daß die CDU-Fraktion diesen für uns allen schmerzhaften Kurs mittragen wird. Wir sind fest davon überzeugt, daß wir nur so den finanzpolitischen Handlungsspielraum zurückgewinnen können, den ein zielgerichtetes, die Zukunft gestaltendes staatliches Handeln dauerhaft erfordert. Ich bin auch überzeugt davon, daß die verantwortungsbewußten Kolleginnen und Kollegen in der Opposition diese Zielsetzung in der Finanzpolitik in Schleswig-Holstein bejahen und vertreten - zumindest wenn sie in der Regierungsverantwortung wären, meine Damen und Herren, würde Ihnen auch gar nichts anderes übrig bleiben, als den gleichen Kurs zu fahren. Es ist das gute Recht der Opposition, bestimmte Dinge zu beklagen und abzulehnen. Aber auch Sie sind nicht frei davon, irgendwo eine schlüssige Argumentation vorzulegen, bei der schließlich auch die Enden zusammenzubekommen sind.

(Beifall bei der CDU - Arens [SPD]: Die Frage ist nicht das Was, sondern das Wie!)

Wir haben das hier heute und auch gestern vermißt. Wir haben aber während der Haushaltsberatungen noch Zeit genug, wir sind gespannt auf Ihre Vorschläge.

Meine Damen und Herren, Kundige werden sich vielleicht fragen: Ist dieser konsequente Sparkurs angesichts der hohen **Arbeitslosigkeit** und einer noch nicht voll entwickelten Konjunktur so vertretbar? Unsere Antwort auf diese berechtigte Frage ist folgende.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Die Beschäftigungsprogramme der siebziger Jahre waren Strohfeuerprogramme ohne Struktureffekte in der Wirtschaft. Die Folge war eine unvertretbare Staatsverschuldung, die ihrerseits wiederum hohe Zinsen, weniger Investitionen und mehr Arbeitslosigkeit produzierte. Diesen Teufelskreis, liebe Freunde, gilt es heute zu durchbrechen. Das geht wirklich nur über den Weg der Reduzierung der Neuverschuldung, durch Ausgabenbegrenzung im Verbrauch, durch Entlastung des Kapitalmarktes zugunsten von Zinssenkungen und durch Wiederbelebung der Investition in unserer Wirtschaft. Mit Recht hat Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg in seiner Rede zum Bundeshaushalt 1984 dieses Problem auf die Kurzformel gebracht:

„Die Arbeitsplatzlücke von heute ist die Investitionslücke von gestern."

Laßt uns mit dafür sorgen, daß die **Investitionen** von heute zu mehr Arbeitsplätzen morgen und übermorgen führen.

Der Haushaltsentwurf der Landesregierung berücksichtigt diese Zusammenhänge trotz der geringeren Steigerungsrate insgesamt. Beweis hierfür ist das nach wie vor hohe Investitionsniveau von 1,6 Milliarden DM sowie die besonderen Schwerpunkte in den Bereichen der Zukunftssicherung unserer Jugend und der Erhaltung unserer natürlichen Umwelt.

Wir von der CDU-Fraktion stehen mit Nachdruck hinter dieser strukturellen Akzentsetzung im Haushaltsentwurf 1984. Wir werten diese Politik auch als Ausdruck der Wende von der Anspruchsgesellschaft hin zur Verantwortungsgesellschaft.

(Beifall bei der CDU - Dr. Klingner [SPD]: Darauf erst einmal einen Schluck „Oberwasser"!)

- Ja, ich war gestern abend auf dem Schleswig-Holstein-Abend. Ich habe mit Sicherheit nicht zuviel, vielleicht nicht genug getrunken.

(Aniol [CDU]: Das sieht man!)

Zusammenfassend ist festzustellen, meine Damen und Herren, die wichtigste Aufgabe bleibt die Konsolidierung der Staatsfinanzen und die Ermutigung der Investoren. Alle anderen Wünsche müssen sich dem unterordnen. Es kann heute und morgen nicht mehr um die Gewährung neuer Wohltaten gehen. Die Politik von heute wird in der Zukunft daran gemessen werden, ob sie ein Klima der Erneuerung, des Aufbruchs schaffen konnte mit mehr Hoffnung für un-

(Lorenzen)

sere arbeitslosen Mitbürger und mit mehr Lebenschancen für die junge Generation.

Wenn man dann das so hört, was Ihr Vorsitzender, Herr Engholm, hier gestern so von sich gab

(Gunnesson [SPD]: Na, na!)

- das war gar nicht böse gemeint, Herr Gunnesson - mit dem Vorwurf an uns, daß wir auf Steuerungsprozesse in der Wirtschaft verzichten, daß wir uns ausklinken aus der Verantwortung des Staates für seine Mitbürger und ähnliche Dinge, so habe ich manchmal das Gefühl, als ob er über alles mögliche geredet hat, aber nicht über den Haushaltsentwurf 1984. Denn wer genau in den Haushalt hineinschaut, der erkennt die Zielsetzung und auch die Schwerpunktbildung in diesem Landeshaushalt.

Sein konsequenter Sparkurs zur Erreichung unseres Sanierungsziels macht allerdings die Gestaltung des Landeshaushalts 1984 besonders schwierig. Um so erfreulicher ist es, daß die Landesregierung trotz der scharfen Begrenzung der Ausgaben im Gesamthaushalt im Rahmen der ihr gegebenen finanziellen Möglichkeiten klare **Prioritäten** gesetzt hat vor allem für die Belebung der Wirtschaftsstruktur, zur Schaffung neuer und zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze, für die Zukunftschancen der jungen Generation und für die Sicherung der Umwelt.

Dazu einige konkrete Beispiele. Angesichts der andauernden bedrückenden Lage auf dem Arbeitsmarkt und einer großen Zahl in das Erwerbsleben drängender Jugendlicher hat die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Landes zur Schaffung neuer und zur Erhaltung bestehender Arbeitsplätze weiterhin Vorrang in der Landespolitik. Dazu dienen insbesondere die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „**Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur**". Nachdem die neue Bundesregierung die Finanzhilfen 1983 wieder aufgestockt hat, ist für 1984 eine weitere Erhöhung vorgesehen. Die Landesregierung hat im Haushaltsentwurf 1984 die entsprechenden Komplementärmittel aufgenommen, weil sie die Förderung der gewerblichen Wirtschaft und die Förderung des Ausbaus der Infrastruktur für einen besonderen Schwerpunkt der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ansieht. Die Fortführung der bewährten Wirtschaftsförderungsprogramme des Landes ist auch in diesem Landeshaushalt gewährleistet. Sie werden ab 1984 so dotiert, daß der erwartete Bedarf voll abgedeckt werden kann.

(Latendorf [CDU]: Sehr gut! - Beifall bei der CDU)

Für das **Existenzgründungsprogramm** sollen Mittel in Höhe von rund 5,2 Millionen DM bereitgestellt werden. Im **Mittelstandsstrukturprogramm** beträgt das durch Zinszuschüsse zu verbilligende Darlehensvolumen auch für 1984 wieder 140 Millionen DM. Im **Industrieförderungsprogramm** des Landes ist der Bewilligungsrahmen mit 15 Millionen DM dotiert.

Auch zur **Erhaltung der gefährdeten Arbeitsplätze** werden große Anstrengungen unternommen. Für Auftragshilfen, Umstrukturierungshilfen und Schiffahrtshilfen im Werftbereich sind für 1984 insgesamt 38 Millionen DM in den Haushaltsentwurf eingestellt worden. Zusätzlich sind für Kapitalzuführung der Gesellschafter 24 Millionen DM eingeplant. Auch das Schleswig-Holstein-Programm für Arbeitsplätze gehört zu diesen arbeitsmarkt- und strukturfördernden Maßnahmen. Das Programm besteht ganz überwiegend aus strukturverbessernden Maßnahmen, die ein hohes Maß an Beschäftigungswirkung in der arbeitsintensiven mittelständischen Wirtschaft haben. Die Mittel des Programms kommen schwerpunktmäßig den Arbeitnehmern und den Betrieben im Hochbau, im Tiefbau und im Schiffbau zugute.

Die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „**Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes**" gehören auch zu diesem Bereich. Nach der nicht unerheblichen Mittelaufstockung im Haushaltsjahr 1983 wird der Bund für diese Gemeinschaftsaufgabe 1984 voraussichtlich den gleichen Betrag wie 1983 bereitstellen. Die Landesregierung will auch diese Mittel in vollem Umfang durch die Bereitstellung entsprechender Landesmittel binden. Von den voraussichtlichen Gesamtausgaben in Höhe von 183,2 Millionen DM entfallen rund 84,4 Millionen DM auf den Küstenschutz. Das ist gegenüber dem Ansatz in früheren Jahren - Herr Kollege Karl-Otto Meyer, Sie sprachen das ja gestern an - eine beträchtliche Steigerung, denn die Ansätze sind ja auf fast 65 Millionen DM unter der alten Bundesregierung zurückgefallen. Ich meine, die jetzige Höhe ist das, was wir langfristig auch für die Zukunft anstreben werden.

(Latendorf [CDU]: Sehr richtig! - Beifall bei der CDU)

Auch die Mittel für den **Wohnungsbau** gehören zu diesem ersten Schwerpunkt. Meine Damen und Herren, das laufende Vier-Jahres-Landeswohnungsbauprogramm von 1983 bis 1986, bei dem die Zahl der Bauanträge steigende Tendenz aufweist, sieht die Förderung von insgesamt 13 300 Wohneinheiten - Mietwohnungs- und Eigentumsmaßnahmen zusammengenommen - vor. Im Jahr 1984 sind als zweite Rate dieses Programms Förderungsmittel für 3 300 Wohneinheiten eingeplant. Diese Wohnungsbauförderung wird durch das Bausparzwischenfinanzierungsprogramm unterstützt, das 1984 nochmals mit 8,28 Millionen DM, davon Bundesmittel in Höhe von 7,4 Millionen DM, zu Buche schlägt. Auch diese Maßnahmen wären einer Betrachtung wert gewesen.

(Latendorf [CDU]: Sehr richtig! - Beifall bei der CDU)

Der zweite Schwerpunkt, meine Damen und Herren, ist die Förderung der Jugend und ihrer beruflichen Chancen. Wenn man manche Redner hier so hört und nicht in den Haushalt schaut, könnte man den Eindruck haben, als geschähe auf diesem Gebiet überhaupt nichts. Wir sehen dies als eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre an und haben deshalb hier auch entsprechende Schwerpunkte gesetzt. **Junge Menschen** brauchen eben berufliche Zukunftsaussichten.

(Beifall bei der CDU)

(Lorenzen)

Es sind vor allem folgende Maßnahmen vorgesehen: Im Bereich der Landesverwaltung werden 1 307 Ausbildungsplätze für Jugendliche zur Verfügung gestellt, davon 831 über den eigenen Bedarf hinaus. Im Entwurf des Haushaltsgesetzes ist darüber hinaus Vorsorge getroffen, daß für zusätzliche 100 Ausbildungsplätze und 10 zusätzliche Stellen für Ausbildungskräfte Mittel bereitstehen.

(Latendorf [CDU]: Sehr gut! - Beifall bei der CDU)

Vielleicht interessiert das Ihren Kollegen Ramler, der ja gestern die Forderung erhob, daß wir auch über 1983 hinaus die Zahl der Ausbildugsplätze erhöhen sollten. Ich hoffe, daß er mit dieser Antwort hier zufrieden ist.

Zur Finanzierung von 1 580 überbetrieblichen Ausbildungsplätzen werden die Ansätze 1984 um fast 3,5 Millionen DM erhöht. Sollte es notwendig werden, können Mittel für weitere 800 Ausbildungsplätze im Rahmen von Sofortmaßnahmen bereitgestellt werden. Zur Finanzierung dieser Möglichkeit ist eine entsprechende Bestimmung in den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1984 aufgenommen worden.

Zur Stützung des überbetrieblichen Lehrgangsprogramms im Rahmen der betrieblichen Ausbildung sind außerdem 5 Millionen DM zusätzlich veranschlagt worden.

Die Zahl der Studierenden an den Hochschulen des Landes wird auch in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Ziel ist es, den Studenten möglichst gute Ausbildungschancen zu sichern. Hierfür sind unter anderem vorgesehen: 3,5 Millionen DM im Rahmen eines zusätzlichen Programms zum Ersatz von Investitionen an Hochschulen, 9 Millionen DM für zusätzliche Überlastmittel an den Hochschulen; darin sind Mittel für zehn neue Professoren enthalten.

(Beifall bei der CDU)

120 Millionen DM an Zuschüssen für Forschung und Lehre sowie für Investitionen an den Hochschulkliniken in Kiel und Lübeck gehören auch dazu.

Weiter zu nennen sind die Förderung des Jugendaufbauwerkes, die Plätze für das freiwillige soziale Jahr, das Programm zur Beschäftigung jüngerer schwervermittelbarer Arbeitsloser, die Gründung einer Jugendstiftung sowie die Förderung der beruflichen Schulen und das Berufsschulzentrum Flensburg.

Der dritte Schwerpunkt in diesem Landeshaushalt ist die **Sicherung der Umwelt**, meine Damen und Herren. Der Umweltschutz ist nach wie vor ein vorrangiges politisches Ziel.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen eine langfristig angelegte Umweltvorsorge. Die Landesregierung und meine Fraktion haben schon vor Jahren dafür die Grundlage geschaffen. Der Haushaltsentwurf 1984 und die Finanzplanung setzen diesen Weg verstärkt fort.

Vorgesehen sind, um nur einige aus dem Katalog umweltschützender Maßnahmen zu nennen: Für den Naturschutz stehen 1984 insgesamt 15 Millionen DM zur Verfügung. Das sind fast 2 Millionen DM mehr als 1983. Für den Bau von Abwasseranlagen und für die ländliche Wasserversorgung sind im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" im Haushaltsentwurf 1984 rund 12 Millionen DM veranschlagt. Für Maßnahmen zur Abwasserbeseitigung außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe sind 25,5 Millionen DM für 1984 angesetzt. Für die umweltfreundliche Ableitung, die Lagerung und die Ausbringung wirtschaftlicher Abfallstoffe sowie für Maßnahmen zur Verminderung von Geruchsbelästigungen sind im Haushaltsentwurf 1984 10 Millionen DM eingeplant worden, nachdem für diese Zwecke bereits im Nachtragshaushalt 1983 zusätzlich 9,5 Millionen DM enthalten sind.

Der nächste Punkt sind die landeseigenen Forsten, die rund ein Drittel der Waldfläche des Landes umfassen. Sie haben unter landespflegerischen Gesichtspunkten einen besonders hohen Rang. Die Forstverwaltung wirkt entscheidend bei der Vermehrung der Waldfläche in unserem waldarmen Land mit. Ihr sollen 1984 fast 34 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden, darunter für Grundstückskäufe 4,3 Millionen DM. Das waren im Jahr 1983 1,2 Millionen DM. Ferner wird eine Vielzahl von Vorhaben für die Anlage von Feuchtbiotopen, die Sanierung von Seen und Bächen, für biotoplenkende Maßnahmen, den Schutz seltener Tier- und Pflanzenarten, zur Beschaffung von Ölbekämpfungsgeräten und zum Aufbau einer organisierten Ölwehr, zur Förderung der Gewässergüte und zum Aufbau und Betrieb eines Kernreaktorfernüberwachungssystems gefördert.

Neben diesen in den Vordergrund gerückten drei vordringlichen Aufgaben der Landespolitik sind weiterhin Schwerpunkte die soziale Sicherung, die Familienförderung, die überregionale Forschungsförderung, die innere Sicherheit und die Pflege unserer Landeskultur.

Im Bereich der sozialen Sicherung sieht der Haushaltsentwurf für die besonders dringenden **sozialen Maßnahmen** zusätzliche Mittel vor. Besonders zu erwähnen sind dabei der erstmalige Ansatz zur Stärkung der ehrenamtlichen Mitarbeit im sozialen Bereich und die Erhöhung der Zuschüsse für ambulante soziale Dienste. Im Bereich der Familienförderung wird das Familiendarlehensprogramm fortgesetzt. Ferner werden die Erholungsfürsorge für Familien, die Familienbildungsstätten, Seminare für Eltern mit Kindern, ein Modellprogramm zur sozialen Betreuung alleinerziehender Mütter sowie die Stiftung „Familie in Not" mit namhaften Beträgen unterstützt.

Meine Damen und Herren, dann hat hier in der Diskussion die Frage der **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** eine immer wiederkehrende Rolle gespielt.

Das ist mit dem Vorwurf an uns oder an die neue Bundesregierung verbunden worden, daß wir in diesem Punkt nicht genug getan hätten oder nicht genug täten. Meine Damen und Herren, diese Maßnahmen sind allerdings von großem Gewicht angesichts der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Für diesen Zweck sind im Haushaltsentwurf 1984 insgesamt rund 11,4 Mil-

(Lorenzen)

lionen DM Landesmittel enthalten. Das sind rund 600 000 DM mehr als 1983. Einschließlich der ABM, die von der Bundesanstalt für Arbeit ohne Landesbeteiligung finanziert werden, kann danach aufgrund der bisherigen Erfahrungen damit gerechnet werden, daß im Jahre 1984 durchschnittlich mindestens 3 300 Arbeitslose beschäftigt werden können. Vorrangig sollen dabei die Mittel in folgenden Bereichen verwendet werden: Beschäftigungs- und Betreuungsmaßnahmen für jüngere schwervermittelbare Arbeitslose bis zu 25 Jahren, soziale Dienste insbesondere in Trägerschaft der Wohlfahrtsverbände, bei Vorhaben im Umweltschutz und Vorhaben im Bereich von Forschung und Lehre.

Meine Damen und Herren, ich denke, allein diese kurze Übersicht zeigt, daß die Schwerpunkte in der Landespolitik insgesamt richtig gesetzt sind und daß sie eben gesetzt sind. Das allgemeine Gerede, das wir hier in den letzten Tagen von Ihrer Seite her hörten, verstellt uns nach meinem Eindruck den Blick dafür, was bei uns durch diesen Landeshaushalt wirklich geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind heute, meine Damen und Herren, leider nicht in einer Situation, in der Vollbeschäftigung herrscht, in der wir volle Kassen haben; wir befinden uns vielmehr umgekehrt in einer ganz, ganz schwierigen Situation. Wenn ich dann noch einmal an meinem inneren Auge – oder inneren Ohr, wie man es sehen will – vorbeiziehen lasse, was in diesen Tagen von Ihrer Seite dazu gesagt wird, so habe ich manchmal den Eindruck, als hätten hier einzelne Interessenvertreter verschiedener Verbände gesprochen und nicht Landespolitiker, die sich für das Ganze verantwortlich fühlen.

(Beifall bei der CDU)

Was ist denn von Ihrer Seite zu diesem Haushalt gesagt worden, meine Damen und Herren? Ich billige Ihnen zu, daß dies alles noch nicht Ihre abschließende Meinung sein kann, und wir sind in den Beratungen sicherlich offen dafür, manches noch miteinander zu bereden. Aber Sie haben nichts weiter getan, als die notwendigen Sparmaßnahmen, die wir nun ja nicht aus Jux und Dollerei durchführen, sondern wegen der schwierigen Haushaltslage, abzulehnen, sie für unmöglich zu halten, ohne nun – außer den Komplexen Erdölförderung und Ministerialzulage – zu sagen, wie man dies sonst verhindern könnte. In diesem Punkt werden Sie, liebe Kollegen von der anderen Seite, während der Haushaltsberatungen sicherlich von uns, aber auch – wie ich meine, zu Recht – vom Bürger und von der Öffentlichkeit gefordert werden.

Insgesamt wird von Ihrer Seite her versucht, eine Katastrophenstimmung zu erzeugen, als sei alles immer nur schlechter geworden, seitdem die neue Bundesregierung in Bonn die Verantwortung übernommen hat. Ich habe versucht nachzuweisen – und ich denke, das ist wohl auch gelungen –, daß Ansätze zur Besserung da sind.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie hier immer das Beispiel der USA heranziehen und beklagen, daß die Zinsen so hoch seien, weil Reagan es nicht schaffe, seine Haushaltslücken und Haushaltsdefizite zu reduzieren, so stimmt es sicherlich, daß das auch Auswirkungen auf uns hat. Das kann aber doch nicht dazu führen, daß wir den gleichen Fehler machen. Deshalb bin ich sicher, meine Damen und Herren, daß wir mit dem hier vorliegenden Haushaltsentwurf auf dem richtigen Weg sind und durch Reduzierung der eigenen Verschuldung dazu beitragen, daß die Zinsbelastung für Wirtschaft und Private insgesamt nicht so hoch wird, wie es anderenfalls geschähe.

Vielleicht haben Sie noch die eine Zahl im Ohr: 1 % höhere Zinsen bedeuten für Private und die Wirtschaft 8 Milliarden DM. Die Verhinderung zusätzlicher Zinserhöhungen oder eine Zinssenkung ist deshalb nach meiner Meinung mehr wert als all das, was wir an öffentlichen Beschäftigungsprogrammen – über das hinaus, was bisher an Strukturförderung und Investitionsmaßnahmen durch den Landeshaushalt schon geschieht – leisten könnten.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist eben eine Zeit, in der für die Öffentlichkeit und für die Politik zuständige Leute nicht mehr durch die Lande ziehen und meinen können, mit großen Versprechungen und Wohltaten die Bürger zu überzeugen und sie für sich zu gewinnen. Heute sind Leute gefordert, die insgesamt die Verantwortung für die schwierige Zeit erkennen und mit sinnvollen Sparmaßnahmen versuchen, die Geschicke wieder in eine bessere Richtung zu lenken. Der vorliegende Landeshaushalt führt uns auf diesen Weg, und ich bitte Sie wirklich ernsthaft, noch einmal in sich zu gehen – auch in den Haushaltsberatungen – und zu überlegen, ob es nicht möglich ist, den Haushalt wenn auch nicht in allen Teilen einvernehmlich, so aber doch in der Zielsetzung und zum großen Teil auch in der Art und Weise einvernehmlich zu beschließen. Ich denke, das wäre eine gute Hilfe für unsere Zukunft.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Nach den Worten des Kollegen Lorenzen weiß ich gar nicht, ob ich hier jetzt als Politiker betrachtet werde oder als ein Interessenvertreter. Ich weiß auch nicht, ob es überhaupt etwas nützt, hier etwas zu sagen, denn von euch hört man ja nur, wir zeigten keine Wege auf.

Ich habe gestern gesagt, wir sollten in dieser Zeit keine Schulden abbauen, sondern die Gelder verwen-

(Meyer)

den, Arbeitsplätze zu sichern und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Ich habe gesagt: Wir sind gegen Steuersenkungen, denn wir benötigen alle Steuereinnahmen, um die **Arbeitslosigkeit** bekämpfen zu können. Ich bin also der Meinung, daß die Wege damit klar aufgezeigt worden sind, aber ihr wollt das ja nicht hören. Wenn man aber nicht zuhören will, dann wird es natürlich bei einer späteren Endabstimmung schwer, sich zu einigen.

Nun aber zum Haushaltsentwurf und zum Finanzplan 1983 bis 1987!

(Stich [CDU]: War das alles an Vorschlägen?)

– Das sind doch ein paar wesentliche Momente, Max – aber das hast du auch noch nicht begriffen –, wie wir das Geld anwenden sollten: Defizite abbauen oder Arbeitsplätze schaffen! Das ist ein wichtiges Prinzip; da sind wir uns offenbar uneinig. Dann kommen wir natürlich nicht zu einer gemeinsamen Abstimmung, das ist klar, wenn wir uns nicht auf irgendeinem Weg treffen können.

Der vorliegende Haushaltsentwurf ist auch in diesem Jahr wieder ein Balanceakt. In einer Zeit mit wachsender Arbeitslosigkeit und geduldigem Warten auf den Aufschwung gilt es, mit den Mitteln zurechtzukommen, die man hat.

Nun hat man in konjunkturell angespannten Zeiten und in einem unterstrukturierten Land immer weniger Mittel, als man benötigt. Es ist deshalb erforderlich, in derartigen Situationen zeitlich begrenzt auch Mittel einzusetzen, die man nicht hat. Die Landesregierung hat dies mit dem **421-Millionen-Programm** getan. Dieses Programm ist im Haushalt enthalten. Wenn das Wachstum der Nettoausgaben 1984 trotzdem auf 1,4 v.H. begrenzt wird, dann scheint mir dies doch zu bedeuten, daß man die Mittel, die man mit der einen Hand gegeben hat, mit der anderen wieder einspart.

Nun haben Steuerschätzungen und Eckdaten noch niemals gestimmt. Das gilt nicht nur für die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der alten Bundesregierung, das gilt ebenso für die Haushaltsempfehlungen, die der Innenminister jährlich an die Kreise und Gemeinden gibt.

(Marschner [SPD]: So ist es!)

Die Planung ist immer so aufgebaut, daß man für das kommende Jahr eine geringere Steigerung erwartet und in den folgenden drei Jahren dann mit höheren Prozentzahlen aufwartet.

Ich habe bereits früher einmal von dieser Stelle aus auf solche Merkwürdigkeiten der Planung hingewiesen. Sie schiebt die Probleme Jahr für Jahr vor sich her, da man in jedem neuen Finanzplan für das kommende Jahr genötigt ist, die optimistischen Steigerungserwartungen wieder zurückzunehmen. Der Planungsoptimismus hat sich jedenfalls kaum irgendwann bestätigt.

Ich bin eigentlich mit dem Finanzminister darin einig, daß man die **Verschuldung** zurückfahren sollte. Ich bin mit ihm auch darin einig, daß man Investitionen auf Kosten reiner Verbrauchsausgaben erhöhen sollte. Das sind die Grundsätze ordentlichen Geschäftsgebarens. Ich bin mit ihm aber nicht einig über den Zeitpunkt, Max Stich, zu dem diese Maßnahmen durchgeführt werden sollen.

(Stich [CDU]: Aha!)

Man kann nicht in einer Zeit konjunktureller Schwäche und eines durchgreifenden Strukturwandels in großen Bereichen der Wirtschaft die Investitionen und Dienstleistungen der öffentlichen Hand drosseln mit dem Ziel, die Verschuldung herabzudrücken.

Ich vermag auch nicht einzusehen, wie man die Arbeitslosigkeit bekämpfen kann, indem man Stellen einspart. Dies erscheint mir besonders unverständlich, wenn es in solchen Bereichen geschieht, deren wesentliche Aufgabe es ist, für die Milderung der Folgeerscheinungen von Arbeitslosigkeit zu wirken. Ich meine, daß gerade im Bildungsbereich, im Sozialbereich und im Bereich der öffentlichen Sicherheit wegen der gewachsenen Aufgaben kein Abbau, sondern teilweise eine Vergrößerung des Personalbestands angestrebt werden sollte.

(Beifall bei der SPD)

Was die **Investitionsmittel** angeht, ist es gut zu hören, daß die Mittel für die Gemeinschaftsaufgaben erhöht worden sind. Man muß sich dabei nur zurückerinnern, daß diese Mittel ja vorher drastisch gekürzt worden sind. Die jetzt durchgeführten Erhöhungen bedeuten deshalb im Grunde nur eine Rückgängigmachung der Kürzungsbeschlüsse von vor einigen Jahren, und auch dies nicht immer in voller Höhe.

Was nun die Investitionen angeht, scheint ihre Größenordnung in der Finanzplanung in den kommenden Jahren auf ein bestimmtes Niveau eingefroren zu sein. Eine solche Finanzpolitik ist kaum angetan, den Nachholbedarf unterstrukturierter Gebiete im Lande zu beseitigen. Wenn man das Gesamtvolumen also nicht erhöhen kann oder will, dann wird es Aufgabe des SSW sein, für den Landesteil Schleswig aus diesen Töpfen einen überdurchschnittlich großen Anteil zu verlangen. Nur so können der Entwicklungsrückstand und die Arbeitslosigkeit in diesem Raume wirksam bekämpft werden. Hier erscheinen mir einige Umgruppierungen im vorliegenden Zahlenwerk notwendig zu sein.

Ich begrüße die Aufstockung der Mittel für das Mittelstandsförderungsprogramm, das gerade im Landesteil Schleswig der Verbesserung der Investitionsmöglichkeiten dient.

Was die Mittel zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei den schleswig-holsteinischen Werften angeht, habe ich in der Werftdebatte meine Vorstellungen umrissen. Ich möchte diese Gedanken hier nicht noch einmal wiederholen. Ich meine jedoch, daß es ernstlich erforderlich ist, über eine zeitlich begrenzte Lohnkostensubventionierung nachzudenken.

Ein wesentliches und im Haushalt stark unterdotiertes Aufgabengebiet ist die **Energiepolitik**. Die Struktur der Energieversorgung bestimmt im wesentlichen

(Meyer)

auch die Struktur der Wirtschaft. Ich weiß, daß die energiepolitischen Gestaltungsmöglichkeiten von der Gesetzgebung her in der Hauptsache beim Bund liegen. Andererseits ist klar ersichtlich, daß die Ordnung auf dem Energiesektor in diesem Lande heute noch grundlegend auf einem Gesetz aus dem Jahr 1935 beruht, das eine große Konzentration auf dem Sektor der Energieproduzenten im Gefolge gehabt hat. Die seit etwa zehn Jahren verfolgte Politik „Weg vom Öl" hat zu einem staatsunterstützenden Wettbewerb gegen die Kohle geführt. Die teure öffentlich subventionierte Kernenergie und das Erdgas sind zu einem Verdrängungswettbewerb angetreten. Marktwirtschaftiche Überlegungen sind auf diesem Gebiet weitgehend außer Kraft gesetzt.

In dieser Situation bieten sich gerade in Schleswig-Holstein aufgrund der geographischen Lage in höherem Maße als in anderen Bundesländern die Möglichkeiten der **Ausnutzung alternativer Energiequellen** an. Ich habe hierüber vor einiger Zeit Zahlen gebracht, die auf der Aussage der Königlichen Akademie der Wissenschaften in Kopenhagen beruhen. Nach Meinung dieser Experten sollte es möglich sein, etwa 10 % des gesamten Energieverbrauchs Dänemarks zum Beispiel aus Windkraftanlagen zu decken. Wenn dies in Dänemark möglich ist, kann ich nicht einsehen, daß eine derartige Entwicklung nicht auch in Schleswig-Holstein machbar sein sollte. Daß sie wünschenswert ist, darüber besteht wohl kein Zweifel. Die Inbetriebnahme von GROWIAN ist ein erster Schritt. Wesentlicher als Großtechniken auf diesem Gebiet scheinen wohl aber dezentrale Anlagen kleineren Umfangs zu sein, wie überhaupt eine Dezentralisation der Energieversorgung nach regionalen Bedürfnisstrukturen unterhalb eines überregionalen Verbundnetzes Platz greifen sollte. Der SSW wird zu diesen Fragen einige Vorschläge unterbreiten.

Was den Hochschulbau angeht, vermisse ich in den Jahren 1984 und 1985 jegliche Aktivitäten im Raum **Flensburg**. Der für 1986 im Finanzplan aufgenommene Neubau Maritime Technologie mit Gesamtkosten von 50 Millionen DM kann einem Kenner der Verhältnisse nur ein gequältes Kichern abverlangen. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, daß die Regierung gegenüber Flensburg, was den Ausbau der Hochschulen angeht, im Wort ist. Sie muß sich nun endlich etwas einfallen lassen, nachdem die TH-Gründung auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben ist und alle Ersatzlösungen, darunter die Maritime Technologie, sich im Nebel aufgelöst haben. Man sollte deshalb zum Rahmenplan für den Hochschulbau schleunigst die Lösung der gravierenden Platzprobleme der TH in Flensburg anmelden. Ich denke hier an die Bibliothek und die Aula. Man sollte weiter untersuchen, ob für die Fachhochschule Flensburg nicht die Installation besserer technischer Ausstattungen opportun und wünschenswert wäre, und man sollte der Gründung eines technischen Informationszentrums in Flensburg nähertreten.

Ich weiß, daß diese Maßnahmen auch eine Erhöhung des qualifizierten Personalbestands beinhalten müssen. Bei der Frequentierung der Flensburger Hochschule ist das auch nur eine natürliche Folge, wenn man es mit dem Ausbau des Hochschulstandortes Flensburg ernst meint. Bisher haben die Flensburger davon allerdings bitter wenig zu spüren bekommen.

Alle diese Dinge sind ja nicht neu, und es sollte der Regierung doch langsam peinlich werden, daß man sie jedes Jahr wieder von neuem an die Durchführung dieser Maßnahmen erinnern muß. Oder haben Sie andere Pläne? Dann sagen Sie es, aber bitte nicht wieder nur Seifenblasen.

Es ist in diesem Jahr das erste Mal, daß zu einem Landeshaushalt ein **Haushaltsbegleitgesetz** im Entwurf vorgelegt wird. Das Gesetz ist ein Eingriff in Leistungsgesetze des Landes. Es ist aufgrund der allgemeinen Haushaltslage sicher notwendig, auch Leistungsgesetze zu durchforsten, um sie à jour zu führen. Die Frage ist, ob hier die richtigen Prioritäten gesetzt werden, um einen Kahlschlag auf gewissen Gebieten zu verhindern.

Ich darf vorausschicken, daß der SSW prinzipiell nicht der Auffassung ist, daß **Leistungsgesetze** einzuschränken sind. Wenn die Volksvertreter in finanziell besseren Zeiten Leistungen für die Menschen dieses Landes beschlossen haben, dann sind diese Beschlüsse Ausdruck eines politischen Wollens gewesen, das sich in seinen Grundlagen unseres Erachtens bisher nicht geändert hat.

(Beifall des Abgeordneten Arens [SPD])

Am schwerwiegendsten erscheinen mir die Eingriffe, die im Finanzausgleichsgesetz vorgesehen sind. Ich werde darauf später gesondert eingehen.

Der zweite harte Eingriff findet beim **Schulgesetz** statt und beim **Landeswassergesetz**. Diese beiden geplanten Änderungen erscheinen mir so problematisch, daß ich ihnen in der vorliegenden Form nicht zustimmen kann.

(Beifall des Abgeordneten Arens [SPD])

Die Kosten für **Gewässer- und Deichunterhaltungen** sind in den letzten Jahren zweimal drastisch gekürzt worden. Diese Kürzungen, die einen Spareffekt von etwa fünf Millionen DM haben sollen, sollen nun unbefristet weitergelten. Gerade in einer Zeit, in der von Küstensicherung viel gesprochen wird, sollte man die Mittel für die Deichunterhaltung nicht permanent auf einem niedrigen Niveau halten. Es geht hier letzten Ende um die Sicherheit der Bewohner an der Westküste. Sie haben ein Recht darauf, daß die Schutzbauten so instand gehalten werden, daß sie auch in Zukunft einer eventuellen Sturmflut gewachsen sind.

(Zuruf von der CDU: Das steht doch gar nicht zur Debatte!)

Es gibt seit langem ungelöste Probleme hinsichtlich der Zustände der Deiche auf den Inseln Sylt und Föhr sowie zum Beispiel an Dagebüller Koog, Fahretofter Koog, Marienkoog und Galmsbüll-Koog. Diese Mängel sollten schnellstens beseitigt werden, und das erscheint mir durch eine permamente Kürzung der hierfür vorgesehenen Mittel nicht möglich zu sein.

(Meyer)

(Dr. Schübeler [CDU]: Die Mittel sind gar nicht gekürzt! Das haben Sie nicht verstanden! - Lorenzen [CDU]: Es geht um die Unterhaltung der Gräben!)

- Fünf Millionen DM sind auf diesem Gebiet eingespart worden,

(Dr. Schübeler [CDU]: Aber nicht für die Deiche!)

und die Probleme sind nicht gelöst.

Was die Gewässerunterhaltungskosten angeht, meine ich ebenfalls, daß man hier aus umweltpolitischen Überlegungen nicht mit einer permanenten Kürzung in aller Zukunft arbeiten darf.

Im Schulgesetz sollen die **Lernmittelrichtsätze** herabgesetzt werden und ein Elternbeitrag für Bücher möglich sein. Es dreht sich um eine Sollbestimmung. Ich halte die Einführung einer solchen finanziellen Beteiligung der Eltern für äußerst problematisch. Einmal widerspricht es der Auffassung des SSW von Bildungspolitik, daß die Lernmittelfreiheit als Prinzip eingeschränkt werden soll. Hier wird das Prinzip der Gleichbehandlung und der Chancengleichheit durchbrochen. Die Schulen werden nun in Zukunft vielleicht herausfinden müssen - ich sage, vielleicht -, wer ein sozialer Befreiungsfall ist und wer nicht. Dies bringt einmal menschliche Probleme mit sich, die wir aus dem Schulleben gern fernhalten möchten. Zum anderen wird sich ein Maß an zusätzlicher Verwaltungsarbeit an diese Entscheidung knüpfen.

Ein wesentlicher weiterer Faktor, der sich negativ auf unsere Beurteilung ausdrückt, ist die **Sollbestimmung** im Gesetz. Hier wird der unterschiedlichen Behandlung bei der Erhebung von Elternbeiträgen in den einzelnen Städten, Kreisen und Gemeinden Vorschub geleistet. Es wird für die Eltern schulpflichtiger Kinder dann teure und billige Schulen geben. Ich meine, daß auch durch die hier eingeführte unterschiedliche Behandlung ein tragendes Prinzip des Schulwesens durchbrochen wird.

Ich glaube zu wissen, daß die Einschränkung der Lernmittelfreiheit an den Schulen im Königreich Dänemark undenkbar wäre. Es würde sich dafür keine - wie auch immer geartete - politische Mehrheit finden. Die Kostenlosigkeit des Bildungswesens auf dem Schulsektor ist eine der Grundannahmen dänischer Kultur- und Bildungspolitik. Ich kann mir deshalb auch nicht vorstellen, daß der Schulträger des **dänischen Schulwesens** im Landesteil Schleswig dieses Prinzip der Lernmittelfreiheit durchbrechen wird. Dies wird so weniger denkbar sein, als es sich bei der vorgelegten Gesetzesänderung nur um eine Sollvorschrift handelt, die sicherlich auch in diesem Lande und innerhalb der einzelnen Gemeinden unterschiedlich gehandhabt wird, wie ich bereits früher ausgeführt habe.

Wenn dem so ist, wird eine Tendenz im Landesteil Schleswig zu Tage treten, die ich aus nationalpolitischen Gründen für nicht besonders gut heiße. Es wird nämlich gegebenenfalls in den Gemeinden, wo ein Elternbeitrag erhoben wird, einen Unterschied geben hinsichtlich der Behandlung der Eltern mit Kindern in einer deutschen oder in einer dänischen Schule. Ich meine, daß dies nicht gut ist, nachdem es im Laufe der letzten Jahrzehnte gelungen ist, jegliche Konkurrenzsituation zwischen diesen beiden Schulwesen abzubauen.

Ich erwähne diese Überlegungen, obwohl sie nur im Landesteil Schleswig gelten werden, aber hier erscheinen sie mir in doppelter Weise relevant.

Die vorgesehenen Änderungen hinsichtlich der Erstattung von Mitteln für nicht im landwirtschaftlichen Beratungsdienst Beschäftigten erscheinen plausibel. Sie greifen allerdings nur unter der Voraussetzung, daß die hier eingesparten 1,6 Millionen DM nicht zu einer gleich großen institutionellen Förderung der **Landwirtschaftskammer** führen müssen.

Die vorgesehenen Änderungen im Landesbeamtengesetz und in der Schuldenabwicklung der Wohnungsbaukreditanstalt stellen unbehagliche Eingriffe dar, wobei zu hoffen ist, daß letztere keine negativen Wirkungen auf die Bauwirtschaft zur Folge haben werden.

(Beifall der Abgeordneten Frau Böhrk [SPD])

Die Verlängerung der Förderung auf dem **Krankenhausinvestitionssektor** in der Form über den Schuldendienst stellt eine folgerichtige Maßnahme dar, die durch das Vorziehen von Baumaßnahmen im Rahmen des Beschäftigungsprogramms erforderlich wird. Wenn ich ihr zustimmen kann, dann bedeutet das allerdings keine generelle Zustimmung zur Krankenhauspolitik der Regierung. Die Auffassung des SSW hinsichtlich der Krankenhausplanung hat sich nicht geändert. Ich sage dies ausdrücklich mit Bezug auf die Verhältnisse in Flensburg, die ich mehrfach von dieser Stelle aus kritisiert habe.

Sie werden hier erkennen, daß ich einigen Dingen in dem Entwurf meine Zustimmung geben kann, andere Dinge muß ich ablehnen. Aber ich habe gehört, daß der Ministerpräsident ja erklärt hat, er sei zu Verhandlungen und zu Gesprächen und zu Kompromissen bereit mit den anderen Fraktionen. Aus diesem Grunde gehe ich mit Optimismus in die Ausschußberatungen zum Haushalt 1984.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Asmussen, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß die Haushaltsdebatte gestern und heute viele wechselseitige Erkenntnisse gebracht hat. Ich darf, auch an das anknüpfend, was Herr Meyer dargelegt hat, sagen, daß wir uns wohl alle einig sind in dem Ziel, daß die Arbeitslosigkeit abgebaut werden muß. Wenn man sich aber fragt, auf welchem Weg die Arbeitslosigkeit abgebaut werden soll, dann stelle ich jedenfalls aufgrund des Debattenverlaufs fest, daß hier doch die Wege grundlegend auseinandergehen, und zwar sowohl wirtschaftspolitisch wie auch haushaltspolitisch.

(Minister Asmussen)

Ich meine, daß man diese sehr unterschiedlichen Auffassungen in der Debatte nicht verschweigen sollte, weil nach meiner Auffassung der Bürger einen Anspruch darauf hat zu erfahren, was die einzelnen Seiten, was die Regierung wollen.

(Frau Lindenmeier [SPD]: Sehr wahr!)

Ich halte diese Klarstellung, meine Damen und Herren, auch aus dem Grunde für wichtig, weil sie vor dem Hintergrund des ganzen Zahlenberges und der vielseitigen Argumentation selbst – so glaube ich – der interessierte Laie kaum ein konkretes Bild darüber machen kann, wie es jetzt mit den Investitionen ist, ob Personal abgebaut werden muß, ob in die Leistungsgesetze eingegriffen werden muß und so weiter. Ich meine also, wir sollten hier überhaupt nichts verwischen.

Was die wirtschaftspolitische Seite angeht, so setzen wir – das habe ich gestern ja auch in meiner Einbringungsrede gesagt – vornehmlich auf eine Wiederbelebung der **sozialen Marktwirtschaft**, die seinerzeit nach dem Kriege den Aufbau unseres freien Teils in Deutschland mitbewältigt hat. Und wir setzen auf die Erhöhung der **Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen** in unserem Lande. Wir sind weiter der Auffassung, daß zuviel Staat in der Wirtschaft eher schädlich als nützlich ist. Das heißt also, daß zuviel Staat eher das Wachstum vermindert und die Arbeitslosigkeit erhöht. Ich will das einmal ganz klar sagen.

(Beifall bei der CDU)

Auf der anderen Seite – so habe ich das jedenfalls verstanden – haben die SPD und auch der SSW doch ein großes Mißtrauen gegenüber den marktwirtschaftlichen Mechanismen und gegenüber den Ergebnissen, die dabei herauskommen.

(Arens [SPD]: Erfahrung prägt!)

– Wie bitte?

(Arens [SPD]: Erfahrung prägt!)

– Erfahrung?

(Arens [SPD]: Ja!)

– Lieber Herr Arens, darauf komme ich gleich noch einmal zurück.

(Sickmann [SPD]: Aber vergessen Sie es nicht! – Marschner [SPD]: Sehr gut!)

– Nein, ich vergesse das nicht.

Meine Damen und Herren, Sie sagen aus dieser Sicht heraus – und zwar im Gegensatz zu uns –, daß der Staat eher stärker als weniger steuernd eingreifen müsse, auch haushaltspolitisch. Und Sie sagen aus dieser Erkenntnis heraus, wir müßten Beschäftigungsprogramme des Staates entwickeln.

Meine Damen und Herren, das sind also die wirtschaftspolitischen Grundkonzeptionen beider Seiten. Daraus ergeben sich natürlicherweise auch sehr unterschiedliche haushaltspolitische Konsequenzen. Das sollte man auch sagen. Wir sagen, die **Konsolidierung** des Staatshaushalts und auch unseres Landeshaushalts ist eine vorrangige Aufgabe, und zwar einmal zur Sicherung der Handlungsfähigkeit des Staates beziehungsweise unseres Landes, aber auch zur Sicherung der künftigen Finanzierbarkeit vorrangiger Aufgaben. Wir sagen, wir müssen konsolidieren, um Arbeits- und Ausbildungsplätze langfristig zu sichern und die Zukunftschancen unserer Jugend zu gewährleisten, und wir sagen, wir müssen konsolidieren, um die wesentlichen Aufgaben auch im Bereich des Umweltschutzes finanzieren zu können.

Die SPD – und ich interpretiere auch den SSW so – sagt, die Konsolidierung habe nicht diesen Vorrang, sondern habe eher eine zweitrangige Aufgabe. Die SPD sagt, nach ihrer wirtschaftspolitischen Maxime rechtfertigt die Lage auch heute noch eine stärkere Staatsverschuldung, als die die Landesregierung in ihrem Haushaltsentwurf für das Jahr 1984 vorgesehen hat. Es sagt ja übrigens auch das Bad Schwartauer Papier, daß sie daran denken, zur Finanzierung Ihrer Vorschläge die Verschuldung des Landes auszuweiten.

Nun läßt sich natürlich trefflich über Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftsabläufe streiten. Zu unserem Kredo – wenn ich das einmal so sagen darf – haben wir gestern und heute einiges Wichtige gesagt.

Ich habe auch nicht die Hoffnung, daß ich die SPD-Fraktion in der Schlußphase der Haushaltsberatungen etwa zu überzeugten Marktwirtschaftlern bekehren würde. Aber, meine Damen und Herren, das muß ich einmal ganz ehrlich sagen: Ich wundere mich im Grunde über folgenden Punkt: Wenn man sich auch theoretisch und weltanschaulich nicht einigen kann, dann müssen nach meiner Auffassung zumindest die Ereignisse und Entwicklungen der Jahre von 1970 bis 1982 doch zu denken geben.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Klingner [SPD])

– Herr Dr. Klingner, ich muß darauf doch noch einmal zurückkommen, obwohl ich die wesentlichen Daten hier schon einmal genannt habe. Sie sagen doch: Wir müssen Beschäftigungsprogramme machen. Da wir auch dort und da nicht sparen wollen, müssen wir die Staatsverschuldung ausweiten. Sie sagen: Dann gibt es eine Verbesserung der Beschäftigungslage.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Klingner [SPD])

– Nein, lieber Herr Dr. Klingner, darüber haben wir uns ja lange unterhalten. Ich möchte Ihnen das, was ich meine, an den Ergebnissen der bisherigen Entwicklung darlegen. Faktum ist doch das, was Sie seinerzeit getan haben, und das ist dann „die Heuchelei der Rechten", von der Sie sprachen. Sie hatten seinerzeit im Jahre 1970, nachdem Sie die Verantwortung in Bonn von uns übernommen haben, eine Nettokreditaufnahme von 1,1 Milliarden DM. Diese Nettokreditaufnahme ist dann über 1980, 1981, 1982 in folgender Reihenfolge gestiegen: 27,1 Milliarden DM, 37,4 Milliarden DM und 1982 ist dann eine Nettokreditaufnahme, wenn man richtig rechnet, von 50 Milliarden

(Minister Asmussen)

DM erreicht worden. Der Schuldenstand des Bundes hat sich in den gleichen Jahren wie folgt entwickelt: 34 Milliarden DM, 218 Milliarden DM, 257 Milliarden DM, 297 Milliarden DM. Die Zinsen des Bundes sind gestiegen. Ich nenne hier nur den Bund, ich könnte auch die Gesamtheit nennen.

(Sickmann [SPD]: Bleiben Sie beim Land!)

- Das ist jetzt nicht mein Thema.

(Sickmann [SPD]: Das wäre peinlich!)

Die Zinsen des Bundes sind von 2,5 über 14 und 18 Milliarden DM auf 22 Milliarden DM gestiegen. Das ist die haushaltspolitische Entwicklung von 1970 bis 1982 gewesen. Darüber gibt es ja wohl keine Zweifel.

(Neugebauer [SPD]: Nennen Sie doch die Zahlen für Schleswig-Holstein!)

Die andere Seite der Medaille, um die es geht, ist das Wachstum und die Beschäftigung. Das Wachstum des Sozialprodukts betrug im Jahre 1970 5 %, 1980 plus 1,8 %, 1981 minus 2 % und 1982 minus 1,1 %.

(Dr. Klingner [SPD]: Milchmädchenrechnung!)

- Nein, Herr Dr. Klingner, das ist keine Milchmädchenrechnung, das ist die konkrete Auswirkung der Politik, die Sie im Grunde für richtig halten.

(Widerspruch und Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich darf hier noch einen weiteren Aspekt anführen. Wir haben immer gesagt: Wenn wir kein Wirtschaftswachstum haben, dann gibt es auch Arbeitslosigkeit. Diese Entwicklung können Sie auf dem Arbeitsmarkt dorch exakt verfolgen. Die Arbeitslosenzahlen hatten in den von mir genannten Jahren folgende Höhe - Herr Dr. Klingner, das mag für Sie schwer erträglich sein, aber man muß in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung doch das in Erinnerung rufen dürfen -: 1970 148 000, 1980 900 000, 1981 1,3 Millionen und 1982 über 2 Millionen. Ich darf noch hinzufügen, meine Damen und Herren, daß in der Zeit von 1974 bis 1982 21 Konjunkturprogramme gelaufen sind.

(Neugebauer [SPD]: - Welchen Sie zugestimmt haben! Sie haben nicht einmal abgelehnt!)

- Das hat damit überhaupt nichts zu tun, daß wir uns daran beteiligt haben. Meine Damen und Herren, der Effekt dieser Konjunkturprogramme, die Sie auch heute noch befürworten, war nach meiner Auffassung gleich Null. Das Ergebnis war eine höhere Arbeitslosigkeit.

(Marschner [SPD]: Dem widersprechen doch namhafte Wirtschaftsforschungsinstitute! Die müssen doch mehr wissen! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Herr Marschner, ich habe hier nicht unbedingt alle Institute zu werten. Da gibt es eine sehr breite Palette von Auffassungen.

(Weitere Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

Entscheidend sind doch die Tatsachen. Die Tatsache, Herr Marschner, ist, daß allein der Bund für Beschäftigungsprogramme in dem genannten Zeitraum 45 Milliarden DM ausgegeben hat.

Ich komme zu dem Ergebnis, daß die **Politik der Staatsverschuldung** und der Beschäftigungsprogramme - wie haben uns daran beteiligt, die Gründe will ich nicht näher ausführen - nach meiner Auffassung gescheitert ist.

(Frau Böhrk [SPD]: Was ist mit dem 421-Millionen-Programm?)

Diese Politik ist gescheitert. Sie hat die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen weiter abgebaut und hat zu ständig steigender Arbeitslosigkeit geführt.

Ich muß Ihnen auch sagen: Im Grunde muß eine solche Politik auch scheitern - sie baut auf Staatsverschuldung und Beschäftigungsprogramme -, weil hier der Ansatzpunkt falsch ist.

Der Kern dessen, was Sie hier zum Haushalt 1984 vorschlagen, ist der, daß Sie aus dieser Vergangenheit nicht lernen, sondern diese gescheiterte Politik in Schleswig-Holstein fortsetzen wollen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das kann doch keiner von uns erwarten.

(Der Redner greift zum Wasserglas - Hager [SPD]: Er trinkt wohl einen Schnaps!)

- Das ist kein Schnaps. Ich habe auch gestern keinen Schnaps getrunken. Das hier ist klares Wasser.

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal unterstreichen: Wir wollen den im ganzen Bundesgebiet angelaufenen Prozeß der **Einschränkung** von **konsumtiven Ausgaben** zugunsten von Ausgaben zur Belebung der Wirtschaft und zur Verbesserung der Arbeits- und Ausbildungsplatzsituation fortsetzen. Daß das ein langfristiger Prozeß ist, ist klar. Und wir wollen die finanziellen Grundlagen unseres Landes auf Dauer sanieren und so den Handlungsspielraum für die Schwerpunktaufgaben unserer Landespolitik schaffen. Diesen Zielsetzungen wird nach meiner festen Überzeugung der Haushalt 1984 voll gerecht.

(Beifall bei der CDU - Marschner [SPD]: Das klingt aber nach gesundbeten!)

Dank eiserner Sparsamkeit steigen die Ausgaben nur noch um 1,4 %. - Was heißt denn „Gesundbeten"? Lieber Herr Marschner, als Ökonom werden Sie mir zugeben, wenn nach einem Jahr Regierungswechsel das Sozialprodukt wieder von minus 1,1 % auf plus 1 oder plus 1,5 % steigt - das ist der Maßstab für die gesamte Leistung der Volkswirtschaft -, dann deutet das zumindest darauf hin, daß die Politik, die von der neuen Bundesregierung eingeleitet worden ist, richtig sein muß.

(Beifall bei der CDU - Marschner [SPD]: Wenn das der einzige Indikator ist, dann ist es schlecht damit bestellt!)

(Minister Asmussen)

Die **Neuverschuldung** wird gegenüber 1983 um 260 Millionen DM zurückgefahren. Die Schwerpunktaufgaben zur Landespolitik, nämlich Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Verbesserung der Zukunftschancen der jungen Generation und Schutz unserer natürlichen Umwelt, finden im Haushaltsentwurf 1984 einen deutlichen finanziellen Niederschlag.

Wer sich einmal die Schwierigkeiten vor Augen führt, meine Damen und Herren - ich bin dafür, daß sich nicht jeder nur die Zahlen aussucht, die ihm gerade in den Kram passen, Kollege Klingner -,

(Frau Böhrk [SPD]: Da fassen Sie mal an die eigene Nase!)

mit denen wir bei der Aufstellung des Haushalts zu tun hatten, wird mir zugeben, daß sich das vorgelegte Ergebnis durchaus sehen lassen kann.

In diesem Zusammenhang - das ist noch nicht gesagt worden und wir wollen eigentlich auch nicht wiederholen, was bereits mehrere Male gesagt wurde -

(Sickmann [SPD]: Das tun sie seit über 20 Jahren!)

- Das können Sie doch gar nicht beurteilen, Herr Sickmann, so lange sind Sie doch noch gar nicht im Landtag.

(Beifall bei der CDU - Sickmann [SPD]: Ich kann doch lesen! - Weitere Zurufe von der SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich also noch einmal darauf hinweisen, daß die Steuereinnahmen im Juni 1982 - also noch zur Zeit Ihrer Regierungsverantwortung in Bonn - noch auf 5,75 Milliarden DM geschätzt worden waren, während die - ich würde jetzt sagen - realistische **Steuerschätzung vom Juni** dieses Jahres nur noch 5,53 Milliarden DM erbrachte. Zusammen mit den Bundesergänzungszuweisungen betrug der Einnahmeausfall für Schleswig-Holstein 225 Millionen DM gegenüber der vorherigen mittelfristigen Finanzplanung. Auch mit diesem Einnahmeausfall müssen wir doch fertig werden.

(Beifall bei der CDU)

Verehrter Herr Kollege Klingner, Sie haben in Ihrer heutigen Rede unsere Finanzplanung kritisiert.

(Dr. Klingner [SPD]: Ja natürlich!)

Daß Sie die Ausgaben kritisieren, kann ich Ihnen jederzeit zugestehen, weil Sie dann, wenn Sie die Verantwortung tragen würden, sicherlich andere Prioritäten setzen würden.

(Lorenzen [CDU]: Dazu ist eine Opposition ja da!)

Aber, verehrter Herr Dr. Klingner, wenn Sie Kritik an den Steuereinnahmen üben, die wir in die mittelfristige Finanzplanung eingebaut haben, dann müssen Sie sich natürlich darüber im klaren sein, daß wir diese Zahl nicht so irgendwie aus dem hohlen Bauch gezaubert haben. Wirklich nicht! Das müßten Sie eigentlich als langjähriges Mitglied des Finanzausschusses auch wissen.

(Dr. Klingner [SPD]: Das habe ich auch gesagt!)

- Nein, das haben Sie nicht gesagt.

(Dr. Klingner [SPD]: Ich habe gesagt, sie sind fortgeschrieben!)

Diese Zahlen auf unserer Einnahmeseite sind die Zahlen, die der Arbeitskreis „Steuerschätzung" auf Bundesebene ermittelt hat. Sie wurden genauso ermittelt, wie sie seit Jahren ermittelt werden, das heißt nicht nur vom Land Schleswig-Holstein allein, sondern vom Bund und allen Ländern gemeinsam auf Bundesebene.

(Dr. Klingner [SPD]: Und ich habe die Risiken aufgezählt!)

Verehrter Herr Dr. Klingner, Sie müssen auch wissen, daß diese Einnahmeschätzung natürlich auch aufgrund geltenden Rechts erfolgt. Dazu möchte ich sagen - diesen Standpunkt habe ich immer im Landtag vertreten -, daß es im Grunde unverantwortlich wäre, wenn man die Zahlen nicht vergleichen könnte. Es wäre nicht gut, wenn jeder die Zahlen so manipulieren könnte, wie er sich das vorstellte und wenn jeder die Steuereinnahmen so ansetzen könnte, wie er sie für sich selbst schätzt. Dann wäre nichts mehr vergleichbar und dann könnte jeder die Zahlen nach seinem eigenen Gusto einsetzen.

Zusammenfassend meine ich, daß wir an dieser guten Übung der gemeinsamen Steuerschätzung festhalten sollten. Alles was an weiteren gesetzlichen Änderungen ins Auge gefaßt wird, muß parallel dazu laufen und außerhalb dieser Schätzungen geschehen und muß dann auch so in die politische Diskussion eingebracht werden.

(Dr. Klingner [SPD]: Ja gut! Aber das haben Sie nicht gemacht!)

- Lieber Herr Dr. Klingner, zu behaupten, wir hätten die Absicht einfach nur mit den **900 Millionen DM Lohnsteuer** unseren Haushalt zu reparieren, das ist eine Diktion, die überhaupt nicht in die Landschaft paßt.

(Beifall des Abgeordneten Stäcker [CDU])

Im übrigen, Herr Dr. Klingner, haben Sie den Eindruck erweckt, als würden bei diesen 900 Millionen DM Steuereinnahmen vor allem die geringer verdienenden Arbeitnehmer zur Kasse gebeten. Diese Behauptung darf nicht so im Raume stehen bleiben. Heimliche Steuererhöhungen, meine Damen und Herren, können naturgemäß nur die Einkommensgruppen treffen, die bereits in die Progression hineingewachsen sind. Das ist aber bei den sozial schwächeren Bevölkerungsteilen gerade nicht der Fall. Denn die Progression des Einkommensteuertarifs beginnt bei Verheirateten erst mit einem Bruttoeinkommen von nahezu 50 000 DM. Betroffen sind also durchweg Bezieher höherer Einkommen. Wir haben stets betont, meine Damen und Herren, daß es diesen Ein-

(Minister Asmussen)

kommensgruppen vorübergehend zuzumuten ist, diese zusätzlichen Belastungen bis zu einer Tarifreform, die ja auch wir bejahen, in Kauf zu nehmen. Auch dies ist ein Teil der sozialen Ausgewogenheit des gesamten Konzepts der Bundesregierung und auch unserer Vorstellungen. Wir kürzen nicht nur bei den sozialen Ausgaben, sondern wir verlangen auch den höheren Einkommensgruppen ein Sonderopfer in Milliardenhöhe ab, um die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren und unsere Wirtschaft wieder aus dem Tal herauszuführen.

Im Zusammenhang mit dem Anstieg der Lohnsteuer, Herr Kollege Klingner, komme ich zu einem weiteren Punkt Ihrer Ausführungen, nämlich zur Finanzierung der anstehenden **Tarifreform**. Es ist von uns nie bestritten worden, daß eine Neuordnung des Lohn- und Einkommensteuertarifs vom Fortschritt der Haushaltskonsolidierung abhängig ist und Ausgleichsmaßnahmen erfordert. Dieser Ausgleich wird aber wahrscheinlich durch den Abbau von steuerlichen Subventionen und durch Umschichtungen im Steuersystem erfolgen.

Im übrigen, meine Damen und Herren, darf ich in diesem Zusammenhang folgendes klarstellen. Es werden immer Zahlen verbreitet über die **Auswirkungen des Steuerentlastungsgesetzes** 1984 auf das Land und auf die Kommunen des Landes Schleswig-Holstein. Hier müssen wir nach meiner Auffassung auch die zweite Hälfte der Umsatzsteuererhöhung zum 1. Juli 1983 berücksichtigen.

(Dr. Klingner [SPD]: Die haben Sie schon einmal zum Ausgleich verwendet, schon im letzten Jahr!)

– Nein! Nein!

(Widerspruch bei der SPD)

Diese Rechnung des Steuerentlastungsgesetzes sieht dann folgendermaßen aus, meine Damen und Herren: Steuerentlastungsgesetz 1984 minus 71,4 Millionen DM, Vermögensbeteiligungsgesetz minus 3,4 Millionen DM, Mehreinnahmen aus Anhebung des Länderanteils an der Umsatzsteuer um 1 % plus 46 Millionen DM. Das ergibt ein Minus von 28,8 Millionen DM. Wenn ich nun sinnvollerweise sage, 50 % der Mehreinnahmen aus der Umsatzsteuererhöhung zum 1. Juli 1983 kommen in einer Größenordnung von 64,4 Millionen DM hinzu, so komme ich zu einem Plus von 35,6 Millionen DM für unser Land. Meine Damen und Herren, ich sage dies, damit hier rechnerische Klarheit über diese Auswirkungen entsteht.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Klingner, ich habe noch einen Punkt in Hinblick auf die Steuereinnahmen vergessen. Sie sagten, daß der Bund bereits wieder 1 Prozentpunkt mehr an **Umsatzsteuer** einplane.

(Dr. Klingner [SPD]: Das stimmt doch!)

Das haben wir im Finanzausschuß des Bundesrates und im Bundesrat selbst behandelt. Ich habe an diesen Sitzungen teilgenommen. Wir haben als Länder und insbesondere als CDU-geführte Länder gesagt: Herr Bundesfinanzminister, so geht das nicht. Wir gehen von den jetzigen Zahlen aus und müssen zu einem späteren Zeitpunkt dann diese Frage erneut behandeln. Das ist unsere Konzeption und dazu stehen wir nach wie vor.

(Dr. Klingner [SPD]: Aber im Finanzplan des Bundes sieht es anders aus!)

– Aber, Herr Dr. Klingner, auch der Bundesfinanzminister hat schon entsprechende verhandlungsstrategische Bemerkungen – wenn ich das einmal so sagen darf – in der Bundesratssitzung gemacht. Wir müssen nun erst einmal sehen, was die Verhandlungen letzten Endes bringen.

Meine verehrten Damen und Herren, es ist auch gesagt worden, daß wir uns gewissermaßen kaputtsparten. Ich sehe nicht sosehr die Gefahr des Kaputtsparens im Lande – das gleiche gilt übrigens auch für den Bund und die anderen Länder –, sondern ich sehe eher die Gefahr, daß dann, wenn die Finanzpolitik der vergangenen Jahre insgesamt weitergeführt würde, wir uns kaputtverschulden würden.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Kaputtverschulden würde die Wirkung haben, daß der Staat eines Tages überhaupt nicht mehr handlungsfähig ist. Das gilt es zu vermeiden.

Sie haben nun gesagt, wir sollten einen Anstieg der Nettoausgaben von plus 3 % anstreben und beziehen sich hier auf den Finanzplanungsrat, meine Damen und Herren. Dazu muß ich sagen, daß das keine Höchstgrenze ist, keine verbindliche Höchstgrenze für die Länder, sondern das ist ein Durchschnitt. Wir müssen doch in diesem Zusammenhang davon ausgehen, daß ein Land wie Schleswig-Holstein, das unter den Flächenländern die höchste Pro-Kopf-Verschuldung hat, im Sinne der Konsolidierung seines Haushalts besonders sparsam wirtschaftet.

Ich muß Ihnen einmal folgendes vorrechnen. Wir haben ja die finanzpolitische Runde, insofern ist es vielleicht erlaubt, hier ein paar Zahlen mehr als sonst üblich zu nennen. **Ihre Forderung** nach einer dreiprozentigen **Steigerung der Nettoausgaben** hätte folgende Nettoausgaben zur Folge: 1984 9,2 Milliarden DM, 1985 9,5 Milliarden DM, 1986 9,7 Milliarden DM, 1987 10 Milliarden DM. Meine Damen und Herren, das wären im Zeitraum von nur vier Jahren 778 Millionen DM mehr, als unsere mittelfristige Finanzplanung vorsieht. Da muß ich mich natürlich fragen, ob das so gewollt sein kann.

Selbst unsere Konsolidierungspolitik, die Sie als überzogen bezeichnen, hat ja noch ganz erstaunliche Zuwächse in bestimmten Bereichen. Die **Bruttokreditaufnahme** beispielsweise wird trotz unserer Anstrengungen noch wie folgt steigen in dem Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung: 1984 2,2 Milliarden DM, 1985 2,3 Milliarden DM, 1986 2,6 Milliarden DM, 1987 auch noch einmal 2,6 Milliarden DM – die Zahlen hinter dem Komma sind aber etwas höher als im Jahr zuvor.

(Minister Asmussen)

Meine Damen und Herren, im gesamten mittelfristigen Zeitraum führt selbst unsere Politik noch zu diesen steigenden Zahlen.

(Latendorf [CDU]: Eben!)

Das gilt auch für die Zinsentwicklung, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen. Die Zinsentwicklung - ich brauche hier nicht alle Zahlen vorzulesen - führt noch im Jahre 1987 zu Zinsausgaben von 1,1 Milliarden DM. Das einzige, was beruhigend ist, ist die Tatsache, daß der Anteil der Zinsen an den Nettoausgaben von 11,5 % im Jahr 1986 auf 11,3 % im Jahre 1987 sinkt. Das ist die Lage im mittelfristigen Zeitraum selbst bei unserer Sparpolitik, die wir für außerordentlich wichtig halten.

Im übrigen darf ich auch einmal auf folgendes hinweisen. Mir liegen die Eckdaten der anderen Länder vor. Wir haben unsere Nettokreditaufnahme um 19,5 % reduziert. Andere Länder, denen es zum Teil wesentlich besser geht als uns, haben diese Nettokreditaufnahme noch wesentlich stärker reduziert, was die Haushaltsplanung 1984 angeht. Wie gesagt, Schleswig-Holstein liegt bei 19,5 %, Bayern beispielsweise bei 24,9 % Reduzierung der Nettokreditaufnahme, Baden-Württemberg, ein Land, dem es im Vergleich zu anderen Bundesländern mit am besten geht, reduziert die Nettokreditaufnahme um 35,6 %.

Meine Damen und Herren, ich meine, auch das sollten wir im Auge behalten, wenn wir über unseren Haushalt in der mittelfristigen Finanzplanung reden.

Herr Kollege Klingner, ich darf dann noch das Thema **Investitionen**, das Sie auch ansprachen, aufgreifen. Es trifft voll zu, daß die Ausgaben der Investitionen im Soll 1984 gegenüber dem Soll 1983 einschließlich Nachtragshaushalt um rund 70 Millionen DM sinken.

(Neugebauer [SPD]: In der Presseerklärung liest sich das aber anders!)

- Nein, das liest sich in der Pressemitteilung überhaupt nicht anders, Herr Kollege Neugebauer. Meine Pressemitteilungen, wie auch die der übrigen Kollegen, zeichnen sich durch hohe Präzision aus.

(Lorenzen [CDU]: Lesen muß man können! - Lachen bei der SPD)

- Wissen Sie, in der Finanzpolitik ist es ja so, daß man die Zahlen addieren kann, wenn man das Einmaleins gelernt hat. Sie können davon ausgehen, daß meine Mitarbeiter und ich das Einmaleins beherrschen und keine anderen Zahlen über die Investitionen herausgegeben haben als die, die ich hier nenne.

Meine Damen und Herren, ich darf aber zu den Investitionen noch einmal folgendes sagen.

(Dr. Klingner [SPD]: Drei verschiedene Zahlen haben Sie herausgegeben!)

- Ich kann ja auch nicht jedesmal dasselbe erzählen, das muß ja auch einmal unterschiedlich sein.

(Lachen bei der SPD)

- Ich meine jetzt, in der Sache nicht immer dasselbe.

Ich darf zwei Vorbemerkungen machen. Die erste Vorbemerkung bei der Beurteilung der Investitionen ist die, daß Investition nicht gleich Investition ist.

(Dr. Klingner [SPD]: Natürlich!)

Ich zum Beispiel bin der Auffassung, daß wachstumsfördernde Investitionen wertvoller sind als der Bau von Verwaltungsgebäuden, die zwar einen kurzfristigen Beschäftigungseffekt haben, dann aber nur noch Folgekosten verursachen.

(Beifall des Abgeordneten Lorenzen [CDU])

Ich will Ihnen in diesem Zusammenhang einmal sagen, daß wir an Baufolgekosten jährlich etwa 100 Millionen DM im Lande Schleswig-Holstein aufbringen und daß diese Folgekosten mit zunehmender Bauintensität natürlich steigen und eines Tages möglicherweise Neubauten überhaupt gefährden. Das ist ein Aspekt. Der andere Aspekt ist der, daß man haushaltstechnisch

(Dr. Klingner [SPD]: Darüber kein Streit!)

bei Investitionen natürlich sehr unterschiedliche Dinge subsumiert.

(Dr. Klingner [SPD]: BAföG zum Beispiel!)

- BAföG, das ist ein ganz interessantes Beispiel, das hätte ich jetzt auch gebracht. Mein Kollege Dr. Posser aus Nordrhein-Westfalen weist immer ganz gern auf BAföG hin. Das ist ein typisches Beispiel. Es gibt aber auch andere Beispiele. BAföG bar bezahlt ist Konsum, BAföG als Darlehen ist haushaltstechnisch eine Investition, meine Damen und Herren.

(Dr. Klingner [SPD]: Ja! So retten Sie Ihre Investitionsquote! - Marschner [SPD]: So ist es!)

- Wissen Sie, lieber Herr Dr. Klingner, wir sollten - das will ich damit zum Ausdruck bringen - auf die Zahl der haushaltstechnisch ausgewiesenen Investitionen nicht wie das Karnickel auf die Schlange starren, sondern diese Zahl etwas differenzierter betrachten.

Im übrigen darf ich Ihnen einmal folgendes sagen: Die Landesregierung hat im Jahr 1983 einen Haushalt vorgelegt, der eine Investitionshöhe von 1,36 Milliarden DM vorsah. Im Rahmen der Parlamentarischen Beratung ist diese Investitionszahl um 113,7 Millionen DM aufgestockt worden, das Schleswig-Holstein-Programm mit 129,2 Millionen DM kam hinzu, und wir haben jüngst einen Nachtrag verabschiedet, der noch einmal die Investitionen für 1983 in einer Größenordnung von 14,6 Millionen DM erhöht hat. Das heißt also, daß in diesem Entscheidungsprozeß 259,2 Millionen DM zusätzlich auf den ursprünglich vorgelegten Investitionsbetrag der Landesregierung draufgelegt worden sind, meine Damen und Herren. Ich meine nun, daß man, wenn man den Haushalt des nachfolgenden Jahres betrachtet, natürlich nicht davon ausgehen kann, daß man diese hohen Steigerungsraten Jahr für Jahr realisiert. Das wäre nach meiner Auffassung eine übertriebene Ziel-

(Minister Asmussen)

setzeung, eine Zielsetzung, die auch überhaupt nicht finanzierbar ist.

(Dr. Klingner [SPD]: Wir haben auch gesagt: „Nach dem Programm kommt das Loch"!)

- Lieber Herr Dr. Klingner, ich weise bloß darauf hin, daß wir, wenn wir uns über Investitionen unterhalten, uns auch konkret über die Zahlen unterhalten müssen, die vergleichbar sind.

Im übrigen darf ich noch folgendes sagen. Es laufen natürlich auch Investitionen mit hohen Investitionsansätzen aus. Ich erinnere nur an den Bau von regionalen Erdgasleitungen, an das Programm für heizenergiesparende Investitionen, an die Grunderneuerung der Eisenbahnstrecke Niebüll - Dagebüll - das sind Bund-Länder-Programme. Allein diese drei Positionen machen 32,4 Millionen DM aus. Auch das muß man, wenn man sich über Investitionen im Land Schleswig-Holstein unterhält, im Auge behalten.

Im übrigen ist hier vorhin eingeworfen worden - Herr Kollege Neugebauer war das wohl -, daß wir ständig andere Zahlen nennen würden. Lieber Herr Kollege, Sie müssen sich natürlich auch einmal genau die Pressemitteilungen ansehen und gucken, wovon wir reden. Ich nenne jetzt zum Beispiel eine andere Zahl, die im Zusammenhang mit der Ausfüllung der Kapazitäten in unserer Bauwirtschaft steht. Da ist es etwas anderes, als wenn ich über Investitionen rede. Es wird immer gesagt, hier würde die Baunachfrage sinken; jedenfalls taucht diese Behauptung immer wieder unterschwellig auf. Wir haben verschiedentlich gesagt, daß das für den Hochbau nicht gilt. Wir haben im Jahre 1984 eine Steigerung gegenüber 1983, Bund und Land zusammengenommen.

(Latendorf [CDU]: Sehr richtig! Deutliche Steigerung! - Beifall bei der CDU)

Und was den Tiefbau angeht, meine Damen und Herren, so habe ich unter Berücksichtigung auch des kommunalen Finanzausgleichs folgende Daten: Im Jahr 1983 belief sich das Volumen auf 635,8 Millionen DM, und es wird sich im Jahr 1984 auf 640,9 Millionen DM belaufen. Das heißt, auch in diesem Bereich trifft es nicht zu, daß das Gesamtvolumen sinken würde.

Lassen Sie mich noch folgenden Punkt aufgreifen. Es ist auch gesagt worden, daß die Kommunen den größten Teil der Investitionen im Lande vornehmen. Das ist wohl im Zusammenhang mit der Diskussion über den kommunalen Finanzausgleich gesagt worden. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich einmal die Vorhaben des Bundes und des Landes zusammen ansehen und das mit den Ausgaben im Investitionsbeziehungsweise Baubereich der Kommunen vergleichen, dann kommen Sie zu einer ganz anderen Sicht der Dinge. Im Jahr 1982 haben die Kommunen beispielsweise 1,4 Milliarden DM ausgegeben, Land und Bund zusammen aber 2 Milliarden DM. Herr Dr. Klingner, das ist nun einmal so.

Ich darf Ihnen auch noch eine andere Zahl nennen, was den Vergleich des Landes mit den Kommunen auf dem Gebiet der Investitionen angeht. Wenn Sie da einmal die Zeit von 1974 bis 1982 addieren - das ist der Zeitraum, in dem haushaltstechnisch die Zahlen vergleichbar sind -, dann kommen Sie zu dem Ergebnis, daß im Durchschnitt der Jahre die Kommunen nicht, wie man landläufig hört, den Riesenbatzen gegenüber dem Land ausgeben, sondern daß die Kommunen lediglich 49 Millionen DM mehr ausgegeben haben als das Land. Auch das muß einmal gesagt werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, meine Zeit läuft allmählich ab.

(Latendorf [CDU]: Nur am Pult! - Harms (Bilsen) [CDU]: Nur die Redezeit!)

- Ja, das ist richtig. - Lieber Herr Kollege Klingner, ich möchte noch einmal etwas zu Ihrer Haushaltsvorstellung insgesamt sagen. Ich habe das vorhin schon einmal angedeutet. Wir bedauern im Grunde - auch ich tue das -, daß Sie, wenn wir hier einen konkreten Haushaltsentwurf bis hin zur Neuverschuldung des Landes vorlegen, dann ein Konzept unterbreiten, ohne dieses Konzept zu konkretisieren. Der Herr Ministerpräsident hat ja gestern schon auf die Summen hingewiesen; ich will das nicht wiederholen.

Ich meine nur: Wenn Sie mit großer Beredsamkeit - das gilt ja, was diesen Punkt angeht, insbesondere für den Herrn Oppositionsführer - das Heil für Schleswig-Holstein verkünden, dann wollen wir und dann will auch der Bürger wissen, was das kostet.

(Beifall bei der CDU)

Sie lehnen - das ist doch die Situation - im Grunde das ab, was wir an Vorschlägen zur Haushaltskonsolidierung haben, und zwar im Personalbereich, im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs. Bei den Subventionen, so sagen Sie, müßten wir stärker einsteigen, ohne namhafte Bereiche zu nennen. Wir haben ja unsere Vorstellungen konkretisiert. Sie schlagen hier die Ministerialzulage zur Streichung vor. Da hört es so ziemlich auf. Was die Einnahmeseite angeht, so klingt das auch nicht sehr überzeugend, was Sie von der Konzessionsabgabe beispielsweise sagen. Darüber haben wir ja schon häufig diskutiert, und alle Sachverständigen sind sich darüber einig, daß diese Maßnahme, die Sie hier vorschlagen, im Grunde wirtschaftsschädigend ist und im Zweifelsfalle auch Arbeitsplätze gefährdet. Hier ist also genau der Widerspruch in Ihrer Zielsetzung, auf den ich eingangs hingewiesen habe.

(Latendorf [CDU]: Wir haben schon die höchste Quote im Bund!)

Meine Damen und Herren, aufgrund der Haushaltslage des Landes ist aus meiner Sicht Ihr größter Sündenfall der, daß Sie sagen, Sie seien bereit, die Neuverschuldung des Landes über das hinaus zu betreiben, was die Landesregierung vorschlägt. Ich will das nicht weiter vertiefen; dazu werden wir noch Gelegenheit haben.

(Minister Asmussen)

Ich möchte meinen Eindruck wie folgt zusammenfassen. Mit dem Haushaltsentwurf 1984 macht die Landesregierung einen wichtigen Schritt zur Konsolidierung des Landeshaushalts. Darüber besteht für mich kein Zweifel. Dank eiserner Sparsamkeit steigen die Ausgaben nur noch um 1,4 %. Die Neuverschuldung wird gegenüber 1983 um 260 Millionen DM zurückgeführt. Trotz dieser Notwendigkeit zum Sparen sieht der Landeshaushalt 1984 umfangreiche Mittel für die Bewältigung der vordringlichen Aufgaben des Landes vor. Die Verbesserung der Zukunftschancen der jungen Generation, die Sicherung und Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und der Schutz unserer natürlichen Umwelt sind Schwerpunkte des Haushalts.

Meine Damen und Herren, aber auch folgendes will ich hier bei der Zusammenfassung nicht verschweigen. Es sind auch - das sagen wir auch dem Bürger - schmerzliche Eingriffe notwendig. Zahlreiche Leistungen des Landes werden gekürzt. Herr Kollege Meyer, Sie sagten vorhin, Sie seien grundsätzlich der Auffassung, Leistungsgesetze dürften nicht geändert werden. Da unterscheiden wir uns grundlegend, nämlich insofern, als natürlich im Zuge der Entwicklung auch diese Leistungsgesetze vor einem anderen Hintergrund erscheinen. Und der finanzielle Hintergrund ist nach meiner Meinung so dramatisch, daß man nicht nur die Ministerialzulage kürzen darf, wie hier vorgeschlagen wurde, sondern auch in anderen Bereichen kürzen muß, beispielsweise bei den Landwirten - ein schmerzhafter Eingriff.

Wir sind aber auch der Auffassung, meine Damen und Herren, was die schmerzlichen Eingriffe angeht, daß wir um Kürzungen im Personalkostenbereich nicht herumkommen. Ich darf noch einmal daran erinnern, daß dies der größte Betrag im Landeshaushalt ist, und zwar in einer Größenordnung von 40 % der Nettoausgaben. Wer sich über Konsolidierung des Haushalts Gedanken macht, der muß doch zwangsläufig über diesen Betrag stolpern.

Auch müssen die Finanzbeziehungen zu den Kommunen neu gestaltet werden. Das haben wir schon in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht. Ich bin der Meinung, daß wir nur mit einer Politik der Konzentration auf das Wesentliche die Konsolidierung der Landesfinanzen vorantreiben

(Beifall des Abgeordneten Latendorf [CDU])

und gleichzeitig die notwendigen Aufgaben des Landes kraftvoll anpacken können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klingner.

Dr. Klingner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur wenige Bemerkungen zu dem, was Sie, Herr Asmussen, ausgeführt haben. Zunächst einmal komme ich zu den Vergleichen; ich dachte, man müßte darauf gar nicht eingehen, aber es scheint doch nötig zu sein. Die **Wirtschaftsentwicklung** in diesem Lande - das ist in einem solchen System gar nicht anders möglich - verläuft zyklisch. Da kann man nicht hier und dort ein Datum heraussuchen, diese Daten zusammenzählen und daraus eine Linie machen. Das gibt zwangsläufig ein schiefes Bild. Unser Problem in der Bundesrepublik Deutschland ist, daß die Höhepunkte in den Zyklen immer schwächer ausgefallen sind. Das kann man seit den 50er Jahren feststellen. Daß das nicht rechtzeitig erkannt worden ist und bestimmte Finanzierungsschwierigkeiten und Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt hervorrief und daß die Steigerungsraten aus den 50er Jahren auch aus anderen Gründen nicht mehr erreichbar sind, liegt auf der Hand. Hier nun einzelne Daten herauszupicken und sie mit zweiten oder dritten zu vergleichen, muß zwangsläufig ein schiefes Bild geben. Das dazu!

Das zweite ist die Sache mit dem **Beschäftigungsprogramm**. Könnten Sie diese Behauptung nicht ein bißchen tiefer hängen? Diese Regierung, der Sie jetzt anzugehören die Ehre haben und möglicherweise auch noch eine Zeitlang haben werden,

(Lorenzen [CDU]: Davon gehen wir aus!)

hat dann, wenn sie es für richtig hielt, zwischen der ersten und der zweiten Lesung des Haushaltes so oft die Kreditaufnahmen verstärkt. Nachdem in der ersten Lesung solche Sprüche wie heute serienweise losgelassen worden sind, war in der zweiten Lesung davon nichts mehr wahr. Erinnern Sie sich doch einmal an die Situation Ihres Vorgängers, der im letzten Jahr von diesem Pult aus wirklich fast dasselbe erzählt hat - und anschließend wurde ihm das 421-Millionen-Programm aufgepackt, und plötzlich war ein Beschäftigungsprogramm das Gelbe vom Ei.

Ich behaupte ja nicht, daß es nicht aus Wahlrücksichten oder ähnlichen Gründen manchmal nötig sein kann, so zu verfahren. Alles geschenkt! Nur, könnten Sie diese Ihre Behauptungen nicht ein bißchen tiefer hängen und nicht so sehr mit dem Brustton der Überzeugung etwas erzählen, von dem Sie unter Umständen nach einem Vierteljahr das Gegenteil behaupten müssen?

(Beifall bei der SPD)

Dazu noch eine letzte Anmerkung: Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute und jeder andere sagen Ihnen, daß ein Teil dessen, was sich jetzt so an zarter Belebung ereignet, auf die Investitionszulage - wenn man so will, auch ein Beschäftigungsprogramm - zurückzuführen ist.

Wie gesagt, Herr Asmussen: Wir würden uns sehr viel näher kommen, wenn die Argumente mit etwas mehr Vorsicht verwendet würden; man muß sie dann nicht so offentsichtlich widerrufen.

Ein letztes Thema, die Investitionen! Natürlich, auch wir sehen, daß man sie im Detail auseinandernehmen muß, wenn man wirklich etwas darüber sagen will. Tatsache ist jedoch, daß Ihre Behauptung, Sie wür-

(Dr. Klingner)

den die **Investitionen** zu Lasten des Konsums steigern, nicht zu halten ist.

(Beifall bei der SPD)

Real, nominal, relativ - wie Sie wollen - sinken die Investitionen, und sie sollen nach der Finanzplanung auch mittelfristig sinken. Das ist der Fakt. Alles andere sind Sprüche.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Arens.

Arens [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte einige kritische Anmerkungen und auch einen konstruktiven Vorschlag zu dem Artikel 4 des Haushaltsbegleitgesetzes machen. Dabei möchte ich zunächst auf einen Punkt eingehen, der hier häufiger betont worden ist: Im Ziel seien wir uns einig, im Weg aber höchst unterschiedlicher Auffassung. Wenn das so ist, dann sollten sich nach meiner Meinung aber Regierung und Opposition auch etwas mehr Chancen lassen, sich zwischen erster und zweiter Lesung auf möglicherweise etwas näher beeinanderliegende Wege zu verständigen. Ich hoffe, daß wir bei dem Artikel 4 des Haushaltsbegleitgesetzes dazu einen Beitrag leisten können, möchte allerdings von Anfang an deutlich machen: Wenn Sie Ihre Position, die Sie bezüglich der **Lernmittelfreiheit** einnehmen, nicht verändern, hat es überhaupt keinen Zweck, hier wie die Katze um den heißen Brei herumzuschleichen und davon zu reden, daß leichte Kürzungen, Einschnitte oder Abschläge vorgenommen würden. Der Artikel 4 in der Fassung, in der er jetzt nach dem Gesetzentwurf auf dem Tisch liegt, beinhaltet die Abschaffung der Lernmittelfreiheit.

(Beifall bei der SPD)

Dies nehmen wir nicht hin. Er beinhaltet die Abschaffung der Lernmittelfreiheit und stellt statt dessen eine Sollbestimmung über Beihilfen der Kommunen, der Schulträger, in Aussicht. Das ist die Sache, über die wir zu reden haben, und ich denke, die Regierung wäre gut beraten - insbesondere der Kultusminister -, wenn sie genau zuhörte, ob man es denn nicht doch ein bißchen anders machen kann.

Ich möchte hier einmal zwei Zitate aus der Regierungserklärung anführen. Erstens:

> „Als eine zentrale Aufgabe der nächsten Jahre sieht die Landesregierung die Sicherung der Zukunftschancen für die junge Generation."

Und zweitens:

> „Die Landesregierung vertritt die Auffassung, daß kein Schüler aus finanziellen Gründen auf einen Bildungsweg verzichten muß."

Wenn wir uns einmal die **praktische Regierungspolitik** nur der ersten sechs Monate nach dieser Regierungserklärung angucken, haben wir auch im Jahre 1984 einen massiven Abbau von Planstellen im Schulbereich zu verzeichnen, eine völlig ungenügende Lösung der individuellen Ausbildungsförderung - nach dem Kahlschlag auf Bundesebene ist es nicht gelungen, hier in Schleswig-Holstein etwas Ordentliches auf die Beine zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben - wie sich schnell zeigt, wenn wir schon einmal in die Einzelpläne hineinschauen - erhebliche Abschläge im Bereich beispielsweise der Fort- und Weiterbildung der Lehrer zu verzeichnen, bei den Schulwanderfahrten der Kinder und so weiter. Ich möchte den Katalog hier nicht weiter ausführen, weil das in der zweiten Lesung sicherlich noch im einzelnen gewürdigt werden wird. Ich möchte nur folgendes sagen: Wenn wir uns diese Punkte vor Augen halten, dann frage ich einmal nach der Ernsthaftigkeit einer Erklärung, man wolle die **Zukunftschancen der Kinder** sichern und ausbauen, wenn man in Wirklichkeit das Gegenteil davon tut.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man dann den letzten Punkt einbezieht, der jetzt auf dem Tisch liegt und der den Abbau der Lernmittelfreiheit betrifft - wobei ich mich den grundsätzlichen Bemerkungen des Kollegen Karl Otto Meyer nur anschließen kann -, dann kommt man zu dem Schluß, daß wir bei dieser Gesetzesformulierung - die von ihrem Text her zunächst ganz harmlos klingt, wenn da von der Umwandlung von Mindestsätzen, die den Schulträgern bisher vorgeschrieben waren, in Richtsätzen die Rede ist, die eben keine Rechtsverbindlichkeit haben - ab 1. Januar 1984 eine ganz gewaltige Änderung erleben werden, die mit Sicherheit einiges zur Folge hat.

1. Das Volumen an Lernmitteln wird im nächsten Jahr in Schleswig-Holstein drastisch zurückgehen. Da mache sich hier niemand im Hause etwas vor.

(Beifall bei der SPD)

Bei diesem Gesetzentwurf ist unsorgfältig gearbeitet worden. Man geht von der Voraussetzung aus, daß die **Kommunen** wohl ihren 50 %-Anteil, den sie ausgeben sollen - nicht müssen -, aufbringen werden. Die würden das in ihrer Schulfreundlichkeit wahrscheinlich auch gern tun, wenn sie es könnten. Viele können es nicht und werden die Möglichkeit nutzen, hier Einsparungen vorzunehmen.

2. Die Regierung macht es sich wirklich einfach. In allen möglichen Belangen der Gestaltung von Schule wird den Schulen von oben hineinregiert, wird verordnet, werden Erlasse gemacht, wird ihnen die Bewegungsfreiheit genommen. In diesem Punkt regelt man überhaupt nichts, sondern überträgt die Verantwortung auf die Schulen, die Elternbeteiligungskosten beizubringen. Dies halte ich für pädagogisch völlig unverantwortlich.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Zurufe von der SPD: So ist es!)

(Arens)

Schließlich meint die Landesregierung – das haben wir hier ja auch in der Begründung gehört –, mit der Einsparung könnten die Kommunen – ich werde zur Quantifizierung ganz am Ende meiner Ausführungen noch etwas sagen – ihre Haushalte konsolidieren. Ich sage hier bei der Betrachtung des Gesamtvolumens: Keine einzige Gemeinde kann Einsparungen, die sie bei den Lernmittelkosten erzielen würde, dazu verwenden, um Investitionen zu tätigen, die mittel- oder langfristig ihre Einnahmesituation nachhaltig verbessern würden. Deswegen ist die ökonomische Begründung nur vorgeschoben.

Nun möchte ich auch eines in Richtung auf den Kultusminister sagen: Es wird in dem Begleitgesetzentwurf ja nicht nur eine Änderung des § 30 vorgeschlagen, sondern auch des § 39, bei dem es sich um **zurückgestellte** – wie man immer so sagt: „nicht schulreife" – **Kinder** dreht. Wenn ich es richtig verstanden habe, will man hier mit einer rein fiskalischen Begründung in einen der sensibelsten pädagogischen Bereiche, die es überhaupt gibt eingreifen und Kindern, die zu Beginn ihrer Schulzeit überhaupt Schwierigkeiten haben, den Nachweis zu erbringen, daß sie bereits grundschulfähig sind, einen Weg nehmen, der diesen Kindern bisher immer die Chance gab, eine Zwischenstation zu durchlaufen – welcher Art auch immer; in der Regel war es ja der Schulkindergarten. Wenn diese Kinder – die zurückgestellt werden, die nicht schulreif sind – nicht die Aussicht bieten, in einem Jahr in einer Grundschule erfolgreich beschult zu werden, dann heißt das doch auf deutsch, daß sie gleich in Sonderschulen überwiesen werden sollen. Ihnen werden also Chancen genommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich lehne solche wirklich allein mit fiskalischen Gesichtspunkten begründeten Einschnitte in pädagogische Bereiche ab.

Ich muß auch einmal nach dem Selbstverständnis eines Kultusministers fragen, der sich gegen eine solche Regelung im Kabinett nicht ernsthaft – jedenfalls für niemanden sichtbar – zur Wehr setzt und dem offentsichtlich zustimmt.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle, Herr Kultusminister, ist dann wohl auch ein Satz angebracht, der ebenfalls in diese Haushaltsdebatte hineinpaßt. Ich kann mir vorstellen, daß Sie dieser Lösung zugestimmt haben. Ich weiß nicht, wie hart Sie gegen den Abbau der Lernmittelfreiheit und gegen die Änderung des § 39 gestimmt haben. Nur, von einem Kultusminister, der anläßlich des Planstellenabbaus, der vorgenommen worden ist, von der Haushaltskonsolidierung als der obersten Zukunftssicherung des Landes redet, erwarte ich allerdings auch nicht, daß er sich für die pädagogischen Bedürfnisse der Kinder und der jungen Generation einsetzt.

(Beifall bei der SPD)

Keine Mißverständnisse! Es ist völlig klar, wenn wir sagen: Es muß gespart werden! Nur soll dann ausgelotet werden. Qualifikation, Bildung und Ausbildung sind Zukunftssicherung. Je weniger wir in diesem Bereich tun, desto mehr verbauen wir sie.

(Beifall bei der SPD – Aniol [CDU]: Dann machen Sie einmal einen konkreten Vorschlag, Herr Kollege!)

Ich will am Schluß auf das eingehen, was hier eigentlich gemacht wird, Kollege Aniol, damit das dann auch einmal klar wird. Die Lernmittelfreiheit soll abgebaut werden. Ich möchte dies auch noch einmal unter einem anderen Aspekt ansprechen. „Schule soll Freude machen", sagt mit eingeübtem Augenaufschlag der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung, für jedermann nachzulesen. „Schule soll Freude machen!" In die Schule mit Beginn des Jahres 1984, die dafür sorgen soll, daß die Eltern zur Eigenbeteiligung herangezogen werden sollen, möchte ich nicht kommen. Viele von uns können sich ja noch daran erinnern, wie das früher einmal ausgesehen hat. Das wollten wir nicht wieder haben.

Ich mache Ihnen tatsächlich einen Vorschlag: Wenn man einsparen muß, muß man nicht gleich das Kind mit dem Bade ausschütten. Wir hätten zumindest über differenzierte Lösungen sprechen können. Das ist doch wohl auch der Sinn von Ausschußberatungen, indem man sagt, um die Einsparungsnotwendigkeiten führe nichts herum. Da wird doch nicht gleich das Prinzip, nicht gleich ein Kulturgut, nicht gleich ein schwer erkämpfter sozial- und bildungspolitischer Fortschritt geopfert, indem gesagt wird: Wir müssen sparen, und jetzt weg mit der Lernmittelfreiheit. Wer hindert Sie denn, zu sparen? Wer hindert Sie denn, in Ihrer Verordnung über die Mindestsätze diese Mindestsätze einmal auf vernünftigere, der Zeit angepaßte Sätze herunterzuschrauben und, sobald die finanzielle Situation besser ist, auch wieder hochzugehen? Nein, Sie sind einen anderen Weg gegangen. Sie haben die Sparnotwendigkeit genutzt, um **Chancengleichheit**, die durch Lernmittelfreiheit etwas erleichtert wird, abzubauen.

(Lebhafter anhaltender Beifall bei der SPD)

Ich will es wirklich als Mahnung sagen. Ich habe bisher immer davon geredet, wenn dieser Gesetzentwurf so umgesetzt wurde. Unsere Hand ist ausgestreckt, über diesen Bereich zu verhandeln, entgegenzukommen, Sparnotwendigkeiten nicht auszuklammern, aber wir wollen die Chancengleichheit auf keinen Fall den Bach heruntergehen lassen. Dann gibt es Spielraum, und dann können wir uns streiten. Da gibt es viele Modelle.

Ganz konkret gesprochen: Rundherum 28 Millionen DM würden wir nach den alten Sätzen ausgeben. 14 Millionen DM würden eingespart, erhoffen Sie, nach den neuen Sätzen, nach den Richtsätzen der neuen Regelung. Wenn man sich nur einmal vorstellt, differenziert zwischen den einzelnen Schularten, also unterschiedlich betrachtet: Einsparungen in einer Größenordnung von 30, 40 oder 45 %; dann kann man

(Arens)

auf Einsparungseffekte in Höhe von 8, 9 oder 10 Millionen DM kommen. Das würde aber bedeuten: Man opfert, wenn man dies nicht tut, für eine Differenzsumme von 4, 5 oder 6 Millionen DM die Lernmittelfreiheit. Das sollten Sie wirklich noch einmal in Ihrem Herzen bewegen. Ich fordere den Kultusminister auf, diese Chance, die wir gemeinsam auch verwirklichen könnten, zu ergreifen und so konstruktiv in den Ausschüssen zu arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Hamer:

Das Wort hat der Herr Kultusminister.

Dr. Bendixen, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Arens, Sie haben den Punkt der Lernmittelfreiheit benutzt, um einige allgemeine Bemerkungen zur Situation der Bildungspolitik in unserem Lande zu machen. In den vergangenen Haushaltsberatungen hat ja die **Bildungspolitik** immer einen relativ breiten Raum eingenommen, und die Tatsache, daß sich die Haushaltsberatungen im Hinblick auf den Bildungsbereich, auf den Kultushaushalt auf einen einzigen Sachpunkt konzentriert, kann vielleicht auch als Hinweis interpretiert werden, daß die Lage in unseren Schulen, in unseren Hochschulen und in anderen Bildungseinrichtungen insgesamt als befriedigend oder gut angesehen werden kann.

Lassen Sie mich einige wenige Vorbemerkungen machen, weil Sie es hier angesprochen haben. Sie haben das Thema BAföG und das Thema Planstellenabbau aufgegriffen und haben einige andere konkrete Punkte genannt, wie etwa Schulwanderfahrten, Fortbildungsmaßnahmen und dergleichen mehr. Ich darf Ihnen zum ersten Thema sagen, verehrter Herr Kollege Arens: Wir haben in der letzten und in der vorletzten Landtagssitzung darüber gesprochen. Nach dem bisherigen Stand - Oktober dieses Jahres - ist es nach wie vor so, daß andere Bundesländer, SPD-geführte Bundesländer, noch immer nicht so weit sind wie unser Land und dort, wo sie gesetzliche Vorbereitungen getroffen haben, in etwa die gleichen Maßnahmen ergreifen werden, wie es in Schleswig-Holstein der Fall ist. Was bei uns also Gesetz ist oder Gesetz geworden ist, kann wohl anderswo nicht plötzlich als der Weisheit letzter Schluß angesehen werden.

Zur Planstellensituation: Ich will hier auch eine persönliche Bemerkung machen. Im übrigen stören mich Ihre polemischen Bemerkungen auf meine Person überhaupt nicht, um das auch einmal zu sagen. Das stört mich wenig. Sie haben gesagt: Wie kann denn der Kultusminister im Kabinett sozusagen dabeisitzen und das einfach hinnehmen?

(Engholm [SPD]: Danach bin ich auch häufig gefragt worden!)

- Da sind Sie auch gefragt worden, Herr Kollege Engholm, als Sie noch Bundesbildungsminister und dann eine Zeitlang auch Bundeslandwirtschaftsminister waren. Wie können wir dies tun? Ich will Ihnen hier klar erklären - ich glaube, ich kann dies auch im Namen meiner Kollegen tun -: Wir tragen nicht nur eine Verantwortung für unser Einzelressort, sondern auch für das Land allgemein.

(Beifall bei der CDU)

Es ist unumgänglich - das ist ja Ihr Problem -: **Haushaltssanierung** erfordert Opfer in allen Einzelbereichen,

(Beifall bei der CDU)

und wir müssen solidarisch zusammenstehen, wenn wir dieses globale Ziel erreichen wollen. Ich persönlich stehe zu der Bemerkung, die ich vor einem Jahr oder vor eineinhalb Jahren einmal öffentlich gemacht habe, daß die Haushaltssanierung das oberste Gebot der Landespolitik sein und bleiben müsse,

(Beifall bei der CDU)

weil nur auf diese Weise in den einzelnen Bereichen - Kultusministerium, Sozialministerium, Innenministerium; Sie können jedes einzelne nehmen; Landwirtschaftsministerium, ich will jetzt niemanden vergessen - wieder Zukunftsperspektiven für eine politische Gestaltung eröffnet werden.

Was die **Personalstellensituation** in unserem Lande betrifft, verehrter Herr Kollege Arens, so habe ich hier einen, wenn auch internen und noch vertraulichen Vermerk über die Situation in allen Bundesländern, was den Personalstellenabbau der vergangenen zwei oder drei Jahre, der Jahre 1981, 1982 und 1983, betrifft.

(Zurufe)

- Ich bitte Sie, dies nur zur Kenntnis zu nehmen und nicht so zu tun, als sei das eine CDU-Besonderheit in Schleswig-Holstein. In allen anderen Bundesländern ist der Personalstellenbestand, gemessen an 1980 mit 100 %, zwischen 2, 4 und über 5 % abgebaut worden; in Schleswig-Holstein um 0,6 %. Nun mögen Sie einwenden, daß die Ausgangslage eine andere gewesen sei. Das haben wir auch immer zugestanden. Nur bitte ich Sie zu sehen, daß wir das letzte Bundesland sind, ganz bewußt das letzte Bundesland, das an die Personalstellen herangeht. Ich will Ihnen hier auch in aller Deutlichkeit sagen - ich sage das allen Elternvertretungen, allen Lehrerverbänden oder sonstigen, mit denen wir in diesen Wochen und Monaten sehr viele Gespräche führen -: Der Personalstellenabbau ist finanzpolitisch notwendig, und er ist bildungspolitisch hinnehmbar, weil wir per Saldo auch in diesem Jahr - ich habe jetzt noch keine exakten Zahlen, aber ich kann aufgrund der Eingänge der Statistiken, die wir haben, Tendenzaussagen machen - trotz der Einsparung von 305 Personalstellen in den einzelnen Schularten - dann kommen in anderen Bereichen einige hinzu - eine leichte Verbesserung in allen Schularten mit einigen Ausnahmen im gymnasialen und berufsbildenden Bereich herbeiführen können. Dies ist für mich ein Maßstab zu sagen, auch unter finanzpolitischen Bedingungen, daß der Bildungsbe-

(Minister Dr. Bendixen)

reich seine Opfer nicht nur erbringen muß, sondern auch erbringen kann.

Was die **Schulwanderfahrten** betrifft, Herr Kollege Arens, so habe ich das überhaupt nicht verstanden. Es gibt im Bildungsbereich – ich vermute, im gesamten Haushaltsbereich – keinen einzigen Einzeltitel, der in den letzten drei Jahren in dieser Weise gesteigert worden ist wie gerade der Bereich der Schulwanderfahrten. Wir haben da jetzt etwas einschneiden müssen. Es ist mir gelungen – ich darf dies in Gegenwart des Herrn Finanzministers oder in seiner Nichtgegenwart, aber in Gegenwart einiger seiner leitenden Mitarbeiter, sagen –, im Interesse der Sache, im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen den Haushaltsansatz zu halten, obwohl es andere Vorstellungen gegeben hat. Ich hoffe – ich gehe davon aus; ich bin da ganz zuversichtlich –, daß das Parlament zumindest dies so beschließen und hier keine Eingriffe vornehmen wird. Das heißt im Saldo – dies ist ja Ihre Überschrift oder Ihr Gesamturteil –: Die Haushaltssanierungen, die wir durchführen müssen, zu denen wir stehen, berühren in gar keiner Weise die Chancen der jungen Generation, ganz im Gegenteil,

(Beifall bei der CDU)

sie sollen ein Beitrag sein, daß auch kommende Generationen vernünftige Lebensperspektiven eröffnet bekommen, jedenfalls was die finanziellen Grundlagen der öffentlichen Hände betrifft.

Nun lassen Sie mich zur Sache der **Lernmittelfreiheit** folgendes sagen: Dies ist sicherlich schmerzlich, auch für mich. Ich begrüße, daß Sie hier Ihre Bereitschaft ausdrücklich erklären, mit uns vernünftige sachdienliche Gespräche einzutreten, möglicherweise andere Regelungen herbeizuführen. Ich setze allerdings voraus, Herr Kollege Arens, daß diese Ihre Bereitschaft in solche Gespräche einzutreten, zugleich die prinzipielle Bereitschaft beinhaltet, über die Einschränkung der Lernmittelfreiheit überhaupt zu reden. In welchem Umfang und in welchem Verfahren, darüber müssen wir dann reden.

Ich muß Sie daran erinnern, wo denn der Ausgang gelegen hat. Wir haben ja gegenwärtig, nach dem jetzigen Recht, noch die **Mindestsätze**, die für einzelne Schularten festgesetzt sind. Es waren sozialdemokratische Fraktionen in den kreisfreien Städten, in Kiel und in Flensburg, zum Teil auch anderswo, die sich an diese gesetzlich vorgeschriebenen Mindestsätze nicht mehr gehalten haben,

(Marschner [SPD]: Warum denn nicht?)

weil sie sie finanziell nicht mehr tragen konnten, Herr Kollege Marschner.

(Marschner [SPD]: Aha! Warum fehlt denn den kreisfreien Städten die finanzielle Grundlage?)

– Dies mag ja richtig sein, nur, ich will daran erinnern, daß sozialdemokratische Kommunalpolitiker diesen Prozeß mit in Gang gesetzt haben.

(Beifall bei der CDU)

Sicherlich auch mit politischer Unterstützung meiner Freunde in diesen Kommunen. Nur ist es nicht so gewesen, daß dies eine Erfindung von CDU-Landespolitikern ist. Wir haben seit Jahren – seien wir doch ehrlich miteinander – viele Wünsche der Kommunalpolitiker, einschließlich der SPD-Kommunalpolitiker, dieses Thema in anderer Form zu regeln, und zwar auf niedrigerer Basis.

(Vizepräsident Dr. Schübeler übernimmt den Vorsitz)

Deswegen sind Sie mitverantwortlich, wenn wir hier heute ein Problem haben.

(Zuruf des Abgeordneten Arens [SPD])

Der Verfahrensstand ist gegenwärtig der, daß wir einen Gesetzentwurf haben. Ich habe angekündigt – Herr Kollege Arens, deswegen läuft Ihre Kritik ins Leere –, daß wir zu einem gegebenen Zeitpunkt – ich nehme an, im Frühjahr nächsten Jahres – selbstverständlich eine landeseinheitliche **Verfahrensregelung** erlassen werden, in der im einzelnen festgelegt sein wird, wer in den Schulen in welcher Form was beschließen soll und in welcher Form Eltern – ob nun in der Anschaffung von Büchern oder in der Leistung von Finanzbeiträgen; wie auch immer – dann etwas bezahlen sollen. eine solche Regelung ist von uns gewollt. Sie wird gegenwärtig vorbereitet. Sie ist angekündigt gewesen. Die Lehrer, die Schulen, die Eltern wissen daß; deswegen ist die Kritik, wir würden die Schulen allein lassen, in der Sache nicht gerechtfertigt.

Sie haben diesen Punkt benutzt, um zu sagen, wir würden sonst alles regeln und erlassen und verordnen. Das ist so ein Thema, das Sie gern hätten. Nur, die Realität sieht ganz anders aus.

(Arens [SPD]: Fragen Sie mal draußen in den Schulen!)

– Ja, ich frage ständig in den Schulen. Und wenn ich solche Kritik höre, dann stelle ich die Gegenfrage: Welchen Erlaß, welche Vorschrift oder welche Verordnung meint ihr denn? Dann kommt keine Antwort.

Ich bitte Sie, sich einmal einen Spaß, was das Ergebnis betrifft, zu machen. Lassen Sie sich doch bitte durch Ihre Mitarbeiter einmal die entsprechenden Nachrichtenblätter der Bundesländer geben, die von Schleswig-Holstein, von anderen Bundesländern, von SPD-regierten Bundesländern. Es gehen Ihnen die Augen über, was in anderen Bundesländern, insbesondere in SPD-Bundesländern, heute geregelt, verordnet, erlassen wird. Wir können mit Fug und Recht sagen, daß wir den **Gestaltungsspielraum**, die Verantwortung unserer Schulen in den letzten Jahren ausgeweitet, nicht eingeschränkt haben.

(Beifall bei der CDU)

Ich will dann gern darauf hinweisen, Herr Kollege Arens, was Sie dort praktizieren, wo Sie die politische Mehrheit haben. Nordrhein-Westfalen hat im Prinzip im letzten Jahr, wenn auch nicht in diesem Umfang – das will ich gern zugestehen –, beschlossen, daß die Lernmittelfreiheit bis zu einem Drittel eingeschränkt

(Minister Dr. Bendixen)

wird, nach Schularten unterschieden. Es ist dort im Verfahren so geregelt, daß die Schulkonferenzen – wenn ich das richtig weiß – in den einzelnen Schularten konkret beschließen, welche Bücher von den Eltern für ihre Kinder zu ihrem Besitz angeschafft werden sollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kann nur sagen: Das, was bei uns in Schleswig-Holstein – über Umfang und Verfahren können wir uns unterhalten – nunmehr auf den Weg gebracht worden ist, kann noch nicht ein Akt der sozialen Ungerechtigkeit oder der Chancenungleichheit von jungen Menschen sein, wenn Sie in Nordrhein-Westfalen und anderswo, wo Sie die politische Verantwortung tragen, im Kern das gleiche praktizieren und gesetzlich beschließen.

(Beifall bei der CDU)

Haushaltssanierung bedeutet Opfer bringen. Opfer bringen verlangt Solidarität aller gesellschaftlichen Gruppierungen, aller politischen Bereiche, auch des Bildungsbereichs. Klassenkampfparolen helfen hier überhaupt nicht weiter. Ich begrüße Ihre Bereitschaft, mit uns in Gespräche einzutreten. Ich bin gern dazu bereit. Wir sind auch bereit, über Veränderungen nachzudenken. Wir halten es aber für unumgänglich, daß wir in diesem Bereich Einschränkungen vornehmen. Wir halten sie für sachlich und auch bildungspolitisch angemessen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zahn.

Zahn [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bei der Betrachtung des Entwurfs des Haushaltsbegleitgesetzes kommt auch ein Punkt – hier allerdings in der Debatte weniger – zur Geltung, nämlich die Änderung des **Landesbeamtengesetzes**, den Sie im Artikel 5 Absatz 2 nennen, wenn auch nur mit zwei kleinen Absätzen. Dennoch hat dies eine größere Bedeutung, als es diese zwei Absätze aussagen.

Herr Finanzminister, ich habe mir Ihre Rede genau angehört, ich habe Ihre Rede auch noch einmal in diesen Passagen nachgelesen. Dabei fällt mir auf, daß Sie dazu keine Stellungnahme und keine Erklärung abgegeben haben. Da drängen sich zwei Fragen an: Ist die angestrebte und hier einzusparende Finanzmasse in diesem Punkt so klein, daß man sie nicht zu erwähnen braucht, oder gibt es andere unbequeme Punkte für die Regierung zu diesem Teil?

(Beifall bei der SPD)

Was die **Anwärterbezüge** an sich betrifft, Herr Minister, kann man sicherlich mit uns reden, weil es wirklich schwer klar zu machen ist – auch für jemanden, der in der Gewerkschaftsarbeit steht –, daß sechzehnjährige, siebzehnjährige junge Menschen schon 1600 DM verdienen müssen. Das ist ein Punkt, über den man reden kann. Aber hinter dieser Streichung steht etwas mehr.

Zunächst einmal das Verfahren. Ich muß hier sehr deutlich sagen, daß ich es für ein unmögliches Verfahren halte, daß Sie, wenn Sie ein Gesetz zum 1. Januar 1984 ändern wollen – wie dieses –, das auf dem Verordnungswege schon zum 1. Oktober 1983 gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Dies verunsichert nicht nur die Beamten, es verunsichert auch alle, die an diesem Gesetzgebungsverfahren im Vorwege beteiligt sind, wie zum Beispiel die Gewerkschaften im Deutschen Gewerkschaftsbund, die Gewerkschaft der Polizei oder andere Verbände. Die haben sich im übrigen auch sehr massiv und – wie ich meine – auch zu Recht darüber beschwert, wie plötzlich und schnell dieses Verfahren nun durchgezogen wird. Sie sagen selbst in den Erklärungen zu diesem Gesetz, Eilbedürftigkeit sei gegeben. Wenn man sich die Eilbedürftigkeit etwas genauer anguckt, dann kommt dabei heraus, daß es in der Tat einen Beschluß der Innenministerkonferenz gibt, das möglichst gleichmäßig in allen Ländern zu handhaben. Über solche Beschlüsse kann man denken wie man will. Aber die sollten dann auch durchgeführt werden. Nur, wann ist dieser Beschluß gefaßt worden, meine Damen und Herren? Am 16. und 17. September 1976! Das ist die Eilbedürftigkeit, von der hier gesprochen wird.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen auch in Ihrer Begründung, daß mehrere Bundesländer dieses Verfahren schon anwenden. Ich will noch einmal daran erinnern, um was es überhaupt geht. Man will, daß die Beamten im mittleren und im gehobenen Polizeidienst für die gesamte Ausbildungszeit sofort auf Widerruf eingestellt werden. In Schleswig-Holstein galt bisher die Regelung, daß diese Beamten nach dem ersten Jahr und nach der erfolgreichen Beendigung der Grundausbildung auf Probe übernommen werden. Das ist beamtenrechtlich und finanziell von Bedeutung. Dies für die Zeit nach drei Jahren aufzuschieben, machen allerdings schon einige Länder, aber fünf weitere Bundesländer – einschließlich Schleswig-Holstein – eben nicht. Und Berlin – es ist hier ja gestern auch über Berlin viel gesagt worden –

(Heiterkeit bei der SPD)

hat festgelegt die Beamten nach anderthalb Jahren auf Probe zu übernehmen. Das ist nicht nur irgendwie eine Maxime sozialdemokratischer Länder.

Meine Damen und Herren, aus diesem Grunde kann es also Eilbedürftigkeit nicht geben, und es ist unverständlich, daß in dem Verfahren die Gewerkschaften so kurz und knapp beteiligt worden sind und diese Sache einfach übers Knie gebrochen werden soll.

(Beifall bei der SPD)

Ich will aber noch zwei andere Punkte hinterfragen. Was bedeutet es für den einzelnen Beamten, wenn er nun in den Polizeidienst geht? Erstens erhebt sich hier die soziale Frage. Sie ist von erheblicher Bedeu-

(Zahn)

tung. Dann die Frage der Kündbarkeit. Der Beamte auf Widerruf ist hier anders zu behandeln – ihm ist sofort zu kündigen – als ein beamter auf Probe. Dies bedeutet sehr viel für den einzelnen, und es bedeutet auch vorsorgungsrechtlich einiges. Sie müssen sehen, daß der Polizeidienst überall, ebenso bei uns hier in Schleswig-Holstein, auch mit Gefahren für Leib und Leben des Beamten verbunden ist.

(Beifall bei der SPD)

Dann ist es unverantwortlich, ihn sofort in eine **Rechtsstellung** zu bringen, in der er den Schutz, den er eigentlich verdient hat für seinen Dienst für unseren Staat, nicht mehr erhalten kann.

(Beifall bei der SPD)

Auch wenn Sie sagen, Herr Innenminister, daß diese Beamten nicht in den direkten Einsatz kommen sollen, so steht doch fest, daß einzelne Einsätze, aber auch Ausbildungsphasen durchaus geeignet sind, die Beamten mit gefahrvollen Tätigkeiten in Verbindung zu bringen, die auch zu Unfällen führen können.

Einsätze mit mehreren Hunderten von Anwärtern nicht fahren zu können, halte ich in Zukunft für schwierig. Ich weiß nicht, wie Einsätze an einigen bestimmten Punkten – ich erinnere nur daran, wie über den „heißen Herbst" gesprochen worden ist – erfolgen sollen, wenn die Hälfte aller Beamten gar nicht mehr zur Verfügung stehen kann.

Aber ein zweiter und letzter Punkt ist für mich dann noch von wesentlicherer Bedeutung, nämlich der Verdacht, der sich mir und den Sozialdemokraten aufdrängt; Diese jungen Beamten sollen nämlich aufgrund der Tatsache, nur auf **Widerruf** eingestellt zu sein, diszipliniert werden.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, das ist auch ein Ausdruck von politisch-geistiger Wende in diesem Staat, wenn man diese Beamten unter diesen Druck setzen will.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Das kann man auch mit der zunehmenden Verbeamtung in anderen Bereichen vergleichen. Zunehmend Angestellte in Beamte umzusetzen bedeutet auch nichts anderes, als mehr Druck auf Beamte ausüben zu können als auf Arbeiter und Angestellte, die ein tarifvertraglich geregeltes Arbeitsverhältnis haben.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CDU)

Lassen Sie die alte Regelung im Sinne der adäquaten Ausbildung für den Polizeidienst mit der Erziehung zum offenen, bürgerfreundlichen Umgang der Beamten und nicht zum Duckmäusertum.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie die alte Regelung im Sinne der Fürsorgepflicht des Dienstherren und entsprechender Behandlung junger Menschen, die sich dem schwierigen Polizeidienst zur Verfügung stellen und ihn als Lebensberuf erkoren haben.

(Beifall bei der SPD)

Erhalten Sie auch die Möglichkeit, noch einmal mit allen Beteiligten in aller Ruhe über diese Gesetzesänderung, insbesondere über die finanziellen Auswirkungen bei den Anwärterbezügen, zu reden. Ziehen Sie den Gesetzentwurf zurück. Lassen Sie die Verordnung wieder unwirksam werden.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Ich erteile das Wort dem Herrn Innenminister.

Claussen, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es mag sich ja ganz erfrischend anhören, was Sie, Herr Zahn, hier vorgetragen haben. Sie haben jedoch eine merkwürdige Vorstellung vom Beamtenverhältnis, das muß ich deutlich sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wenn Sie hier ausführen, es würden Angestelltenstellen in Beamtenstellen umgewandelt, nur um diese Menschen dann mehr zu disziplinieren, dann zeigt das, daß Sie vom **Berufsbeamtentum** eigentlich sehr wenig halten.

(Beifall bei der CDU)

Die Reduzierung des Berufsbeamtentums auf die Möglichkeit, disziplinarrechtliche Maßnahmen durchzuführen, ist allerdingsaußerordentlich merkwürdig. Ich werde gern Gelegenheit nehmen, die Beamtengewerkschaften auf diese Auffassung der SPD hinzuweisen.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, Sie sollten sich das doch noch einmal überlegen. Ich werde mit großer Freude das Protokoll zitieren.

Nun kann man über das Verfahren bei jeder Gesetzesänderung streiten. Erstens. Es ist doch ganz unzweifelhaft, daß die Verordnung, die wir erlassen haben, durch das geltende Recht gedeckt wird. Zweitens. Es ist überhaupt nicht zu bestreiten, daß wir über dieses Thema seit Jahren reden, nämlich seit einem Beschluß der Innenministerkonferenz aus dem Jahre 1976. Das heißt, kein Mensch kann überrascht sein und niemand ist nicht in der Lage gewesen, innerhalb von acht Tagen Stellung zu nehmen. Wir haben den Gewerkschaften, wenn ich das recht sehe, eine Frist von vier Wochen zur Stellungnahme gegeben. Über ein Thema, über das man seit Jahren redet, muß man innerhalb von vier Wochen Stellung nehmen können. Das ist ja nun wirklich nichts Neues, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Latendorf [CDu]: Die DgP geht doch dafür nicht auf die Barrikaden!)

– Ach, die GdP ist einer ganz anderen Meinung. Ich will es nur einmal sagen, weil Sie sich so kapriziert haben. Nehmen Sie die anderen Länder. Ich will nur die sozialdemokratisch regierten heraussuchen. In Bremen ist dieses seit 1. September 1982 eingeführt

(Minister Claussen)

worden. In Hessen und in Nordrhein-Westfalen ist dies eingeführt worden.

(Latendorf [CDu]: Hört! Hört!)

In allen drei Ländern gibt es vom Anfang bis zum Ende der Ausbildung Anwärterbezüge.

(Beifall bei der CDU)

Warum schieben Sie es uns jetzt in die Schuhe, daß wir hier polizeifeindliche Überlegungen hegten, noch verbrämt mit dem Hinweis, daß wir dann nicht mehr genügend bezahlen würden? Auch jetzt bekommen Hauptwachtmeister-Anwärter ohne Anwärtersonderzuschlag immer noch 952 DM. Das ist für die jungen Leute, glaube ich, in Anbetracht der allgemeinen Marktlage noch eine gute Bezahlung.

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Herr Innenminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Liebrecht?

Claussen, Innenminister:

Ja.

Liebrecht [SPD]: Herr Minister, haben Sie von der GdP andere Auskünfte als wir, daß Sie zu dem Schluß kommen können, die GdP sei ganz anderer Auffassung?

- Ich weiß nicht, worauf Sie jetzt abzielen.

Lieberecht [SPD]: Auf die Stellungnahme der GdP!

- Daß die GdP mit diesem Gesetz nicht in jedem Punkt zufrieden ist, das weiß ich.

(Zurufe und Lachen bei der SPD)

Sie werden sicher während der Beratungen des Haushaltsbegleitgesetzes im Innenausschuß Gelegenheit nehmen, hierzu auch die GdP noch einmal zu hören. Sie führen hier doch ein Scheingefecht auf, was für Sie typisch ist. Dort, wo Sie regieren, tun Sie genau das, was wir hier tun, und hier greifen Sie uns an.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eben die gespaltene Zunge.

Sie wissen ganz genau, daß das **Laufbahnrecht** unserer **Polizei** in Schleswig-Holstein für den mittleren Dienst der Schutzpolizei immer noch ganz erheblich von dem allgemeinen Laufbahnrecht abweicht. Die Besserstellung der jungen Beamten des mittleren Schutzpolizeidienstes war gerechtfertigt - deshalb haben wir es auch gemacht -, solange diese Beamten schon kurz nach ihrer Einstellung und während der Ausbildung zu Einsätzen herangezogen werden mußten, die ihnen ein größeres Unfallrisiko als den Angehörigen der allgemeinen Verwaltung aufbürdeten. Deswegen haben wir es gemacht.

Nun haben sich im Laufe der Jahre die Dinge geändert. Ich darf zitieren, was 1976 die Innenministerkonferenz beschlossen hat. Dort heißt es:

„Am gegenwärtigen beamten- und besoldungsrechtlichen Status der Polizeianwärter in den Ländern wird zunächst festgehalten. Auf längere Sicht ist jedoch eine Gleichbehandlung mit den anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes vorgesehen. Dies kann für alle Länder jedoch erst zu einem Zeitpunkt geschehen, in dem Beamte während ihrer Ausbildung nicht mehr zu Einsätzen herangezogen werden müssen."

Wir sind der Auffassung, daß dieser Zeitpunkt gekommen ist, vor allem auch deswegen, weil in fast allen Bundesländern die Umstellung vollzogen ist.

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Herr Innenminister, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneen Liebrecht?

Claussen, Innenminister:

Ja.

Liebrecht [SPD]: Herr Minister, ist Ihnen das an Sie gerichtete Schreiben der Gewerkschaft der Polizei vom 15. August 1983, unterschrieben vom Vorsitzenden Wiedemann und vom Geschäftsführer Reichelt, bekannt, in dem es im entscheidenden Satz heißt: „Allein schon deshalb muß die von Ihnen vorgesehene Änderung abgelehnt werden."?

- Ich habe eine ganze Reihe von Stellungnahmen bekommen. Ich habe auch diese der GdP gelesen. Das ändert nichts daran, daß ich diesen Zeitpunkt, jetzt auf Anwärterbezüge und auf **Anwärterstatus** umzustellen, für richtig halte. Das führe ich ja gerade aus.

(Wiesen [SPD]: Sie haben doch den Eindruck erweckt, als wäre die GdP im Gegensatz zur SPD mit Ihnen einer Meinung gewesen! - Beifall bei der SPD)

- Lieber Herr Wiesen, ich bin nie der Auffassung gewesen, daß wir Polizei und GdP gleichsetzen können. Die GdP ist eine Polizeigewerkschaft, sie sagt ihre Meinung, aber ich höre auch andere Stimmen aus der Polizei. Ich hoffe, daß Sie weit davon entfernt sind, eine einzelne Gewerkschaft mit dem gesamten Berufsstand gleichzusetzen.

(Liebrecht [SPD]: Welche Polizeibeamten meinen Sie?)

Wir halten diesen Zeitpunkt jetzt für gekommen, zumal auch der Landesrechnungshof eine entsprechende Stellungnahme abgegeben und mir gegenüber auf diese Problematik hingewiesen hat.

(Zahlreiche Zwischenrufe - Glcoke des Präsidenten - Marschner [SPD]: Es ist 1.00 Uhr! - Stäcker [CDU]: Fangt doch mal an zu stänkern! - Latendorf [CDU]: Das sind wohl Ermüdungserscheinungen! - Erneute Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Schübleer:

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe! Das Wort hat der Herr Innenminister!

Claussen, Innenminister:

Ich bin also der Meinung, daß es an der Zeit ist, die bisherige Ungleichbehandlung gegenüber der allgemeinen Verwaltung abzubauen.

(Beifall des Abgeordneten Latendorf [CDu])

Früher gab es ja noch das Argument, aus Gründen der Anwerbung von jungen Leuten für den Polizeidienst eine Besserstellung vorzunehmen. Dies ist heute nicht mehr nötig. Die erhebliche Besserstellung der jungen Polizeioberwachtmeister schon spätestens nach Ablauf eines Jahres im Dienst ist gegenüber den anderen Landesbediensteten nach meiner Meinung nicht weiter zu vertreten.

Ich will aber gern noch einmal darauf hinweisen - darauf kommt es ja besonders an -, auch hinsichtlich des notwendigen versorgungsrechtlichen Schutzes bedarf es dieser alten Regelung nicht mehr. Die Beamten werden - darauf werden die Dienstvorgesetzten achten - nur noch zu solchen Einsätzen herangezogen, die dem Ausbildungszweck dienen und keine erhöhten Risiken bedeuten. Im übrigen bieten den jungen Polizeianwärtern die versorgungsrechtlichen Ansprüche für Widerrufbeamte den erforderlichen Mindestschutz.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das Land Schleswig-Holstein jetzt als eines der letzten Bundesländer den Beschluß der Innenministerkonferenz zur Vereinheitlichung der Polizeiausbildung vollzieht, kann man dies nicht kritisieren, zumal nicht von der Seite, die in den Ländern, in denen sie an der Regierung ist, dies schon vollzogen hat.

(Beifall bei der CDU - Aniol [CDU]: So ist es!)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Meine Damen und Herren, es ist jetzt 13.00 Uhr. Wir treten in die Mittagspause ein.

Ich möchte die Damen und Herren des Hohen Hauses daran erinnern, daß der Herr Ministerpräsident heute um 14.00 Uhr den Kieler Knabenchor im Foyer empfangen wird, um ein Buch aus Posen als Dank für seine Spende einer Herz-Lungen-Maschine entgegenzunehmen. Ich bitte Sie, soweit Sie es können, an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Die Sitzung ist geschlossen. Wir fahren mit der Beratung um 15.00 Uhr fort.

Unterbrechung 13.03 Uhr

Wiederbeginn: 15.02 Uhr

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wiedereröffnet. Wir fahren fort in der Beratung der Tagesordnungspunkte 2, 3, 4, 5 und 9. Wenn ich es richtig sehe, ist geplant, jetzt die Debatte über den Finanzausgleichsgesetzentwurf zu führen.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Liebrecht das Wort.

Liebrecht [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Innenminister, recht herzlichen Dank dafür, daß Sie so freundlich waren, uns Ihre Rede rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich konnte mich leider nicht revanchieren, weil ich das ein bißchen mehr aus dem Stegreif mache. Aber es geht wohl auch so. Wir wissen ja schließlich beide, worüber wir reden.

(Spaeth [CDu]: Mal sehen!)

Ich hatte mir im übrigen Ihre Rede auch ziemlich genau so vorgestellt,

(Heiterkeit bei der SPD)

wie ich sie dann gehört habe.

(Spaeth [CDu]: Sie hätten sie auch so gehalten?)

Sie haben vier Punkte zu Schwerpunkten Ihrer Rede gemacht. Ich will mich mit diesen Punkten auch gern auseinandersetzen, Herr Minister. Erster Punkt: Erhaltung der allgemeinen Zuweisungen, zweiter Punkt: Schonung der steuerschwächeren Gemeinden, dritter Punkt: Begünstigung der Gemeinden in strukturschwachen Gebieten, vierter Punkt: Berücksichtigung der kreisfreien Städte.

Wenn ich jetzt die Formulierungen dieser Schwerpunkte noch ein bißchen kürzer zusammenfasse, dann haben die Punkte wie folgt stehen: 1. Erhaltung, 2. Schonung, 3. Begünstigung, 4. Berücksichtigung. Das sind die vier Punkte, mit denen Sie hier einen Gesetzentwurf abliefern, der in allen vier Punkten für die Kommunen und für die Betroffenen das genaue Gegenteil bedeutet, Herr Minister!

(Beifall bei der SPD)

Wir hören also schon an der Auswahl der Vokabeln, wie gut es die Landesregierung mit den **Kommunen** meint. Und ich gebe zu, daß die Art, wie sie diese für die Kommunen so einschneidenden Verschlechterungen an den Mann gebracht haben, nicht ohne Cleverness gewesen ist. Natürlich handelt es sich mitnichten um die Erhaltung der allgemeinen Zuweisungen, wie Sie es dargestellt haben,

(Beifall bei der SPD)

sondern einer ganzen Reihe von zentralen Orten werden 50 % ihrer zentralörtlichen Mittel gestrichen, und allen Gemeinden wird der erwartete Zuwachs weggenommen.

Da bin ich dann auch gleich bei einem zentralen Punkt. Alle Zahlen, Herr Minister, die aus Ihrem

(Liebrecht)

Hause gekommen sind, vergleichen jeweils 1983, altes Recht, mit 1984, neues Recht. Das heißt, daß die zu erwartenden Zuwächse von rund 65 Millionen DM gar nicht erst in den Zahlen enthalten sind. Das hat ja in vielen Kommunen zu der irrigen Auffassung geführt, es bleibt bei ihnen in etwa so, wie es gewesen ist. In Wirklichkeit entgehen ihnen die Zuwächse.

(Beifall bei der SPD)

Diese Zuwächse sind natürlich keine echten Zuwächse, sondern sie sind bestenfalls ein Ausgleich für eine bestimmte inflationäre Entwicklung – so sage ich einmal –, für eine Geldentwertung, die ja immer noch stattfindet. Insofern ist den Gemeinden real etwas genommen worden.

Meine Damen und Herren, die Verluste sind also sehr viel größer, als sie aus den von Ihnen herausgegebenen Zahlen hervorgehen. Rund 7901 % müssen auf alle Zuweisungsarten, auf die Kreisschlüsselzuweisungen, auf die Gemeindeschlüsselzuweisungen und auf die Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben, zugeschlagen werden, um das wahre Ausmaß der Abzüge zu erkennen.

Sie haben auch die steuerschwächeren Gemeinden, wie Sie es in Ihrem zweiten Punkt ansprechen, nicht geschont. Selbst wenn man von der Kürzung der Vorwegabzüge absieht, sind doch gerade die **steuerschwachen Gemeinden** von der Kürzung der 96 Millionen DM aus dem Länderfinanzausgleich besonders betroffen.

(Beifall bei der SPD)

Durch die Veränderung der **Nivellierungssätze** erhöht sich doch faktisch die Kreisumlage, ohne daß es hierzu extra der Beschlüsse der verschiedenen Kreistage bedarf. Selbst wenn Sie sagen – vielleicht auch irgendwo zu Recht –: „Es wurde Zeit, daß die angepaßt wurden", so bedeutet das faktisch für die Gemeinden, daß sie an die Kreise mehr zahlen müssen. Und das trifft selbstverständlich auch die schwachen Gemeinden. Glauben Sie doch nicht, daß das nur die starken trifft. Sie wissen ganz genau, daß auch diese Aussage, Ihre zweite Aussage, völlig falsch war.

Wenn Sie in Ihrer Rede darstellen, daß der **I-Fonds** für seine eigenen Zwecke voll leistungsfähig bleibt, so ist das schlicht falsch. Sie sagen, die steigenden Rückflüsse an den Fonds bedeuten, daß zinsgünstigere Darlehen in Höhe von rund 90 Millionen DM gezahlt werden können. In diesem Jahr waren es 120 Millionen DM!

(Latendorf [CDU]: Im Vorjahr!)

Wieso bleibt es dann so? Weil Sie das Mittel der letzten Jahre genommen haben. Und da natürlich in diesem Bereich immer Steigerungsraten drin sind, kann man zu diesem Hilfsmittel greifen. Nur, ich sage, das ist Statistik à la DDR und gar nichts anderes.

(Beifall bei SPD – Widerspruch bei der CDU – Latendorf [CDU]: Eben wart ihr dort, und jetzt kommt ihr zurück und beschimpft sie!)

– Das ist eine Statistik, die beschönigt, nicht schont. „Beschönigen" ist eine andere Vokabel als „schonen", Herr Kollege Latendorf.

Der langjährige Durchschnitt kann hier wohl keine Rolle spielen. Wenn Sie in allen anderen Fällen immer das Jahr 1983 mit 1984 verglichen haben, dann durften Sie in diesem Fall nicht plötzlich den langjährigen Durchschnitt nehmen.

Im übrigen haben Sie im Ausschuß meines Wissens auch gesagt, daß es sich nicht um 90 Millionen DM handelt, die als Darlehen gegeben werden können, sondern ich habe noch eine Zahl von 70 Millionen DM im Ohr. Vielleicht können Sie das hiernoch einmal korrigieren, Herr Minister.

(Latendorf [CDU]: Er hat die Berechnungen überprüft!)

– Sie haben es überprüft, gut, Herr Kollege Latendorf; als parlamentarischer Vertreter müssen Sie das ja wissen, selbstverständlich. Das will ich gar nicht bezweifeln.

(Dr. Klingner [SPD]: Wahrscheinlich ist die Geschäftsgrundlage geändert worden!)

Das alles soll nun nicht etwa die schwachen Gemeinden treffen, Herr Minister Claussen? Alle anderen Punkte, Wegfall der Amtsdotation, Wegfall der Zuschüsse an die Datenzentrale, Verringerung des Schulbaufonds – auch wenn für ihn zunächst einmal gegenüber dem Referentenentwurf noch eine gewisse Erleichterun vorgesehen ist –, auch Straßenbaulasten, das alles trifft letztlich die schwachen Gemeinden in erster Linie, weil die gerade bisher von diesen besonderen Zuweisungen profitiert haben.

(Beifall bei der SPD)

Das war auch immer Ihr Argument. Also, die zweite Aussage – Schonung der steuerschwächeren Gemeinden – ist falsch.

Mit dem dritten Punkt, Berücksichtigung der Gemeinden in strukturschwachen Gebieten, verhält es sich natürlich aus den genannten Gründen genauso. Ich kann mir die Ausführungen dazu also sparen.

Was nun den vierten Punkt, nämlich die Berücksichtigung der kritischen Finanzsituation der **kreisfreien Städte** anbelangt, so haben Sie hier vollends einen Flopp gelandet. Denen bleibt letztlich von den gepriesenen Zuwächsen überhaupt nichts mehr übrig. Vergessen wir nicht, daß schon mit dem Jahr 1983 die Ausgleichszahlungen für den Wegfall der sogenannten Bagatellsteuern wie auch der Lohnsummensteuer entfallen, vergessen wir auch nicht, daß die Streichung der kommunalen Anteile an der Grunderwerbsteuer die Finanzen der kreisfreien Städte voll trifft, und vergessen wir nicht, daß durch die Änderung der Nivellierungssätze besonders die gewerbesteuerstarken Städte betroffen sind. Im Verhältnis zum Landesdurchschnitt sind die kreisfreien Städte gewerbesteuerstark; im Verhältnis zum Bundesgebeit kann man das so natürlich nicht sagen. Die Kollegin Warnicke wird darauf noch im einzelnen

(Liebrecht)

eingehen. Ich sage nur, daß unter dem Strich auch für unsere vier kreisfreien Städte so eine Art Nullwachstum herauskommt, wenn nicht gar ein Minus.

Die kreisfreien Städte waren schon im letzten Jahr mit einer kräftigen Finanzspritze dran. Wir hatten damals 30 Millionen DM beantragt. Sie haben uns sehr, sehr kritisiert und haben uns gefragt: Wo wollt ihr denn das Geld hernehmen? Inzwischen wissen wir - und sogar Sie -, daß die Situation zumindest für Lübeck, Kiel und Flensburg so untragbar geworden ist, daß man darum gar nicht mehr herumkommt.

(Wiesen [SPD]: So ist das! - Beifall bei der SPD)

Es ist merkwürdig, wie sich eine Situation innerhalb kürzester Frist so sehr ändern kann, Herr Minister. Aber jetzt sagen Sie es, und deshalb stimmt es.

Die neuen Änderungen des Finanzausgleichsrechts sind eingreifender, als Sie es dargestellt haben. Das gilt vor allem für die **Grunderwerbsteuerbeteiligung der Gemeinden**. Kreise und kreisfreie Städte verlieren nicht nur etwa 50 Millionen DM, sondern 70 Millionen oder mehr. Ich werde nachher noch ein paar Zahlen nennen. Sie haben es selber im Finanzplan ausgewiesen.

Sie gehen von falschen Zahlen aus. Die Ist-Zahlen für 1982 gerade bei der Gewerbesteuer sind durch Zahlen für 1983 bei weitem überholt. Ein Kreis, der 1982 bis zu 6 Millionen DM verloren hätte, wie Nordfriesland, setzt in Wirklichkeit bis zu 10 Millionen DM zu. Herr Aniol, wie wollen Sie das eigentlich im Kreistag von Nordfriesland vertreten? Ich bin darauf gespannt.

(Aniol [CDU]: Ich gebe Ihnen dann meine Rede!)

- Vielen Dank, das ist sehr freundlich. Die wird dann wohl so sein wie alle.

Nun können Sie natürlich sagen - und das ist auch gesagt worden -, daß der Ausverkauf von Grundstükken auf den nordfriesischen Inseln eigentlich einmal gestoppt werden müsse. Insofern ist das Geld, das Nordfriesland bekommt, gar kein so gutes Geld. Ich meine aber, dadurch, daß man jetzt den Profiteur ändert, wird die Sache selber nicht bekämpft.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte volles Verständnis dafür, wenn Sie das anders gemacht hätten. Aber jetzt wollen Sie nur das Geld kassieren und es dem Kreis Nordfriesland wegnehmen. Ich habe Nordfriesland angesprochen, weil es das bedeutendste Beispiel in dieser Richtung ist.

(Latendorf [CDU]: Sehr gut!)

Ob nun das Land oder der Kreis Nordfriesland die Grunderwerbsteuer kassiert - die nordfriesische Landschaft wird weiter ausverkauft. Versuchen Sie also nicht, diesen Griff in fremde Taschen - und ich nenne das weiterhin so - auch noch gesellschaftspolitisch begründen zu wollen.

Nun komme ich zu einem Punkt, der etwas ernster ist. Es ist schade, daß der Herr Ministerpräsident gerade nicht hier ist. Durch Beschönigungen, durch leichte Verdrehungen, durch Tendenzwendungen wird hier eigentlich die Unwahrheit gesagt. Da hat irgend jemand - ich glaube, es war bei Ihnen, Herr Stäcker - -

(Stäcker [CDU]: Na!)

- Ihre Zwischenrufe, Herr Stäcker, werden nur noch durch die Qualität Ihrer Bonn-Reisen übertroffen; aber lassen wir das jetzt einmal. Die Pinneberger - Sie sind doch einer - haben irgendwann einmal mit dem Ministerpräsidenten gefrühstückt. Und als Frühstücksdirektor hat er, bezogen auf den Kreis Pinneberg, gesagt, daß es sich bei den von Hildebrand - das ist wohl ein Kämmerer dort, ich weiß es nicht - genannten 10 Millionen DM um eine falsche Zahl handele. Jetzt kommt es. Barschel - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

> „Es sind keine 10 Millionen DM, die durch den Finanzausgleich entfallen, sondern 4,1 Millionen DM. Die Differenz von 6 Millionen DM, die Sie da mit hineinrechnen, ergibt sich aus der Grunderwerbsteuerabführung. Dies ist keine Entscheidung des Landesgesetzgebers, sondern eine des Bundesgesetzgebers."

Das entspricht so natürlich den Tatsachen. Nur, wer war denn einer der Hauptinitiatoren dieser **Änderung des Grunderwerbsteuerrechts**?

(Aniol [CDU]: Die alte Regierung war es!)

Ich habe das Bundesratsprotokoll auch gelesen. Ich weiß, daß Schleswig-Holstein dafür gestimmt hat. Und ich weiß, daß dieser Ministerpräsident sich öffentlich damit gerühmt hat, daß dieses neue Grunderwerbsteuerrecht auch auf seinem - Entschuldigung! - Mist gewachsen sei. Ich weiß das. Deshalb ist es natürlich falsch zu sagen, dies sei eine Entscheidung des Bundesgesetzgebers. Dies ist vielmehr auf Bitten der Länder über den Bundesrat im Bundestag dann selbstverständlich beschlossen worden. Was wollen Sie eigentlich noch!

Zweitens ist es falsch, daß durch diese Novelle des Grunderwerbsteuerrechts des Bundes etwa angelegt wäre, daß man den Kommunen die Grunderwerbsteuerbeteiligung wegnehmen muß. Das ist natürlich ganz verkehrt. Das Protokoll des Bundesrats weist etwas ganz anderes aus, eine faktische Garantie - ich brauche das nicht zu zitieren, Sie kennen das alle - für die Kommunen, daß sie ihren Anteil behalten.

(Beifall bei der SPD)

Der Bundesrat ist davon ausgegangen. Damals hat kein Mensch widersprochen, auch Schleswig-Holstein nicht. Jetzt wird es den Gemeinden weggenommen.

Also ist auch diese Aussage von Herrn Dr. Barschel falsch. Das ist keine Entscheidung des Bundes, sondern eine der Länder, mit Schleswig-Holstein an der Spitze. So ist es eben. Das Bundesratsprotokoll hat das nachgewiesen. Ich frage mich also, wie lange Sie dies alles noch auf Bonn oder auf die Erblast - oder wo immer das hingehen soll - schieben wollen. Die Initiative zu diesem Gesetz ging jedenfalls von den CDU-Ländern aus.

(Liebrecht)

Die Streichung der **Mittel aus dem Länderfinanzausgleich** ist auch wieder so ein struktureller Eingriff, der nicht wiedergutzumachende Schäden anrichtet. Die Geschichte der Vorwegabzüge und der strukturellen Eingriffe in den Finanzausgleich ist lang. 1973 wurden die Bundesergänzungszuweisungen herausgenommen und in den folgenden Jahren dann ähnlich wachstumskräftige Einnahmequellen wie die Kfz-Steuer gestrichen. Es gibt ausreichendes Zahlenmaterial über die Entwicklung der Grunderwerbsteuer, der Kfz-Steuer, der Bundesergänzungszuweisungen und der Ausgleichszuweisungen der Länder. Sowohl für die Vergangenheit als auch mit Ausblick auf die Zukunft werden diese Daten Jahr für Jar als Anlage zum Finanzplan mitgeliefert.

Wenn ich mir den diesjährigen Finanzplan und die dazu beigelegten Anlagen 4 und 6 vornehme, dann sehe ich, daß die Grunderwerbsteuer auf der Einnahmeseite des Landes 1984 schon mit 84,7 Millionen DM veranschlagt wird. Das steigert sich dann bis auf 112,5 Millionen DM im Jahr 1987 - also nicht nur 50 Millionen oder so; das stimmt alles nicht, Herr Minister Claussen.

Nun kann man bei diesen Steigerungsraten natürlich auch Ihre Begehrlichkeit verstehen. Die Kfz-Steuer entwickelt sich von 320 Millionen DM im Jahre 1983 auf 346 Millionen DM Jahre 1987. Die Bundesergänzungszuweisungen machen im Haushalt 1983 226 Millionen DM aus und steigern sich bis auf 318 Millionen DM im Jahre 1987. Der Länderfinanzausgleich steigert sich von 440 Millionen DM auf 527 Millionen DM im gleichen Zeitraum.

Dieses Geld - oder Teile davon, wenn es um den Finanzausgleich geht - entgeht natürlich den Gemeinden. Ich will von der Darstellung der Vorwegabzüge in der Vergangenheit absehen. Das waren auch immer hohe Summen. Aber die Tatsache, daß ganze Einnahmetitel aus dem Finanzausgleich verschwinden - und zwar auch solche, die besonders wachstumsträchtig sind -, bedeutet eine entscheidende strukturelle **Schwächung der kommunalen Selbstverwaltung**. Wir wissen, daß die Kommunen sowohl rechtlich als auch über den Geldhahn immer wieder beeinträchtigt worden sind. Die vielen Novellen zum kommunalen Verfassungsrecht sprechen eine deutliche Sprache. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, daß dies gleichzeitig auch eine Schwächung der Selbstverwaltung und eine entsprechende Schwächung demokratischer Entscheidungsprozesse auf der untersten Ebene, in der Kommune, bedeutet.

Die neuerlichen Eingriffe kann man kaum noch als Hineinregieren in die Gemeinden bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Sie erheben vielmehr den traurigen Anspruch, die Alleinregierung des Landes über die Kommunen zu bewerkstelligen.

Sehr einheitlich sind auch die Stellungnahmen aller, die bisher etwas zu der Novelle gesagt haben. Ich nehme die Kollegen von Ihrer Fraktion aus dem Landtag, die dazu etwas gesagt haben, aus. Da hat es auch ein paar merkwürdige Stellungnahmen gegeben, die zu Recht kritisiert worden sind. Ich denke einmal an Ostholstein, ein schönes Beispiel.

Diese Stellungnahmen sind sehr einheitlich: Städtetag, Städtebund, Landkreistag, Gemeindetag, nicht zuletzt die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU. Ich hätte meine Rede aus Stellungnahmen von in den Kommunen führenden CDU-Mitgliedern zusammensetzen können. Sie wäre in der Sache überhaupt nicht anders ausgefallen, als sie jetzt ausgefallen ist. Abgeordnete auch dieses Hauses haben vor nicht allzulanger Zeit in ihrer heimischen Vertretung in die allgemeine heftige Kritik mit eingestimmt. Jetzt werden sie hier vermutlich anders abstimmen. Zu Recht weist aber die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände darauf hin, daß Einrichtungen geschlossen werden müssen, daß die Förderung der Träger anderer Einrichtungen begrenzt werden muß, daß die Folge sein wird, daß Menschen entlassen werden. An anderer Stelle heißt es ja auch, daß künftig kaum mehr eine kommunale Körperschaft in der Lage sein wird, im Vertrauen auf eine nur durch wirtschaftliche Entwicklung bedingte Veränderung ihrer Einnahmen ihre Haushaltswirtschaft zu führen. Sie muß immer wieder befürchten, daß die Landesregierung dem Landesparlament neue Eingriffe in die kommunale Finanzausstattung vorschlagen wird. Das Vertrauen ist verlorengegangen, Herr Minister Claussen. Und das sollte Ihnen nicht gleichgültig sein.

(Beifall bei der SPD)

Oder bleibt es Ihnen gleichgültig, wenn die **kommunalen Landesverbände** Ihnen vorwerfen, daß die 1955 gegründete Schicksalsgemeinschaft durch das Land einseitig aufgekündigt worden ist? Können sie eigentlich gelassen bleiben, wenn Ihnen vorgeworfen wird, daß Ihre Bekenntnisse zur kommunalen Selbstverwaltung nicht glaubwürdig sind? Das sagen die kommunalen Landesverbände, das sagen nicht nur wir!

Ich bin mit allen Kritikern darin einig, daß die vom Land vorgetragene Begründung den Gesetzentwurf nicht trägt und auch die Eingriffe nicht rechtfertigt. Wenn gesagt worden ist - das haben Sie bei der öffentlichen Vorstellung des Referentenentwurfs getan -, daß das Land höher verschuldet ist als die Kommunen, so stimmt das zwar von der Zahl her, aber die Verschuldungsfähigkeit ist immer eine Sache der Einnahmeseite.

(Beifall bei der SPD)

Nur Gemeinden mit hohen Einnahmen können sich hoch verschulden. Ein Zahnarzt kann sich eben höher verschulden als ein Arbeitnehmer, das ist nun einmal so. Die relativ niedrige **Verschuldungsquote der schleswig-holsteinischen Kommunen** hat etwas mit den niedrigen Einnahmen der schleswig-holsteinischen Kommunen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Hinzu kommt, daß die Gemeindestruktur in Schleswig-Holstein eine sehr hohe Verschuldung ohnehin

(Liebrecht)

kaum zuläßt, weil in Schleswig-Holstein eine große Zahl sehr kleiner Gemeinden vorhanden ist, deren Haushalte größere Investitionen sowieso kaum zulassen.

Alle Ihre Gründe, die Sie für den Gesetzentwurf vorgebracht haben, könnten im einzelnen widerlegt werden. Ich erspare mir das jetzt, denn wir werden während der Ausschußberatungen Gelegenheit haben - und sicherlich auch bei den Anhörungen, die ja stattfinden müssen -, die Einzelheiten zu diskutieren.

Ich will aber dennoch nicht versäumen, an dieser Stelle sehr eindringlich darauf hinzuweisen, daß das Ziel, das Sie angegeben haben, „eine weitere **Belebung der Wirtschaftsaktivität**", natürlich nicht erreicht werden kann, Herr Minister Claussen. Ich füge hinzu: Das ist doch blanker Unsinn!

(Beifall bei der SPD)

Das Gegenteil wird der Fall sein: Kürzungen, Abstriche, Schließungen von Kindergärten, Sportstätten, Jugendheimen, Altentagesstätten und kulturellen Einrichtungen sowie Beratungseinrichtungen - alles das wird stattfinden. Und was vielleicht genauso wichtig ist: Eine Reihe von Bauvorhaben des Hoch- und Tiefbaus können nicht mehr durchgeführt werden. Gefährdet sind zum Teil sogar solche Projekte, die über das sogenannte 421-Millionen-DM-Programm vom Land teilfinanziert werden sollten, weil die Gemeinden nicht mehr in der Lage sind, ihre Komplementärmittel aufzubringen.

Die Fülle der **freiwilligen Leistungen**, auf die verzichtet werden wird, trifft vor allen Dingen die viel beschworen kleinen Leute, die Alten und die Einkommenschwachen.

Ich sage ganz deutlich, damit es jeder versteht, was dieser Eingriff bedeutet: Essen auf Rädern ist eine freiwillige Leistung! Darauf wird in vielen Fällen verzichtet werden müssen.

(Zuruf von der CDU: Wer sagt denn das?)

- Das ist uns von den kreisfreien Städten sehr deutlich signalisiert worden. Ich weiß nicht, ob Sie jemals mit kommunalen Vertretern gerade aus kreisfreien Städten geredet haben. Das wird vielleicht anschließend noch etwas deutlicher. Diese Vertreter sagen sehr deutlich: Wir können gar nichts mehr an freiwilligen Leistungen bieten.

(Wiesen [SPD]: Das ist so!)

Das ist so, und das wird auch sicherlich bestätigt werden können. Sprechen Sie doch einmal mit den Oberbürgermeistern, insbesondere mit dem aus Lübeck. Es wäre nicht schlecht, wenn Sie das einmal tun würden.

(Beifall bei der SPD)

Dann werden sie sehr schnell feststellen, daß es so sein wird.

Ich hoffe, daß ich alle Ihre Argumente mit der Verschuldung widerlegt habe. Ich weiß nicht, ob Sie damit einverstanden sind, Herr Minister Claussen.

(Zuruf von der CDU: Bestimmt nicht!)

Nur eines noch: Nach einem pdl vom heutigen Tage sagen Sie anläßlich der Überreichung der Freiherr-vom-Stein-Gedenkmedaille an eine Reihe von Mitbürgern in unserem Lande: „Die Kommunalpolitik ist und bleibt die Schule unserer Demokratie." Natürlich sagt man da solche Sachen, aber ich würde es begrüßen, wenn diese Begriffe, wie zum Beispiel die „Schule der Demokratie" und ähnliches, die man bei solchen Verleihungen gern verwendet, dann irgendwo auch einen realen Hintergrund hätten.

(Beifall bei der SPD)

Eine solchen Hintergrund vermisse ich.

(Beifall bei der SPD - Präsident Titzck übernimmt den Vorsitz)

Präsident Titzck:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hagemann.

Hagemann [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir wissen alle, daß die kommunalen Finanzen ein Teil der öffentlichen Finanzen sind, und wir wissen weiter, daß das Finanzausgleichsgesetz und seine Auswirkungen wiederum nur einen Teil der kommunalen Finanzen betreffen. Ich möchte deshalb in ein paar Sätzen den Zusammenhang herstellen; es ist sicherlich allen deutlich geworden, daß es nunmehr nicht mehr zu vermeiden ist, bei einer Verschlechterung der Lage in den letzten Jahren und der negativen Entwicklung bei den Steuereinnahmen überall der zunehmenden Verschuldung Einhalt zu gebieten.

Wir haben im Rahmen unseres Haushalts festgestellt, daß mit der Rückführung der Neuverschuldung ein Anfang gemacht wird. Die CDU-Fraktion weiß natürlich, daß es keine leichte Aufgabe sein wird, auch die Kommunen an dieser **Sanierung der öffentlichen Haushalte** zu beteiligen. Wir sind aber dennoch davon überzeugt, daß wir im Einklang mit den Maßnahmen der Bundesregierung diesen Weg gehen müssen, nachdem in der Vergangenheit der Landeshaushalt ja häufig nur durch eine zunehmende Inanspruchnahme des Kreditmarkts ausgeglichen werden konnte.

(Latendorf [CDU]: Leider!)

Wir glauben - das ist unsere politische Überzeugung -, daß jetzt der Augenblick gekommen ist, hier etwas zu unternehmen,

(Beifall bei der CDU - Wiesen [SPD]: Vor der Wahl war das anders!)

das heißt, eine drastische Reduzierung der Ausgaben vorzunehmen und daneben die Neuverschuldung zurückzuführen.

(Beifall bei der CDU)

(Hagemann)

Bevor ich zu Einzelheiten des Gesetzentwurfs komme, möchte ich, wie gesagt, den Zusammenhang herstellen zwischen den Maßnahmen des Landes und dem Anteil der Kommunen an diesen Maßnahmen. Denn ich habe an den letzten beiden Tagen erlebt, daß immer nur vergleichender Bezug genommen wird auf den Haushalt 1984 und auf die vorliegende Novelle zum FAG. Meine Damen und Herren, die Gewichtung nur dieser beiden Felder ist nicht sachgerecht.

(Aniol [CDU]: Sehr richtig! - Beifall bei der CDU)

Sie wissen, daß die Regierung eine mittelfristige Finanzplanung vorgelegt hat

(Aniol [CDU]: So ist es!)

und daß sie mittelfristig eben nicht nur mit 260 Millionen DM die **Rückführung der Neuverschuldung** betreibt, sondern daß sie bis zum Jahre 1987 - und nun hören Sie gut zu! - im Vergleich zu 1983 2 Milliarden DM zurückführen wird. Das heißt mit anderen Worten: Gegenüber 1983 werden in diesem Zeitraum 2 Milliarden DM weniger zur Verfügung stehen.

(Latendorf [CDU]: Sehr richtig!)

Vergleichen Sie das bitte mit dem, was den Kommunen zugemutet wird!

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß natürlich, daß der Wegfall der **Beteiligung an der Grunderwerbsteuer** die Kreise schwer trifft. Ich weiß, daß es schwer sein wird, diese Dinge auszugleichen. Ich meine allerdings auch darauf hinweisen zu müssen, daß einige Kreise die davon besonders hart betroffen sind, in der Vergangenheit einen Vorteil dadurch gehabt haben, daß ihre hohen Steuereinnahmen bei der Bemessung der Schlüsselzuweisungen nicht herangezogen wurden. Insofern wurden sie nicht belastet.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir nun im Gesetzentwurf von rund 96 Millionen DM zur Entlastung des Landes sprechen, dann ist das im Vergleich zu 1983 nur ein „Unterschied von 31 Millionen DM". Ich sage ausdrücklich: Ich vergleiche hier 1983 mit 1984. Dabei bin ich mir allerdings im klaren, daß wir über den Zuwachs gesondert reden müßten. Aber wenn wir uns klar sind, wovon wir reden, dann können wir auch miteinander vergleichen.

Meine Damen und Herren, das, was ich eben im großen Zusammenhang gesagt habe, hat auch der Kollege Engholm gestern außer acht gelassen. Er hat - wenn ich mich richtig erinnere - gesagt, daß das Land in einer einmaligen Aktion durch 150 Millionen DM Wegnahme bei den Gemeinden eine Sanierung seines Haushalts durchführen wolle. Das stimmt nicht. Ich habe Ihnen schon deutlich gemacht, daß die Sanierung nur langfristig möglich sein wird, und daß diese 150 Millionen DM zwar einmalig sind, was das FAG angeht, aber eben auf die Jahre bis 1987 verrechnet werden müssen, wenn man vergleichen will.

(Gunnesson [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Es tut mir sehr leid; wenn Sie alle gleichzeitig reden, kann ich leider nicht auf Ihre Zwischenrufe eingehen.

Ich darf fortfahren. Wir wissen natürlich alle, daß unsere Kreise und Gemeinden für ihre Aufgabenerfüllung niemals übermäßig ausgestattet gewesen sind und daß man, wenn man von der heutigen Lage ausgeht und die Notwendigkeit für die Zukunft betrachtet, natürlich mit Schwierigkeiten rechnen muß.

Meine Damen und Herren, aber das Argument etwa, daß das Land für seine Schulden selbst verantwortlich sei und infolgedessen auch selbst sehen müsse, wie es da herauskomme, kann ich wirklich nicht gelten lassen - jedenfalls für mich nicht. Ich habe mich in der Vergangenheit in vielen Gesprächen und Auseinandersetzungen jahrzehntelang dafür eingesetzt, daß unsere Kommunen ausreichend und gut ausgestattet waren, und ich meine, die Tatsache, daß die **Verschuldung der Kommunen** in Schleswig-Holstein am geringsten ist, läßt ja wohl darauf schließen, daß die Bilanz unserer Arbeit in der Vergangenheit nun nicht eben schlecht ist.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn es aber aus den Ihnen allen bekannten Gründen nun einmal notwendig geworden ist, jetzt eine Aufgabenrückführung und eine Reduzierung der Neuverschuldung vorzunehmen, dann erwarte ich von meinen Freunden, denen ich in all den Jahren geholfen habe, auch Verständnis für meine Situation.

(Beifall bei der CDU)

Ich rechne mich nach wie vor zur kommunalen Front, und wir in den Kommunen wissen sehr wohl, wie es um die Situation der öffentlichen Haushalte steht. Die haben eben einen Notfall - wenn man vielleicht auch sagen muß „relativen Notfall", wenn ich an eine Zeit denke, die ein paar Jahrzehnte zurückliegt. In einer solchen Lage kann es eben nicht so sein, daß einer für die kommunalen Finanzen verantwortlich ist, ein anderer für die Landesfinanzen und ein dritter für die Bundesfinanzen. Politische Verantwortung, auch finanzpolitische Verantwortung, meine Damen und Herren, ist unteilbar.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns darüber einig sein können, dann darf ich Sie von der SPD-Fraktion daran erinnern, daß es erst drei Jahre her ist, als Sie mit der Vorlage von Gesetzesinitiativen im Bundestag eine Veränderung des Jugendhilferechts beabsichtigten, ein Gesetzentwurf zur Verringerung des Verkehrslärms eingebracht haben, und daß diese von Ihnen eingeleiteten Gesetzesvorhaben Milliardenbelastungen für die Gemeinden gebracht hätten.

(Beifall bei der CDU)

(Hagemann)

Ich sage: „gebracht hätten"; es ist ja nicht dazu gekommen, weil die CDU-regierten Länder im Bundesrat dafür gesorgt haben, daß Ihre Gesetzentwürfe dahin verschwanden, wo sie hingehören.

(Beifall bei der CDU - Gunnesson [SPD]: Sie haben das Gesetz nicht gelesen! Sie haben das wieder mal nicht gelesen!)

Meine Damen und Herren, ein Weiteres! Ihre Formulierungen, die ich heute so oft gehört habe, das Land greife in andere Taschen, das Land nehme anderen etwas weg, diese Formulierungen, Herr Kollege Liebrecht und Herr Kollege Klingner,

(Schulz [SPD]: Die schmecken Ihnen nicht!)

sind schlechthin falsch - die sind schlechthin falsch!

(Beifall bei der CDU)

Auch Sie, Herr Kollege Klingner, haben heute morgen, wenn ich mich richtig erinnere, eingeräumt, daß jede Steuermark nur einmal eingenommen wird. Das bedeutet - das weiß doch jeder -, daß die Steuern, die wir einnehmen, verteilt werden auf die verschiedenen Ebenen. Das heißt in jedem Falle: Es wird den Kommunen etwas gegeben.

(Widerspruch bei der SPD - Glocke des Präsidenten)

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Hagemann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Marschner?

Hagemann [CDU]:

Gern!

Marschner [SPD]: Herr Kollege, irrte sich hier auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Dietrich Austermann, als er am 24. September 1983 sagte - wörtlich zitiert von der „Dithmarscher Landeszeitung":

„Das Land versucht, sich auf Kosten der Kommunen zu sanieren. Dieses Vorgehen sei falsch, zumal die Kommunen zwei Drittel aller Investitionen tätigen würden. Der Eingriff des Landes könne zu arbeitsmarktpolitischen Problemen führen."

Irrt sich auch Ihr CDU-Kollege?

- Er hat sich mit Sicherheit damals geirrt.

(Beifall bei der CDU - Sickmann [SPD]: Er irrt sich immer noch!)

- Ja, er irrt sich immer noch.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, auch eine andere, sehr interessante Redewendung von Herrn Dr. Klingner möchte ich noch einmal aufgreifen. Er hat heute morgen gesagt, der böse Bund beabsichtige, den Ländern ab 1986 einen Prozentpunkt von der Umsatzsteuer wegzunehmen - hat er gesagt.

(Selzer [SPD]: Hat er gesagt?)

- Ja, sehen Sie, so wird das gesagt, meine Damen und Herren. Wie ist es denn wirklich?

(Dr. Hinz [SPD]: Na?)

Die Bundesregierung hat dafür gesorgt, daß die Länder im Jahre 1983 - in diesem Jahr leben wir jetzt - 1 % mehr bekommen.

(Latendorf [CDU]: Richtig!)

1 % mehr, also 33,5 %. Jetzt hat der Herr Bundesfinanzminister, den Sie ja alle kennen,

(Schulz [SPD]: Wer ist das?)

gesagt: „Ich bin der Meinung, wir müssen den Ländern helfen, und deswegen geben wir ihnen für zwei Jahre noch 1 % obendrauf." Da sagen Sie: „Im dritten Jahr wird gekürzt." - Alles andere vergessen Sie.

(Beifall bei der CDU - Liebrecht [SPD]: Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen!)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich jetzt zu den einzelnen Punkten äußern. - Ich sehe, daß Sie meine Auffassung teilen; das freut mich.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kollege Liebrecht, diese vier Punkte, von denen Sie gesprochen haben, waren zufällig auch meine vier Punkte. Ich denke, daß wir uns im gegenwärtigen Zeitpunkt nur mit den hauptsächlichen Punkten auseinandersetzen sollten. Alles andere werden wir zu späterer Zeit tun.

(Gunnesson [SPD]: Nun haben wir genug Punkte! - Jensen [SPD]: Sie haben keine Punkte gewonnen!)

Zu dieser ersten Feststellung, daß die **Schlüsselzuweisungen** auf dem Stand von 1983 gehalten würden, muß ich zunächst einmal Stellung nehmen. Herr Liebrecht, Sie haben diese Aussage in Zweifel gezogen. Ich kann nur sagen: Richtig gerechnet hat der Innenminister, und falsch gerechnet haben Sie, denn es steht fest, meine Damen und Herren, daß sie gehalten werden, wobei es natürlich - Herr Liebrecht, das wissen Sie genauso gut wie ich - durch die Steuerstruktur und die Entwicklung der Steuerkraft im Vergleich zu 1983 unterschiedliche Entwicklungen geben kann. Mit der Aufrechterhaltung der Gesamtsumme der Schlüsselzuweisungen ist - -

(Liebrecht [SPD]: Stimmt ja auch da nicht mal!)

- Ich räume gern ein, Herr Kollege Liebrecht, daß es bei den zentralen Orten einen Abstrich gibt. Das räume ich gern ein, das ist ein Sonderproblem; ich betrachte jetzt einmal die allgemeinen Schlüsselzuweisungen, die die große Zahl unserer Gemeinden ja bekommen, und mit denen sie, wie Sie alle wissen, einen wesentlichen Teil ihres Verwaltungshaushalts bestreiten. - Also: Mit der Erhaltung der Masse für

(Hagemann)

die Schlüsselzuweisungen ist der Grundstock für den Ausgleich des Haushalts gelegt.

Ein Wesentliches kommt hinzu - auch das dürfte unumstritten sein -, nämlich die von mir schon zu früherer Zeit angesprochene Anpassung der **Nivellierungssätze** soll ja nun durchgeführt werden, und dies führt zu mehr Gerechtigkeit, wie wir ja alle wohl unstreitig wissen.

(Beifall bei der CDU)

Ich behaupte im Gegensatz zu Ihnen, Herr Kollege Liebrecht, daß eine ganze Anzahl insbesondere von steuerschwachen Gemeinden bei ihren Schlüsselzuweisungen einen respektablen Zuwachs gegenüber 1983 verzeichnen werden.

(Beifall bei der CDU - Schulz [SPD]: Die verdienen sich wahrscheinlich dumm und dämlich!)

Damit Sie eine Vorstellung von der möglichen Größenordnung haben, will ich Ihnen die Zahlen meiner Heimatgemeinde, in der ich die Ehre habe, dem Finanzausschuß vorzusitzen,

(Zuruf von der SPD: Diese arme Gemeinde!)

einmal vortragen. Das ist eine Gemeinde mit durchschnittlicher Steuerkraft in ihrer Größenordnung. Sie kennen ja diese Klassifizierung. Wenn ich nun die Steuerkraft, die wir für 1983 anlegen mußten, nach den Nivellierungssätzen - mit den Veränderungen für 1984 - anlege, sie also im Grunde, was die Steuereinnahmen angeht, nicht verändere - nur das erlaubt ja einen direkten Vergleich für die Wirkungsweise des FAG -, dann würde meine Gemeinde 7000 DM mehr oder 7 % erhalten aufgrund der neuen Gesetzgebung, aufgrund der Nivellierung, aufgrund der neuen Nivellierungssätze.

(Jensen [SPD]: Doch nicht aufgrund der Gesetzgebung! Das ist doch Quatsch!)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang sei dann auch einmal darauf hingewiesen, daß der Haushalt ja nicht nur aus Schlüsselzuweisungen finanziert wird. Eine ganz wesentliche Säule im kommunalen Haushalt ist auch der **Anteil an der Einkommensteuer**. Ich meine schon, daß es dazugehört, wenn man über kommunale Finanzausstattung spricht, auch zu sagen - wie es der Herr Innenminister ebenfalls ausgeführt hat -, daß wir hier ebenfalls mit einem Zuwachs von 7 % rechnen können. Auch das bestätigen die Zahlen meiner Gemeinde; das sind noch einmal 6 000 DM. Sehen Sie, das sind also 13 000 DM mehr im Vergleich zum Vorjahr, und das bei einem Gesamthaushalt in Höhe von 300 000 DM.

(Dr. Klingner [SPD]: Und wieviel höhere Kreisumlage müßt ihr zahlen?)

- Herr Kollege Klingner, die Höhe der Kreisumlage ist entgegen der nach meiner Meinung falschen Auffassung durch die Änderung der Nivellierungssätze nicht festgelegt. Die Nivellierungssätze sind die Grundlage für die Kreisumlage. Die Höhe der Kreisumlage wird durch Beschluß des Kreistages über den Hebesatz festgelegt. Alles andere ist doch nun wirklich nicht real.

(Beifall bei der CDU)

Ich möchte noch auf einen weiteren Punkt hinweisen, der auch oft vergessen wird. Der Bund hat die **Gewerbesteuerumlage** vermindert. Wie Sie wissen, sind wir nunmehr bei 52 %. Wir waren bis 1980 bei 120 %. Wir haben also heute weniger als die Hälfte. Ich weiß natürlich, daß die Verminderung der Gewerbesteuerumlage damit begründet ist, daß durch andere gesetzliche Eingriffe eine Schwächung der kommunalen Finanzausstattung stattgefunden hat. Aber dennoch lassen Sie mich sagen, daß der Gewinn aus der Rückführung der Gewerbesteuerumlage für alle Gemeinden im Bundesgebiet für 1983 immerhin noch 500 Millionen DM beträgt.

Nun zum zweiten Punkt! Die **kreisfreien Städte** werden wegen ihrer besonderen Schwierigkeiten bis 1987 - ich nehme wieder diesen Zeitraum, weil das die einzige Betrachtungsweise ist, die hier angebracht ist - 160 Millionen DM aus dem Finanzausgleich bekommen, um ihre Schwierigkeiten mittelfristig zu überwinden. Ich weiß, daß die kommunale Familie in ihrer Gänze diese besondere Dotierung der kreisfreien Städte nur sehr schweren Herzens hingenommen hat, sich aber letztlich doch wohl damit abfindet. Wir erwarten natürlich - das tun wir wohl alle -, daß diese Jahre bis 1987 von den kreisfreien Städten genutzt werden, damit sie dann auf sicheren Füßen stehen, als es heute der Fall ist.

Die dritte Feststellung ist, daß eine notwendige Kürzung der Finanzausgleichsmasse, verbunden mit der gleichzeitigen Sonderhilfe für die kreisfreien Städte, natürlich Spuren hinterlassen muß. Diese finden wir vorübergehend, Herr Kollege Liebrecht, beim **kommunalen Investitionsfonds**, der aber dennoch seine durchschnittliche Leistungsfähigkeit behält. Wenn, wie Sie offenbar vermuten, Herr Kollege Liebrecht, der kommunale Investitionsfonds aus Mangel an Masse seine Aufgabe nicht sollte erfüllen können und wir der Auffassung sein sollten, daß hier etwas geschehen muß, dann wird man - das ist jedenfalls meine Auffassung - darüber zu einem geeigneten Zeitpunkt auch reden können. Jedenfalls bin ich der festen Überzeugung, daß es wegen der Inanspruchnahme der Straßenbaumittel und auch der Schulbaumittel nicht zu Investitionsruinen kommen wird. Dies hat der Herr Innenminister ja auch öffentlich ausgeführt, und ich verlasse mich darauf.

Im übrigen glaube ich, daß die Überführung der **Straßenbaumittel** in die Vorwegabzüge systemgerecht ist, weil die besondere Konstruktion dieses Ansatzes in der Vergangenheit durch die prozentuale Bindung eben immer zu unproportionalem Wachstum in den einzelnen Bereichen geführt hat. Es ist also systematisch eine begrüßenswerte Änderung.

Viertens werden die Gemeinden in den **strukturschwachen Räumen** trotz der angespannten Finanzlage des Landes eine besondere Förderung erfahren. Dazu soll ja auch die Anhebung des Ansatzes der Bedarfs- und Sonderbedarfszuweisungen dienen.

(Hagemann)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich im Augenblick auf diese wichtigsten Elemente der Novelle beschränken. Wir werden ja in den nächsten Wochen viele Gespräche zu führen haben, und manches, meine Damen und Herren, was von seiten der betroffenen Verbände inzwischen gesagt worden ist, verdient nach meiner Meinung, daß man darüber nachdenkt, Herr Kollege Liebrecht. Auch die angedeuteten und zum Teil in der Beratung befindlichen Entlastungen der kommunalen Ebene etwa im Bereich der **Schulunterhaltung** oder auch durch die **Erziehungsbeihilfe** werden sich ja positiv für unsere Gemeinden auswirken.

Meine Damen und Herren, ich bin ganz sicher, daß der hier insgesamt für die nächsten vier Jahre eingeschlagene Weg unvermeidlich, wenn auch schwer ist. Wenn wir es mit der Sanierung der öffentlichen Finanzen ernst nehmen, dann sollte es auch in den kommenden Jahren keine Zusammenbrüche bei der kommunalen Aufgabenerfüllung geben. Wenn jeder die Zeichen der Zeit richtig erkennt, werden wir auch diese Jahre gut überstehen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Titzck:

Frau Abgeordnete Warnicke hat das Wort.

Frau Warnicke [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Änderung des kommunalen Finanzausgleichs für 1984 und die folgenden Jahre wurde gerade von den **kreisfreien Städten** mit großer Spannung erwartet. Ihre schlechte finanzielle Ausstattung war ja auch der Landesregierung seit langem bekannt. Schon seit Anfang der achtziger Jahre war die finanzielle Talfahrt der kreisfreien Städte auch durch bisherige Maßnahmen der schleswig-holsteinischen Landesregierung nicht aufzuhalten.

Blicken wir einmal ganz kurz auf diese Zeit zurück: Wir haben sinkende Einwohnerzahlen in den kreisfreien Städten zu beobachten, die die **Finanzkraft** der Städte erheblich geschwächt haben. Der Wegfall der Lohnsummensteuer und der Bagatellsteuern brachte erhebliche Einschnitte in die kommunalen Entscheidungsmöglichkeiten. Immer neue Bundesgesetze wirkten und wirken sich nach wie vor im kommunalen Bereich auf der Ausgabenseite ausgesprochen negativ aus. Die vier kreisfreien Städte haben seit 1981 defizitäre Haushalte; die Kommunalaufsicht konnte schon seit Jahren die Haushaltssatzungen nur mit Einschränkungen genehmigen. Das ist der Fakt.

(Beifall bei der CDU)

Dadurch sind natürlich schwerwiegende zusätzliche Belastungen für die Verwaltung und vor allem für die Selbstverwaltungsgremien entstanden. Zwar leistete die Landesregierung bis einschließlich 1983 **Ausgleichszahlungen** für verlorengegangene Einnahmen aus der Lohnsummensteuer und den Bagatellsteuern. Jedoch deckten diese bei weitem nicht die vorhandenen Ausfälle. So verloren zum Beispiel Lübeck und Kiel trotz Ausgleichszahlungen zwischen 14 und 16 Millionen DM pro Jahr und pro Stadt an Einnahmen,

(Beifall bei der SPD)

obwohl die Landesregierung immer wieder behauptet hat, der Ausgleich für die Kommunen werde hergestellt. Das stimmt für die kreisfreien Städte einfach nicht, wie dieses Rechenbeispiel zeigt.

(Beifall bei der SPD)

In allen betroffenen Städten wurde versucht, durch Sparmaßnahmen Ausgaben zu drosseln, zumal bewußt war, daß ab 1984 der gesamte Verlust der geschmälerten Einnahmen aus den genannten Steuern irgendwie verkraftet werden mußte. Personalkosten wurden durch Stellenabbau eingespart. Viele freiwillige Leistungen wurden eingeschränkt. Nur zur eigenen Verfügung stehende Steuern, Gebühren und so weiter wurden drastisch erhöht. Investitionen sind in erheblichem Maße gekürzt worden, und das nicht nur bei Neubauten, sondern leider auch im Bau- und Erhaltungsbereich. Einmal abgesehen von der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung von Bau- und Erhaltungsmaßnahmen, werden sich die Folgen der Kürzungen erst in einigen Jahren bitter bemerkbar machen,

(Beifall bei der SPD)

dann nämlich, wenn die Ersatzinvestitionen nötig sind und diese ein Vielfaches der Erhaltungskosten übersteigen werden.

Die Klagen der kreisfreien Städte über die viel zu schlechte Finanzausstattung wurden auch vom **Landesparlament** anhand eines **Berichts von 1982** zur Kenntnis genommen. Auf Konsequenzen wartete man vergebens. Wenn man das, was heute vorgelegt wird, als Konsequenz der damaligen Diskussion sieht, dann kann man nur sagen: Für die kreisfreien Städte ist das der wahre Hohn.

(Beifall bei der SPD)

Trotz des Wissens um die schwierige und immer dramatischer werdende **finanzielle Situation der kreisfreien Städte** scheut sich diese Landesregierung nicht, die Städte zugunsten des Landeshaushalts erneut zu schröpfen. Auf den ersten Blick könnte angenommen werden, daß die Änderung im kommunalen Finanzausgleich vielleicht sogar zugunsten der kreisfreien Städte ginge. So wird es ja auch teilweise immer behauptet; man liest es so in der Zeitung. Aber das sind alles merkwürdige Rechenbeispiele, die von unwahrscheinlich komischen Zahlen ausgehen. Der eine geht von oben nach unten, der andere rechnet von unten nach oben, wie es einem gerade paßt.

(Latendorf [CDU]: Und man trifft sich dann in der Mitte!)

Wenn man aber einmal genauer hinguckt – und in den Finanzausschüssen der kreisfreien Städte ist das ja gemacht worden –,

(Aniol [CDU]: Wie rechnen Sie denn?)

(Frau Warnicke)

– die rechnen wahrscheinlich genauer und vor allen Dingen nicht unbedingt nur zu einer Seite, einer politischen Seite hin gerichtet;

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD)

für die geht es nämlich um's „Eingemachte", um das, was sie damit anfangen können – dann stellt sich ganz schnell heraus, daß in allen vier kreisfreien Städten unter dem Strich beim Zusammenzählen der Mittel, die man bisher erhielt, und derjenigen, die man künftig bekommen wird, 1984 keine müde Mark mehr herauskommen wird. Im Gegenteil, wenn man den alten Finanzausgleich für 1984 – mit dessen Beträgen man ja in den Komunen mittelfristig gerechnet hat – zugrunde legt und dem die Beträge nach dem neuen Gesetz gegenüberstellt, dann ergibt sich zum Beispiel für Lübeck ganz schnell ein Minus von 3 Millionen DM. Bei Kiel ist es ungefähr dieselbe Größenordnung, mit einer Abweichung der Ziffer hinter dem Komma; aber das ist auch nicht sehr viel.

Man kann also feststellen, daß die kreisfreien Städte bei der so gepriesenen und als kommunalfreundlich ausgegebenen neuen kommunalen Finanzausstattung absolut schlecht weggekommen.

(Beifall bei der SPD)

Um diesen üblen Brocken des neuen kommunalen Finanzausgleichs ein bißchen zu würzen, fängt die Landesregierung nun auch noch an, die Entlastung der Kommunen zu preisen, die man mit dem **Erziehungsgeld** und mit den **Lernmittelsätzen** schafft. Das, meine Damen und Herren, ist ja wohl die größte Augenwischerei, die man sich vorstellen kann.

(Beifall bei der SPD)

Das Erziehungsgeld soll – wie gesagt wurde – die **Sozialhilfe** der Gemeinden entlasten. Wenn das der Fall sein sollte, hätte der Personenkreis, der von dem Erziehungsgeld betroffen wird, erheblich anders aussehen müssen. Man hätte das Erziehungsgeld von vornherein etwas anders konzipieren müssen. Der Entlastungseffekt für die Kommunen – speziell für die kreisfreien Städte – ist unheimlich gering. In einer kreisfreien Stadt wie Lübeck, in der jede dritte Mark des Verwaltungshaushalts für Sozialhilfeaufwendungen ausgegeben wird – wobei nicht unerwähnt bleiben darf, daß in Lübeck zum Beispiel jeder vierte Bürger im Rentenalter ist – und in der zur Zeit ein Sozialetat von 170 Millionen DM zur Verfügung steht – Herr Lemke, Sie wissen das sehr gut; Sie müssen nicht nur die Sozialhilfe rechnen, sondern alles das einbeziehen, was zum Sozialetat dazugehört –,

(Beifall bei der SPD)

fallen einige tausend Mark, die vielleicht als Entlastung für die Stadt entstehen, weiß Gott wenig ins Gewicht.

(Beifall bei der SPD – Engholm [SPD]: So ist es! – Latendorf [CDU]: Man sollte aber auch nicht zu undankbar sein!)

– Na, von Dankbarkeit sollten wir hier wohl nicht gerade reden, nicht wahr?

(Beifall bei der SPD – Latendorf [CDU]: Ihre Parteifreunde draußen in den Gemeinden sind da letztlich weniger undankbar!)

Durch die Bonner Sparbeschlüsse, zum Beispiel die Kürzungen – –

(Weitere Zurufe von der CDU)

– Daß Sie das nicht gern hören, weiß ich auch; aber das macht mir nichts aus. Ich rede trotzdem weiter.

(Beifall bei der SPD – Latendorf [CDU]: Fragen Sie man Peter Zahn! Ganze Gemeinden einverleiben und hier schimpfen!)

– Sie können ja nachher auch reden, Kollege Latendorf! Jetzt bin ich erstmal an der Reihe.

(Engholm [SPD]: Schüler aller Länder, seid dankbar für diese Regierung! – Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Durch die Bonner Sparbeschlüsse, die ja auch die Kürzung beim Arbeitslosengeld zur Folge haben, durch den Wegfall von BAföG und eine immer weiter steigende Arbeitslosigkeit, die gerade in den kreisfreien Städten besonders groß ist und auch über dem Landesdurchschnitt liegt, wird in allen kreisfreien Städten eine Steigerung des Sozialhilfeetats von 15 bis 18 % für 1984 und die folgenden Jahre erwartet. Daß das nicht mehr verkraftet werden kann, kann sich wohl jeder vorstellen, und daß in diesem Zusammenhang der Finanzausgleich viel zu gering ist, möchte ich bei dieser Gelegenheit nur betonen.

Die bisherigen **Mindestsätze für Lernmittel** sollen ab 1984 um 50 % gekürzt und als Richtsätze ausgewiesen werden; wir hatten vorhin schon darüber gesprochen. Die Eltern sollen also mit 50 % an den Lernmitteln beteiligt werden.

Ich bin davon überzeugt, daß es nicht nur die kreisfreien Städte sind, die auch in den letzten Jahren schon nicht mehr die Möglichkeit hatten, die Mindestsätze in ihren kommunalen Haushalten voll einzusetzen. Sie haben sie erst einmal eingesetzt, nachher aber über eine Ausgabesperre wieder herausgeholt, weil sie das einfach nicht mehr verkraften konnten. In Lübeck war es so – und, wenn ich mich recht erinnere, auch in Flensburg –, daß man diese Mindestsätze für Lernmittel im letzten Jahr um 50 % gekürzt hat. Nun kommt die Landesregierung daher und sagt: Ach, das ist ja wunderbar, wenn ihr alle das schon im vorhinein gekürzt habt; wir setzen jetzt Richtsätze ein, und dann können die Kommunen das von sich aus entscheiden.

Was bedeutet das für finanzschwache Kommunen wie etwa die kreisfreien Städte? In Lübeck zum Beispiel – der Haushalt liegt zur Zeit vor und befindet sich in der Debatte – werden die Richtsätze der Landesregierung noch einmal um 50 % gekürzt; das heißt,

(Glocke des Präsidenten)

(Frau Warnicke)

drei Viertel der sonst für Lernmittel zur Verfügung gestellten Sätze müssen von den Eltern selbst aufgebracht werden.

(Glocke des Präsidenten)

Das, meine Damen und Herren, ist eine Abkehr vom **Prinzip der Lernmittelfreiheit**. Diesen Standpunkt können wir nicht teilen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Paulina-Mürl?

Frau Warnicke [SPD]:

Bitte!

Frau Paulina-Mürl [SPD]: Frau Abgeordnete Warnicke, stimmen Sie mit mir überein, daß es befremdlich ist, wenn bei diesem Thema die Sozialministerin den Raum verlassen hat? - Ich vermerke gerade positiv, daß sie wieder hereinkommt!

(Lachen bei der CDU - Aniol [CDU]: Das war wohl ein Rohrkrepierer!)

- Ich empfinde es in diesem Hause - ich bin ja neu hier, wie Sie wissen - immer als sehr bedauerlich, daß die Minister bei Reden, die eigentlich ihr eigenes Ressort betreffen, häufig nicht anwesend sind.

(Beifall bei der SPD)

Aber das scheint hier so Sitte zu sein.

Für arbeitslose Eltern und Sozialhilfeempfänger zum Beispiel sind die jetzt veränderten Lernmittelsätze absolut nicht mehr zu verkraften, zumal man in diesem Zusammenhang auch sagen muß, daß die Sozialhilfe in diesen Fällen nicht einspringt. Dazu ist sie nämlich nicht da.

Die Bürger der kreisfreien Städte sind durch ständig steigende **Gebühren** und **Tarife** übermäßig belastet worden, und es wird noch der Tag kommen, an dem zum Beispiel die Kindergartenkosten von den Eltern der betroffenen Kinder nicht mehr bezahlt werden können.

Aus bitterer Not wird es in den vier kreisfreien Städten unumgänglich sein, abermals **freiwillige Leistungen** zu kürzen. Das wiederum wird zur Folge haben, daß freie Träger ihre Leistungen für den Bürger ganz erheblich einschränken müssen. Die Schließung von wichtigen sozialen Einrichtungen wie Jugendtreffs, Altentagesstätten, Beratungsstellen ist zu erwarten.

Auf Dauer können die kreisfreien Städte nicht mit ständig steigendem Fehlbedarf leben.

(Beifall bei der SPD)

Sie können nicht weiterhin ihre Gehälter und die Kosten der laufenden Verwaltung mit Kassenkrediten bezahlen.

(Wiesen [SPD]: Sehr richtig!)

Die 160 Millionen DM Sonderzuweisungen in den nächsten vier Jahren für die kreisfreien Städte sind meines Erachtens eine milde Gabe; sie sind ein Tropfen auf den heißen Stein.

(Beifall bei der SPD)

Nun sollte man sich seitens der Landesregierung nur nicht der Illusion hingeben, daß sich in den nächsten vier Jahren bei den kreisfreien Städten aus deren eigener Kraft heraus etwas ändern wird. Wenn Minister Claussen gestern betonte, daß die Städte die nächsten vier Jahre für eine Konsolidierung ihrer Finanzen nutzen müßten und daß dazu tiefgreifende Anstrengungen notwendig seien, möchte ich fragen: Wie stellen Sie, Herr Minister Claussen, sich das vor?

(Minister Claussen: Das kann ich Ihnen genau sagen!)

Wenn jemand leere Kassen hat, kann er daraus nichts bezahlen. Die Höhe der **Kreditaufnahme** ist in allen vier **kreisfreien Städten** an der Grenze der Genehmigungsfähigkeit angelangt. Der Abbau der Ausgaben ist schon seit Jahren im Gange. Es gibt also nichts mehr abzubauen; es gibt keine Bereiche mehr, bei denen man vielleicht sagen könnte, da sei noch etwas übrig, sondern man kann nur noch das tun, was den Bürger ganz kräftig beuteln würde.

Wir können natürlich alle Altentagesstätten schließen, wir können alle Beratungsstellen schließen, wir können die Kindergärten schließen, Museen schließen oder Bibliotheken;

(Widerspruch bei der CDU)

das ist noch in unserer Macht, mehr aber nicht.

Der CDU-Landesregierung in Kiel ist es offensichtlich immer noch nicht gelungen zu begreifen, wie tief die Not der kreisfreien Städte ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung ist aufgefordert, für eine vernünftige, verläßliche und auf Stetigkeit bauende Finanzausstattung zu sorgen. Ein Haushalt auch in einer kreisfreien Stadt, in einer Kommune, muß kalkulierbar sein. Er ist nicht kalkulierbar, wenn seitens der Landesregierung alle fünf Minuten Einschnitte in die Einnahmeseite vorgenommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Er ist nicht kalkulierbar, wenn zum Beispiel für die Durchführung der **Auftragsverwaltung** in den kreisfreien Städten jährlich mehr aufgewendet werden muß, als vom Land dafür ersetzt wird.

(Beifall bei der SPD)

Das macht zum Beispiel in Lübeck - ich habe heute mit Kiel gesprochen, da ist es auch nicht anders - 20 Millionen DM im Jahr aus, was für Auftragsverwaltung mehr ausgegeben wird, als man einnimmt.

Es ist auch von vielen unbemerkt geblieben, daß die kreisfreien Städte Kosten tragen müssen, die aus Leistungen entstehen, die nicht zum Aufgabenbe-

(Frau Warnicke)

reich der Kommunen gehören. So müssen zum Beispiel von den Städten die **Wehrerfassung** und Teile der **Kosten der Landtagswahl**, die nicht ersetzt werden, bezahlt werden. Das müssen die kreisfreien Städte mitbezahlen.

Aus einem Interview, das Sie, Herr Minister Asmussen, der Zeitschrift „Wirtschaft zwischen Nord- und Ostsee" im Oktober 1983 gaben, ist zu entnehmen – ich zitiere –:

> „Die Landesregierung ist seit jeher bestrebt, die Leistungsfähigkeit der Gemeinden unseres Landes zu sichern, um so dem Grundsatz der kommunalen Selbstverwaltung Rechnung zu tragen."
>
> (Zurufe – Wiesen [SPD]: Großartig!)

Wohl gesprochen, Herr Minister, aber es ist meines Erachtens ein eklatanter Widerspruch, wenn sich die Landesregierung einerseits immer wieder lautstark zur kommunalen Selbstverwaltung bekennt, andererseits aber durch ständige Kürzungen oder Veränderungen der zu verteilenden Mittel das Recht der von den Bürgern gewählten Kommunalparlamente einschränkt, ihre finanziellen Angelegenheiten selber zu regeln.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Die Städte dürfen nicht zu Lasteseln für die Aufgaben des Landes werden. Sie dürfen nicht mit ihren geringer werdenden Einnahmen als stille Reserve für einen aus den Fugen geratenen Landeshaushalt dienen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung hat in den letzten Jahren mit den kreisfreien Städten für meine Begriffe keine ehrliche Politik betrieben.

(Marschner [SPD]: Sehr richtig! – Beifall bei der SPD)

Sie haben sie als Stiefkinder des Landes behandelt. Viel reden und wenig tun, das ist die Politik der Landesregierung gegenüber den kreisfreien Städte.

(Beifall bei der SPD)

Sprechen Sie nicht nur von Hilfe, sondern helfen Sie uns. Reden Sie nicht von der Wende, sondern vollziehen Sie sie als tatsächliche finanzielle Hilfe für eine dauerhafte Entlastung der kreisfreien Städte.

Ein CDU-Politiker hat einmal gesagt: Die Demokratie fängt in der Gemeinde an. Tragen Sie nicht dazu bei, daß die Demokratie in der Gemeinde aufhört.

(Beifall bei der SPD)

Ein Satz noch zum Schluß. Ich sehe, daß da so eine rote Lampe leuchtet. Ich soll wohl aufhören. Ich werde mich bemühen.

(Wiesen [SPD]: Das ist für die SPD das Signal!)

Alle drei Fraktionen gemeinsam haben in der **Hansestadt Lübeck** im August eine **Resolution** verabschiedet, die mit dem Satz anfängt:

> „Die Fraktionen der Lübecker Bürgerschaft fordern die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, die geplanten Eingriffe in die Finanzausstattung der kreisfreien Städte und Gemeinden zu unterlassen."
>
> (Beifall bei der SPD)

Ich gehe davon aus, daß die Mitglieder der CDU-Fraktion im Landtag, die gleichzeitig Mandatsträger der kreisfreien Städte sind, hier sehr wohl wissen, wo sie Verantwortung zu tragen haben, nämlich gegenüber den kreisfreien Städten.

(Beifall bei der SPD)

Ich fordere Sie hiermit auf, sich auf die Seite der SPD zu schlagen, diesen Finanzausgleich mit abzulehnen, weil er gegen die kreisfreien Städte geht.

(Lachen bei der CDU – Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Lumma das Wort.

(Wiesen [SPD]: Herr Lemke wollte sich gerade zur Lübecker Entschließung bekennen! – Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Das Gegenteil!)

Lumma [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich erst das Duell der beiden Lübecker Kollegen abwarten.

(Beifall bei der SPD)

Aber wir werden gleich in der nächsten Runde sehen, wie hoch der Punktsieg für Frau Warnicke und ihre politischen Vorstellungen ausfällt. Ich setze jetzt einmal das Duell der beiden Kollegen aus Lauenburg fort.

Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich, verehrter Herr Kollege Hagemann, einiges von Ihren Irrtümern zurechtrücken muß. Ich sage vorweg, daß man bei guter Laune durchaus zu erklären bereit sein könnte, daß Sie sich in Ihrer kommunalpolitischen Arbeit im Lauenburgischen immer auf die Seite der Kommunen und des Kreises geschlagen haben. Ihr Frontwechsel heute hier

(Beifall des Abgeordneten Latendorf [CDU])

– klatsch nicht zu früh, Fritz Latendorf; der Satz ist noch nicht zu Ende – macht mich allerdings sehr bedenklich, und ich werde zusammen mit meinem Freund Hinz im Wahlkreis allen sagen, daß Sie ein kommunalpolitischer Saboteur sind.

(Lachen bei der CDU – Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU: Unterstellung!)

(Lumma)

Ich möchte dann mit einer weiteren Vorbemerkung beginnen.

(Zuruf von der CDU: Er hat sich verdient gemacht! Um das zu erreichen, müssen Sie noch jahrelang arbeiten!)

- Ich hoffe nur, daß der Herr Präsident die Zwischenrufe nicht auf mein Zeitkonto anrechnet.

(Dr. Schübeler [CDU]: Das haben Sie ja selbst provoziert!)

Ich wollte mit der Bemerkung fortfahren: Es ist eigentlich erfreulich, meine Damen und Herren, daß Fragen der **kommunalen Selbstverwaltung** in der letzten Zeit häufiger auf der Tagesordnung des Landtags stehen. Wenn man aber einmal ganz hinschaut: Es ist jedesmal, wie wir meinen, ein trauriger Anlaß, daß wir hier über dieses Thema debattieren müssen.

(Beifall bei der SPD)

In der letzten Sitzung war es das Thema: Inwieweit können Kommunen, können Kreise Themen, die auch die Bürger berühren - wie Fragen des Friedens, der Lagerung von ABC-Waffen -, behandeln? Das haben Sie verneint und haben dann auch wirklich einen Beitrag dazu geleistet, kommunale Selbstverwaltung auszuhöhlen. Das war wirklich ein Eingriff in die Meinungsfreiheit. Heute setzen Sie das mit dem Entwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes fort, indem Sie, nachdem die Gemeinden nicht einmal mehr mitreden dürfen, Herr Minister, auch noch Mitgestaltungsmöglichkeiten weiter verringern.

(Beifall bei der SPD - Lorenzen [CDU]: Das ist ja schlimmer als ein Videofilm!)

Beides, meine ich, ist sehr, sehr schädlich, zeigt allerdings, daß in dieser Landesregierung, wo sonst die Zusammenarbeit in der Tat nicht sehr überzeugend ist, zumindest Innenminister und Finanzminister, wie ich meine, gut zusammenarbeiten; denn Ihr Raubzug durch die kommunalen Finanzen, meine Damen und Herren, ist in der Tat abgesprochen, und der klappt.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Das könnte man durchaus noch verschmerzen, aber ich füge auch noch den Satz hinzu, daß sich der Chef dieser kommunalen Abbruchfirma, Herr Barschel,

(Beifall bei der SPD)

zu diesem Thema in der letzten Zeit nie geräuspert hat, sondern gestern nach langer Zeit zum ersten Mal im Landtag dazu Stellung genommen hat.

Ich meine, am Ende dieses politischen Schleiertanzes - der wird hier seit gestern aufgeführt - kommt folgendes ganz eindeutig heraus:

(Lorenzen [CDU]: Das ist besser als ein Eiertanz!)

Das Land versucht, Herr Kollege Lorenzen, seine eigenen Finanzprobleme durch Eingriffe in die kommunalen Finanzen zu lösen. Ich meine: Das ist nicht nur kommunalfeindlich, sondern ausgesprochen bürgerfeindlich.

(Beifall bei der SPD)

Erstes Attentat: Der **Finanzausgleichsmasse,** die den Gemeinden zur Verfügung steht, werden rund 96 Millionen DM entnommen. Da helfen auch alle Rechtfertigungsversuche nichts, Herr Hagemann. Das ist der Betrag, der letzten Endes fehlt.

Zweites Attentat: Den Kreisen und den kreisfreien Städten wird der **Anteil an der Grunderwerbsteuer** genommen. Das sind weitaus mehr als jene 50 Millionen DM, die angegeben worden sind. Es werden sicherlich etwa 70 Millionen DM sein. Dafür, meine Damen und Herren, gibt es keine Berechtigung für das Land, denn in der Begründung zu § 29 des Haushaltsgesetzentwurfs von 1983 heißt es:

„Der Bundesrat hat bei der Einbringung des Gesetzentwurfs erklärt, daß die Beteiligung der kommunalen Gebietskörperschaften am Grunderwerbsteueraufkommen weiterhin garantiert sei."

(Latendorf [CDU]: Genau das hat der Kollege Liebrecht schon vorgetragen!)

- Ich wollte das noch einmal vortragen,

(Latendorf [CDU]: Dann kommt der nächste noch einmal!)

damit mache ich möglicherweise auch Sie auf diesen Punkt aufmerksam,

(Beifall bei der SPD)

denn dies, was ich eben - mit nachträglicher Genehmigung des Herrn Präsidenten, wie ich hoffe - zitiert habe, ist, wie wir meinen, eine Garantieerklärung für die kommunale Beteiligung an der Grunderwerbsteuer, und ich meine, es ist unerträglich, daß das Land diesen Anteil an der Grunderwerbsteuer einfach so streicht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn hier Zahlen genannt worden sind, dann muß man auch wissen, was hinter diesen Zahlen steckt. Wenn in Nordfriesland 10 Millionen DM wegfallen und im Kreis Steinburg etwa 2 Millionen, dann sind das - wie ich meine - schlimme Eingriffe; auf die Auswirkungen werde ich nachher noch zu sprechen kommen. Das war der eine rechtliche Aspekt, meine Damen und Herren.

Aber ich meine, es gibt noch einen zweiten rechtlichen Aspekt, der hier ebenfalls erwähnt werden sollte. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus § 3 a der Kreisordnung. Da heißt es:

„Die Kreise haben die zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Mittel aus eigenen Einnahmen aufzubringen. Soweit die eigenen Finanzquellen nicht ausreichen, regelt das Land den Finanzausgleich unter Berücksichtigung der Steuerkraft und des notwendigen Ausgabenbedarfs der Kreise."

(Lumma)

Das ist § 3 a. - Wenn man jetzt aber den vorgelegten Gesetzentwurf sieht, dann neigt man, meine Damen und Herren, zur folgenden Korrektur dieses Paragraphen:

„Obgleich die eigenen Finanzquellen nicht ausreichen,"

- jetzt heißt es nicht weiter „regelt das Land den Finanzausgleich" -

„knebelt das Land den Finanzausgleich."

(Beifall bei der SPD)

Das ist eigentlich das, was hinter allen Zahlen steckt.

(Aniol [CDU]: Wenn man das hört, kann man das Schwitzen kriegen!)

Hinzu kommt noch ein anderer Gesichtspunkt. Sie wissen auch, daß in den letzten Jahren viele Aufgaben, Aufgaben im Sozialbereich, im Bereich des Bildungswesens, des Gesundheitswesens, von den Gemeinden auf die Kreise verlagert worden sind. Das heißt unter dem Strich: mehr Aufgaben für die Kreise, aber weniger Geld. Wenn das also Inhalt Ihrer Politik ist,

(Latendorf [CDU]: Sie haben sich versprochen: Sie meinen vom Land!)

dann sage ich sehr deutlich, daß das keine Unterstützung ist in der schwierigen Situation, in der sich die Kreise jetzt befinden.

(Beifall bei der SPD - Latendorf [CDU]: Sie haben sich versprochen: Sie meinen das Land! Sonst gibt das doch keinen Sinn!)

Dieser Eingriff, meine Damen und Herren, der **Wegfall des Grunderwerbsteueranteils,**

(Latendorf [CDU]: Der hört überhaupt nicht zu!)

Kollege Latendorf, führt dazu, daß auch Auswirkungen feststellbar sein werden, die den Bürger spürbar treffen. Man wird gezwungen sein, Kürzungen, Abstriche, möglicherweise auch Schließungen vorzunehmen im Bereich der Kindergärten, der Jugendheime, der Altentagesstätten und auch der kulturellen Einrichtungen. Das ist eigentlich eine verheerende Wirkung. Deshalb auch unsere Begründung: Was hier vorliegt, ist nicht nur kommunalfeindlich, sondern auch bürgerfeindlich.

(Beifall bei der SPD)

Da Sie offensichtlich nicht die Nase vor Ort haben, wo wirklich der Schuh drückt,

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU - Latendorf [CDU]: Herr Lumma, Sie können den Kindergarten nur einmal schließen, nicht viermal!)

will ich zwei Beispiele nennen, weil das deutlich macht, wie schwierig Kommunalpolitik geworden ist. Wir haben bei Bereisungen folgendes festgestellt. Ich nenne hier zwei Kreise.

Ein Beispiel ist der Kreis **Schleswig-Flensburg.**

(Lorenzen [CDU]: Na, na!)

Hier ist es so, daß die Investitionskraft der Kommunen erneut hart getroffen wird, und was möglicherweise als Ankurbelung der Wirtschaft verstanden worden war, das wird dadurch nicht ermöglicht. Schließlich, Schleswig-Flensburg verliert durch die Streichung des Grunderwerbsteueranteils rund 3,7 Millionen DM. Das ist der Betrag, der 1983 in die Kasse des Kreises floß. Zur Erinnerung: 1982 waren es rund 2,7 Millionen DM. Dieser Verlust - jetzt komme ich auf die Ausführungen von Herrn Hagemann noch einmal zurück - wird teilweise dadurch ausgeglichen, daß aufgrund der Veränderung der Umlagegrundlagen die **Kreisumlage** in diesem Kreis um 1,7 Millionen DM höher sein wird als 1983.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Zuwachs, Kollege Hagemann - und das haben Sie verschwiegen -,

(Zuruf von der CDU: Das ist Unsinn!)

geht doch allein zu Lasten der kreisangehörigen Gemeinden, die diese Kreisumlage aufbringen müssen. Das wissen die Gemeindevertreter vor Ort, und ich hoffe, daß sich das auch bis Hollenbek herumsprechen wird.

Diese Zahlen entsprechen im übrigen annähernd der Summe, um die bei Fortgeltung des alten Rechts die allgemeinen Ausgleichsmittel des Kreises angestiegen wären. Nach dem Eingriff in den Finanzausgleich, Herr Minister, werden sie unverändert bleiben. Der Kreis Schleswig-Flensburg verliert somit am Ende einen Betrag von mindestens 3 Millionen DM; das ist in der Tat etwa ein Drittel der Summe, die im Verwaltungshaushalt 1983 für Investitionen übrig war.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Lumma, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Lorenzen?

Lumma [SPD]:

Herzlich gern!

Lorenzen [CDU]: Herr Kollege, haben Sie sich denn auch einmal mit der Entwicklung der Zahlen für die Schlüsselzuweisungen - wenn Sie schon vom Kreis Schleswig-Flensburg sprechen - auf Kreisebene und auch auf Gemeindeebene beschäftigt? Ich würde doch empfehlen, diese Zahlen mit in die Berechnungen einzubeziehen.

(Wiesen [SPD]: Wie lautet die Frage?)

- Ich kann durchaus Ihre Neugierde verstehen. Wir werden ja noch einen weiteren Redner zur Sache sprechen lassen. Herr Gunnesson wird auf den Punkt

(Lumma)

eingehen, damit Sie dann Ihre Neugierde auch befriedigt haben werden.

(Stäcker [CDU]: Oh, oh! - Weitere Zurufe von der CDU)

Das waren als Beispiele die Auswirkungen auf den Kreis Schleswig-Flensburg.

Ich will jetzt noch einen Satz zu den Auswirkungen für den Kreis **Herzogtum Lauenburg** sagen. Dort ist es ein Verlust von rund 4 Millionen DM, die jetzt in den Kreiskassen fehlen werden. Das heißt unter dem Strich: erschreckende Rücknahme der freiwilligen Leistungen des Kreises dort und - jetzt hören Sie bitte genau zu! - vor allen Dingen dort, wo es keine Lobby gibt. Es ist ja eigenartig, daß in der Kreispolitik manche Dinge in derselben Höhe weiter im Kreishaushalt bleiben, manche aber einfach zurückgefahren werden. Das sind die Bereiche, die keine Lobby haben. Ich nenne sie hier: Das ist der Bereich der Jugend, das ist der Bereich des Sozialen, das ist der Bereich der Kultur. Dann setzt sich dort auch die Entwicklung fort, daß die Kreise Kosten abwälzen auf die Eltern, und auch dort ist natürlich ein Rückgang bei den Investitionen zu verzeichnen. Ich kann das sagen, weil ich Mitglied des Kreistages bin und den Haushaltsplanentwurf kenne.

Letzter Kritikpunkt in meinen Ausführungen! Sie nehmen, Herr Minister, den zentralen Orten im Verdichtungsraum sowie den Stadtrandkernen 50 % der **Schlüsselzuweisungen für übergemeindliche Aufgaben** nach § 18 FAG weg. Das ist schon schlimm genug. Nur, es kommt ja dann noch der Wegfall des Anteils an der Grunderwerbsteuer hinzu. Das sind zwei verheerende Wirkungen, die aus finanzstarken Gemeinden jetzt wirklich steuerschwache Gemeinden machen.

Diese politische Zielsetzung muß dringend überprüft werden. Sie stimmt vor allen Dingen nicht mit dem überein, was auf der Tagung der **Kommunalpolitischen Vereinigung** in München gesagt worden ist. Da hat sogar der Oberbürgermeister Kiesl gesagt: Die Kommunalpolitik ist die Königin der Politik. - Das ist dann das, was bei Sonntagsreden herauskommt.

Bei wohlwollender Beurteilung Ihrer Kommunalpolitik, Ihres Einsatzes für die Kommunen in diesem Lande, Herr Minister, kann man sagen: Die Kommunalpolitik ist das Stiefkind der Politik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der SPD - Harms (Bilsen) [CDU]: Das ist doch Käse, was Sie da erzählen!)

Bei Annahme dieses Gesetzentwurfs zur Änderung des FAG wird die Kommunalpolitik zum Waisenkind in diesem Lande werden, und das wollen wir verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Meyer hat das Wort.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Der Entwurf scheint mir eine Fortsetzung der seit Jahren verfolgten Politik zu sein, die Landesfinanzen auf Kosten der Finanzausgleichsmittel zu konsolidieren. Das ist zwar eine Wiederholung, aber es stimmt. Wiederholungen sind ja manchmal ganz gut.

Ich halte aber diese Politik nicht für gut, weil sie durch Kürzung der finanziellen Mittel die Selbstverwaltung der Kreise und der Gemeinden weiter einengt. Nachdem vor Jahren die Bundesergänzungszuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz herausgenommen wurden, will man nun ab 1984 auch die **Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich** herausnehmen. Gleichzeitig soll der Anteil der Gemeinden an der **Grunderwerbsteuer** wegfallen. Von den direkten Folgen einer solchen Mittelkürzung einmal abgesehen, erscheint es mir problematisch, daß man den Gemeinden gerade jene Einnahmen entzieht, bei denen eine Dynamisierung möglich beziehungsweise zu erwarten ist. Die Festschreibung von Zuweisungen auf numerische Beträge, ohne entwicklungsbedingte Dynamik, muß auf die Dauer zu einer weiteren völligen Versteinerung der gemeindlichen Einnahmen führen. Der SSW ist nicht bereit, politische Beschlüsse in dieser Richtung mitzutragen.

Parallel dazu belastet man die Gemeinden mit Ausgaben, die eine dynamische Entwicklung erwarten lassen - ich denke an Schülerbeförderung, die Datenzentrale und ähnliches. Das bedeutet, daß diesbezüglich entstehende Mehrausgaben in Zukunft von den Gemeinden selber gedeckt werden müssen.

Der Versuch, erhöhte gemeindliche Ausgaben beziehungsweise sinkende Einnahmen durch **besondere Zuweisungen** auszugleichen, schafft keinen echten Ausgleich, weil diese Zuweisungen zeitbegrenzt und degressiv gegeben werden. Erstmalig machte sich diese Entwicklung beim Wegfall kommunaler Steuereinnahmen - Vergnügungssteuer, Schankerlaubnissteuer und ähnliches - geltend. Der über drei Jahre gezahlte degressive Ausgleich, der nun wegfällt, hat die negativen Wirkungen für die Gemeindefinanzen nur um einige Jahre hinausgeschoben. Das gleiche gilt hinsichtlich der Zahlungen für die Übernahme der staatlichen Gymnasien. Die vorgesehene Zahlung besonderer Finanzhilfen an die kreisfreien Städte soll nun einer ähnlichen Automatik unterworfen werden.

Die hier angestrebte Lösung scheint mir nicht geeignet, die grundlegenden finanziellen Schwierigkeiten der kommunalen Selbstverwaltungsträger zu beseitigen. Sie ist höchstens angetan, die Wirkung der Eingriffe in zeitlicher Hinsicht etwas zu verschieben. In jedem Falle verändert die im Entwurf vorgesehene Maßnahme die vom Lande gesetzten Grunddaten, auf denen die **mittelfristigen Finanzplanungen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte** aufgestellt worden sind. Eine solche Veränderung muß sich negativ auf die Gestaltung der Vermögenshaushalte auswirken und in den kommenden Jahren zu einer Verringerung des **Investitionsvolumens** der kommunalen Seite führen.

(Meyer)

Negative Auswirkungen auf die **Beschäftigungslage** sind deshalb zu erwarten, da die Gemeinden Träger der größten Investitionsvorhaben im Lande sind. Die im Haushaltsbegleitgesetz vorgesehene Vorschrift, daß die Gemeinden 10 % der Schlüsselzuweisungen für investive Zwecke einsetzen müssen, ändert an dieser Problematik nichts, weil generell bereits ein größeres Volumen in den kommunalen Haushalten für diesen Zweck vorgesehen ist.

Man sollte in der Gesamtschau auch nicht vergessen, daß etwa zwei Drittel aller Investitionen auf der kommunalen Ebene erbracht werden.

Ein Hinweis auf die vergleichsweise niedrigere **Verschuldung** der kommunalen Seite erscheint mir verfehlt, weil die Verschuldungsgrenze hier letztlich nicht der gemeindlichen Beschlußfassung unterliegt. Hinzu kommt, daß die mögliche Kreditaufnahme bei der Aufstellung der Vermögenshaushalte der kommunalen Seite in ihrer Höhe mittelfristig eingeplant ist.

Die Absicht des Entwurfs, steuerschwächere Gemeinden zu Lasten der steuerstärkeren Gemeinden zu schonen, ist im Prinzip zu begrüßen. Ob sie jedoch durch eine Neufestsetzung der **Steuernivellierungssätze** erreicht werden kann, erscheint sehr zweifelhaft. Eine solche Neufestsetzung würde nämlich in erster Linie die kreisfreien Städte treffen, deren Steuerkraft sich bei einer Neuberechnung optisch erhöhen würde. Der im Rahmen des Vorwegabzugs geplante Fonds zur Überwindung besonderer Haushaltsschwierigkeiten der kreisfreien Städte wird – weil zeitbegrenzt und degressiv – keinen dauernden Ausgleich für die Betroffenen bringen.

Es wäre meines Erachtens zu überlegen, ob man im Finanzausgleich nicht hinsichtlich der Berechnungsgrundlage die kreisfreien Städte und die anderen kommunalen Körperschaften getrennt behandeln sollte. Auf diese Weise würde Gleiches mit Gleichem verglichen werden.

Ein grundlegender Fehler des Entwurfs ist nämlich die Tatsache, daß auf die steigenden Ausgaben in den Verdichtungsräumen bei der Mittelverteilung nicht genügend Rücksicht genommen wird. Als Lösung dieses Problems käme die Wiedereinführung des „veredelten Einwohners" oder eine Dotation nach den Kriterien der Raumordnungsplanung in Frage. Noch besser wäre natürlich eine durchgreifende Neuordnung der **Mittelverteilung nach Aufgabenkriterien**. Dies ist aber wohl nur zu verwirklichen, wenn der gemeindlichen Seite ein erhöhter Teil am Steueraufkommen zufallen würde.

Der vorliegende Entwurf schmälert die Selbstverwaltungsmöglichkeiten namentlich größerer kommunaler Einheiten in erheblichem Maße. Er scheint mir deshalb in wesentlichen Punkten änderungsbedürftig zu sein. – Und das ist ganz vorsichtig gesagt.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Spaeth das Wort.

Spaeth [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn es nach dem Kollegen Lumma ginge, dann würde man uns so als „politische Saboteure" bezeichnen – der Ausdruck ist ja gefallen –, als „Räuber" – denn von Raubzug war die Rede – und als „Attentäter"; auch davon war die Rede.

(Aniol [CDU]: Das war seine Sprache!)

Dieser Art der aggressiven Sprache, verehrter Herr Kollege Lumma, sollten wir, glaube ich, etwas anderes entgegensetzen.

(Wiesen [SPD]: Dem wollen Sie Ihre Sanftmut entgegensetzen, Herr Kollege Spaeth?)

– Ich bin nicht empfindlich, Herr Kollege, ich bin auch hart im Nehmen, weil ich auch gern einmal austeile. Das ist hier nicht die Frage. Aber es gibt ja Grenzen. Ich meine, die hat Herr Lumma hier unterschritten oder überschritten, je nachdem, wie man es sieht.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube schon, daß wir sagen sollten: Diese Art der Sprache sollten wir der PLO überlassen und sie nicht hier einführen.

Im übrigen, Herr Lumma, die Ausführungen von Herrn Liebrecht waren nicht weniger kritisch als die Ihren, Sie waren vielleicht sogar wirkungsvoller als Ihre, weil er eben auf diese Art von Verbalinjurien verzichtet hat. Ich glaube, das sollten wir hier dankbar vermerken.

Jetzt zum eigentlichen Thema. Es ist gestern und heute wiederholt davon die Rede gewesen, daß von der Wende noch nichts oder nicht viel zu sehen sei. Wenn wir uns – das ist noch gar nicht so lange her – an das Haushaltsjahr 1982 erinnern und an das, was man auch im Jahr davor in Bonn als „Sommertheater" bezeichnet hat, das Hin und Herr und das Hickhack um die jeweiligen Haushalte, die zu verabschieden waren, dann hörten wir zunächst von der damaligen Bundesregierung: Wir machen einen Haushaltsentwurf mit einer deutlich unter 30 Milliarden DM liegenden Neuverschuldung. Das war so die erste Nachricht, die herausgegeben wurde. Danach war dann schon die Rede davon, daß diese Neuverschuldung unter 40 Milliarden DM bleiben sollte.

Dann trat die alte Regierung zurück und die neue übernahm das Zepter. Beim ersten Kassensturz wurde sehr schnell deutlich, daß es – selbst wenn man überhaupt nichts änderte – mindestens 50 Milliarden DM Neuverschuldung sein müßten. Das alles geschah in wenigen Monaten.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg mußte ja als eine seiner ersten Amtshandlungen noch einen Nachtragshaushalt für 1982 vorlegen, in dem er 5 Milliarden DM nachfordern mußte, weil sonst vorliegende Rechnungen gar nicht hätten bezahlt werden können.

(Beifall bei der CDU)

(Spaeth)

Diese Art der bankrotteurhaften – so möchte man fast sagen – Finanzpolitik hat schlagartig aufgehört. Wir haben jetzt wieder verläßliche Daten. Es ist kein Nachtrag gemacht worden. Im Gegenteil, die Voraussagen am Jahresbeginn waren eher noch pessimistischer, als die Ergebnisse es jetzt am Jahresende erwarten lassen.

(Beifall bei der CDU)

Es sind wieder geordnete Verhältnisse eingetreten, wenn auch nicht befriedigende.

(Dr. Klingner [SPD]: Bei der nächsten Rezession sprechen wir uns wieder, was dann in Bonn los sein wird!)

– Die Rezession war auch noch im vorigen Jahr, jetzt haben wir erst die Anfänge eines neuen Aufschwungs. Wissen Sie, das ist eben diese Art der doppelten Sprache.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich gern mit der Frage der **Investitionen** des Landes, der Kommunen und der Verbindungen dazu auseinandersetzen. In den siebziger Jahren, von 1971 bis 1980, haben das Land und die Kommunen insgesamt etwa 13,5 Milliarden DM investiert. Rund 20 % davon – es ist eher weniger; aber ich gehe vorsichtshalber nach oben – waren Bundesmittel. Etwa zwei Drittel davon sind über die Haushalte der Kommunen gelaufen – das sind in etwa so die Werte –, der Rest über den Landeshaushalt. Über den Landeshaushalt war es mehr, weil es ja Verbindungen gibt. Über 80 % dieses Betrages waren Bauinvestitionen im Hoch- und Tiefbau.

Zwischen 20 % und 90 % der **kommunalen Investitionen** werden von Dritten bezuschußt oder mitgetragen. Ein Beispiel für die 90 % ist das berühmte Kurmittelhaus in Westerland, das 22 Millionen DM gekostet hat. Diese Investitionen von 22 Millionen DM sind à conto der Stadt Westerland über deren Haushalt gelaufen, aber die Stadt Westerland selbst hat nur 10 % tragen müssen. Das ist ein Beispiel, das zwar nicht zu generalisieren ist, aber man kann sicherlich sagen, daß ungefähr 50 % bis 60 % der kommunalen Investitionen nur dann möglich sind, wenn es leistungsfähige Mitträger, Mitfinanzierer gibt. Das ist in der Regel das Land, das ist der Bund, und das sind auch Private.

Im gleichen Zeitraum – auch das gehört mit zu dieser Betrachtung – stieg die **Verschuldung des Landes** – ich nenne jetzt runde Zahlen – um etwa 6 Milliarden DM. Die **Verschuldung der Kommunen** dagegen stieg insgesamt um 1,6 Milliarden DM. In diesen 1,6 Milliarden DM sind etwa 400 Millionen DM der kreisfreien Sädte sowie auch die Verschuldung der Eigenbetriebe enthalten. Das muß man ja mit einbeziehen, weil der Schuldendienst hier auch von Dritten mit oder ganz getragen wird.

Der Schuldenstand betrug beim Land im Jahre 1971 rund 3 Milliarden DM, im Jahre 1980 waren es rund 9 Milliarden DM. Bei den Kommunen betrug er im Jahre 1971 rund 2 Milliarden DM, im Jahre 1980 waren es 3,6 Milliarden DM.

In der kommunalen Verschuldung sind auch – ich sagte es eben schon – die Darlehen beim I-Fonds mitenthalten.

Was kann man nun aus diesen Zahlen schließen? Zunächst muß man feststellen, daß es 13,5 Milliarden DM Gesamtinvestitionen sind. Wenn ich daraus den Bundesanteil herausziehe, verbleiben noch 10,5 bis 10,7 Milliarden DM kommunaler und Landesinvestitionen zusammengenommen. Die gesamte **Neuverschuldung** in dieser Zeit betrug 7,6 Milliarden DM. Das heißt, die Neuverschuldung beider, nämlich des Landes und der Kommunen, lag um etwa 3 Milliarden DM niedriger als die Gesamtsumme der Investitionen. Das ist erfreulich. Leider hat sich das in den letzten Jahren etwas verschoben und daher erfolgte ja letzlich auch dieser Eingriff, damit das wieder korrigiert werden kann.

Daraus sind zwei Folgerungen zu ziehen.

Erstens: Die Investitionsfähigkeit der Kommunen ist vor allem auf die Mitleistung des Landes angewiesen. Das kann man nicht bestreiten.

Zweitens: Die Mitleistungsfähigkeit des Landes ist gefährdet, da das Verschuldungstempo des Landes viermal höher ist als das der Gemeinden. Die Tendenz ist eher steigend. Den Gemeinden nützt dies gar nichts, selbst wenn wir einbeziehen, daß das Gesamtvolumen der kommunalen Haushalte ungefähr die Hälfte dessen ist, was das Gesamtvolumen des Landeshaushalts ausmacht. Aber, das ist ja auch nur eine zum Vergleich begrenzt heranziehbare Zahl.

Ein viermal höheres Verschuldungstempo auf der Landesseite schließt die Erkenntnis geradezu ein, daß – wenn wir das nicht korrigieren – die Kommunen nicht deshalb künftig kaum noch investieren können, weil sie nicht genug eigenes Geld haben, sondern weil das Land nicht mehr oder nicht mehr ausreichend in der Lage ist, mitzufinanzieren.

(Beifall bei der CDU)

Das gehört hinzu. Aus beidem ergibt sich, daß die kommunalen Investitionen auf die Dauer ohne eine Korrektur in diesem Sinne wohl nicht aufrechterhalten werden können. Wir haben ja gesehen, daß trotz bestimmter Eingriffe, die wir in den letzten Jahren vorgenommen haben, immer wieder dieselben Vokabeln benutzt wurden. Vermutungen, daß Investitionsruinen und ähnliches die Folge wären, sind nicht wahr geworden. Die Summen haben sich vielmehr kontinuierlich entwickelt und haben dieses Auf und Ab der Konjunktur nicht so sehr mitgemacht. Sie gehen in etwa kontinuierlich nach oben, jedenfalls in diesem Jahrzehnt.

Die 2,6 Millionen Schleswig-Holsteiner sind gleichermaßen darauf angewiesen – es sind ja dieselben Bürger, um die es hier geht –, daß Land, Kreise, Städte und Gemeinden investitionsfähig bleiben. Deshalb müssen wir sie gemeinsam sehen.

Dieser Eingriff ist hart. Das wird von niemandem bestritten. Das hat der Kollege Hagemann bereits sehr deutlich gemacht. Es ist sicherlich eine der bittersten Pillen, meine Damen und Herren, die die

(Spaeth)

Mitglieder der Regierungsfraktion – ich bin nun auch schon über zwölf Jahre im Hohen Hause – hier schlucken müssen. Das trifft letztlich auch die Kollegen, die zugleich ein kommunales Mandat haben. Aber wirkungsvolle Medizin hat noch nie gut geschmeckt. Wir müssen diese Medizin schlucken, alle Beteiligten müssen es tun, wenn wir insgesamt den Gesundungsprozeß erfolgreich weiterführen wollen.

Ich meine, Herr Innenminister, das sollte ich hier auch einmal sagen dürfen: Dieser Gesetzentwurf – es haben eine Reihe von Mitarbeitern Ihres Hauses daran mitgewirkt – ist ein Meisterstück. Das kann man ohne Einschränkung sagen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist gelungen – hier soll nichts beschönigt werden –, diesen Eingriff verhältnismäßig gerecht zu verteilen und ihn so zu gestalten, daß die Schwachen nicht besonders hart betroffen werden. Man ist nicht mit dem Rasenmäher vorgegangen.

Verehrte Frau Kollegin Warnicke, der Kollege Dr. Lemke wird anschließend noch zu den **kreisfreien Städten** etwas sagen. Ich möchte deshalb nur feststellen, daß für die vier kreisfreien Städte – wenn wir die uns gegebenen Möglichkeiten zugrunde legen – ein Optimum erreicht werden konnte.

Wir haben, wenn wir die Alternativen prüfen und uns an die Vergangenheit erinnern, zunächst einmal festzustellen, daß uns die SPD seit 1971 – das ist die Zeit, seit der ich Mitglied im Hohen Hause bin, und nur diese Zeit kann ich beurteilen – in alle diesen Jahren mit einer Fülle von Anträgen begleitet hat, die fast ausnahmslos zu Mehrkosten, zu Mehrverschuldung und zu mehr Personal geführt hätten.

(Minister Claussen: So ist es!)

Ich mache Ihnen das nicht zum Vorwurf. Aber wenn wir diesen Anträgen gefolgt wären, hätte das Land heute eine erheblich höhere Verschuldung, deren Mehrbetrag in Milliarden zu zählen wäre. Das muß hier einmal gesagt werden, und man muß Sie daran erinnern, wenn Sie zu all dem, was jetzt getan werden soll, immer nur nein sagen.

Sie sagen nein zu diesem Eingriff, und Sie sagen auch jedesmal nein, wenn irgendwo an anderer Stelle ein Eingriff gemacht werden soll. Jedenfalls haben Sie das bisher getan. In den Beratungen in den Ausschüssen bis hin zur zweiten Lesung werden wir ja sehen, ob es noch andere Anträge von Ihnen geben wird. Allein mit der Parole „Haltet den Dieb!" kann man das nicht machen. Die Zeche, meine Damen und Herren, muß bezahlt werden. Wer sich davor drückt, obwohl er politisch mitverantwortlich ist – zumindest für die 13 Jahre Bonn; das spielt hier ja mit hinein –, macht sich am Ende der politischen Zechprellerei schuldig.

(Beifall von Minister Claussen)

Auch das gehört mit zu dieser Betrachtung.

Und nun noch ein paar Dinge zu dem, was in den einzelnen Reden angesprochen wurde. Ich komme zunächst zum **I-Fonds**. Herr Kollege Liebrecht, ich war selbst acht Jahre lang Vorsitzender des Investitionsausschusses. Der I-Fonds hat ja mittlerweile eine ausgeliehene revolvierende Summe von rund 600 Millionen DM, die zu Konditionen, wie Sie wissen, von 4,5 % mit 20jähriger Laufzeit an die Kommunen verliehen wird. Dieses Instrument bleibt uns voll erhalten, trotz dieses Eingriffs, trotz der Kürzung dort. Die 120 Millionen DM, die in diesem und im letzten Jahr aufrechterhalten werden konnten, wären auch ohne diesen Eingriff auf Dauer nicht möglich gewesen. Ich gehe davon aus, daß es möglich bleiben wird – Herr Latendorf nimmt ja jetzt diese Aufgabe wahr –, die angepeilte Größenordnung von 80 Millionen DM, 90 Millionen DM zu halten. Es war schon immer die Rede davon, daß wir gerade in diesem Bereich eines Tages eigentlich so weit sein müßten, daß dieser Fonds aus sich selbst heraus lebt, und mit einer Finanzmasse von 600 Millionen DM ist der Tag eigentlich sehr bald erreicht, wie ich meine.

Die rote Lampe leuchtet auf, ich will meine Zeit nicht überziehen. Meine Damen und Herren, ich sehe den Beratungen in den Fachausschüssen, vor allem auch im Innen- und Rechtsausschuß, mit großer Ruhe entgegen. Wir werden Anhörungen machen. Wir wissen, daß wir Kritik für diese Maßnahme, die wir für notwendig und die wir für verantwortbar halten, bekommen werden. Das können wir auch gelassen ertragen. Wir werden aber auch sehr offen sein für konstruktive Vorschläge, die vielleicht Änderungen erbringen, ohne daß die Substanz des Eingriffs der Höhe nach nennenswert verändert werden muß. Auch das sage ich jetzt zu. Wir werden dann am Ende sehen – im Dezember soll die zweite Lesung sein –, was dabei herauskommt. Wir wissen und wir rechnen damit, daß wir mit dieser Entscheidung hier im Hause allein sind. Daran sind wir aber gewöhnt; das können wir tragen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Titzck:

Der Herr Abgeordnete Dr. Lemke hat das Wort.

Dr. Lemke [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich nach dem Beitrag der Kollegin Warnicke noch einmal kurz auf die Frage der **Finanzausstattung der kreisfreien Städte** eingehen.

(Wiesen [SPD]: Und wie Sie zu der Lübecker Resolution stehen!)

– Das werde ich in diesem Zusammenhang sehr gern behandeln, Herr Wiesen.

Was auch immer Sie an Kritik an diesem Gesetzentwurf vorgebracht haben und vorbringen mögen, Sie werden ihm eines eigentlich nicht absprechen können, daß nämlich die dort vorgesehene Neuverteilung der im Finanzausgleich bereitgestellten Mittel unter den Gemeinden, Städten und Kreisen einen durchaus gerechten, auf die jeweilige Situation unserer Gebietskörperschaften abgestimmten Ausgleich vornimmt,

(Dr. Lemke)

soweit das eben im Rahmen generalisierender gesetzlicher Regelungen nur möglich ist.

(Liebrecht [SPD]: Aber wenn wir damit noch angefangen hätten, dann hätten wir zu lange gebraucht!)

– Ich spreche hier vom System, Herr Liebrecht. Es sind eben auch Verbesserungen im System und in der Struktur hiermit verbunden. Was unbestritten ist, und was auch von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände so gesehen wird, ist, daß hier der eine Grundgedanke des Gesetzes, nämlich den steuerkraftstärkeren Gemeinden einen höheren Anteil zuzumuten als den steuerkraftschwächeren, in der Umverteilung maßgebend sein muß. Dies geschieht unter anderem durch die Änderung der **Nivellierungssätze**. Hierüber wurde gesprochen. Es ist ferner unbestritten, daß die sich hieraus ergebenden Konsequenzen, nämlich Mindereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen, im Hinblick auf die besondere Lage der kreisfreien Städte durch besondere Leistungen aufgefangen werden müssen.

Meine Damen und Herren, wenn dies unbestritten ist, so ist es, meine ich, doch noch lange nicht selbstverständlich, daß heute weitgehend einhelliges Einvernehmen darüber besteht, daß spezifische Haushaltsschwierigkeiten gerade bei unseren größeren Städten vorhanden sind. Dieses Verständnis hat – das will ich gern einräumen, und vergangene Diskussionen in diesem Hause zeigen das – auf beiden Seiten sicherlich bisher auch bestanden. Besonders bemerkenswert scheint mir aber zu sein, daß Landkreistag, Städtebund und Gemeindetag aus kommunaler Solidarität heraus diese Maßnahme, die sich ja belastend auf die drei Teilschlüsselmassen und Vorwegabzüge auswirkt, mittragen.

(Beifall bei der CDU)

Das sollte hier einmal mit Dank deutlich herausgestellt werden.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Solidarität der Kommunen untereinander mit den kreisfreien Städten unseres Landes ist um so bedeutsamer, als die in § 19 FAG vorgesehenen **Zuweisungen** von 45 Millionen DM in 1984 und 1985 sowie 40 Millionen DM in 1986 und 30 Millionen DM in 1987 die durch die Anhebung der Nivellierungssätze den kreisfreien Städten entstehenden Mindereinnahmen erheblich übersteigen und – auch unter Berücksichtigung der durch den Wegfall der gemeindlichen Beteiligung an der Grunderwerbsteuer entstehenden Verluste – zu einem, wenn auch nur geringfügigen Mehr an Einnahmen gegenüber den Vorjahren führen. Frau Warnicke, dieses Faktum, daß unter dem Strich für die kreisfreien Städte mehr herauskommt als zuvor, läßt sich einfach nicht bestreiten.

(Beifall bei der CDU)

Am Beispiel der **Hansestadt Lübeck** darf ich aus den neueren Unterlagen unseres Finanzausschusses – auch diese sind Ihnen bekannt – hier anfügen – nun lassen sich sicherlich die Zahlen austauschen, wie Sie wollen –, daß für uns immerhin ein Betrag in der Größenordnung von 2,5 Millionen bis 3 Millionen DM mehr dabei herauskommt.

Herr Wiesen, in diesem Zusammenhang möchte ich auch gern auf Ihre Frage eingehen, wie ich mich zur **Resolution** der Bürgerschaft stelle. Frau Warnicke hat den Satz vorgelesen:

„Die Fraktionen der Lübecker Bürgerschaft fordern die schleswig-holsteinische Landesregierung auf, die geplanten Eingriffe in die Finanzausstattung der kreisfreien Stäute und der Gemeinden zu unterlassen."

Eben genau dies geschieht mit dieser Novellierung. Ich habe es Ihnen eben am Beispil der Hansestadt Lübeck belegt. Insofern macht es mir keine Mühe, hier dieser Novellierung meine Zustimmung zu geben.

Meine Damen und Herren, jeder weiß – auch meine Fraktion sieht das so –, daß auch nach den künftigen Leistungen aus dem Finanzausgleich die **Haushaltssituation der kreisfreien Städte** weiterhin angespannt sein wird und daß künftige Hilfen, in welchem Rahmen auch immer, sicherlich notwendig bleiben werden. In der Argumentation zumindest ist es aber nicht schlüssig, wenn Sie, Frau Warnicke, die Berücksichtigung der kreisfreien Städte in diesem Gesetzentwurf beklagen und dabei nicht ausreichend würdigen, daß gerade die kreisfreien Städte im jetzt vorgesehenen System des kommunalen Finanzausgleichs – zu Lasten der übrigen Gebietskörperschaften – die Gewinner geworden sind. Das müssen wir hier einmal feststellen. Dies ist vom Grundsatz her eine durchaus gewichtige Feststellung, weil ich hierin nicht zuletzt auch einen substantiellen Terraingewinn für die Position der krisfreien Städte im Bereich aller politischen Willensträger auf allen Seiten sehe.

An dieser meiner Einschätzung, daß nämlich die kreisfreien Städte nach der FAG-Novelle relativ gut abschneiden, ändert auch nichts, daß die Zuweisungen nach § 19 FAG degressiv gestaltet sind. Frau Warnicke, hier muß man einfach feststellen, daß dies ein Kompromiß war auch mit den kommunalen Landesverbänden, um den kreisfreien Städten diese substantielle Positionsverbesserung zu verschaffen.

Es ist in der politischen Landschaft eben so, daß gerade auch von uns kreisfreien Städten in verstärktem Maße einige Anstrengungen zur Überwindung unserer Haushaltsschwierigkeiten erwartet werden. Es ist nicht der Innenminister allein, der hier den Finger warnend erhoben hat, sondern es sind auch die Vertreter der anderen kommunalen Landesverbände, in denen bekanntlich auch Vertreter aus Ihrer Partei mitwirken, die hier die entsprechenden Vorhaltungen machen zu müssen meinen. Es gibt durchaus Bereiche, auch im Bereich des Haushalts der Hansestadt Lübeck, in denen sicherlich strukturelle Verbesserungen möglich sind. Unabhängig hiervon aber verkenne ich natürlich genausowenig wie Sie, Frau Warnicke, die Schwierigkeiten, die die kreisfreien Städte haben werden, sich hier auf Dauer aus ihren Schwierigkeiten zu befreien.

(Dr. Lemke)

Mit dieser Befürchtung will ich aber auch die Hoffnung verbinden, daß es uns die allgemeine Entwicklung möglich macht – die Daten, die hier heute in der Debatte genannt wurden, sind ein Anzeichen dafür –, einen Silberstreifen am Horizont zu sehen. Sollte sich herausstellen, daß die Erwartungen in den überschaubaren Zeiträumen nicht eintreffen, dann fordere ich Sie, Frau Kollegin Warnicke, auf, sich in Ihrer Fraktion weiterhin um Verständnis für die kreisfreien Städte zu bemühen – so wie ich es auch in meiner Fraktion tun werde.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Gunnesson hat das Wort.

Gunnesson [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will mich bemühen, nicht in eine aggressive Wortwahl zu verfallen und die Debatte etwa mit der Bezeichnung fortsetzen, es handele sich hier um „Wegelagerer", die den Kommunen die Finanzen wegnehmen; vielmehr will ich einmal versuchen, an fünf Punkten festzumachen, worum es uns geht, Herr Innenminister.

Zunächst einmal geht es um den Punkt der **Finanzausgleichsmasse** generell. Meine Damen und Herren, allen Ländern gemeinsam – ich beziehe mich hier auf eine Vorlage, die der Finanzminister gestern selbst in die Debatte eingeführt hat –

(Liebrecht [SPD]: Er ist ja auch der eigentlich Schuldige, der Finanzminister!)

ist eine Erhebung des Bundesministers für Finanzen zu der Frage des Finanzausgleichs in den verschiedenen Ländern. Allen Ländern gemeinsam ist, daß die Gemeinschaftssteuern – Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer – in die Verbundgrundlage hineingenommen werden.

Aber dann fängt es ja schon an. Was die **Gewerbesteuerumlage** angeht, die wir in zahlreichen Ländern haben, so ist diese zum Beispiel in Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Saarland im Länderfinanzausgleich enthalten, während sie in den Ländern Hessen und Baden-Württemberg bewußt herausgerechnet wird, womit also deutlich wird, daß die Gemeinden in Baden-Württemberg, aber auch in Hessen unmittelbar an der Finanzierung des Defizits des Landes Schleswig-Holstein mitwirken. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hat eine Zahl von 240 Millionen DM genannt, mit der die Gemeinden Baden-Württembergs das mitfinanzieren, was hier in Scheswig-Holstein das Land für sich behält. Ich habe die Zahl weitergerechnet und komme sogar auf einen Betrag von 317 Millionen DM, der aus den Kassen der Gemeinden Baden-Württembergs allein in die Kasse des Landes Schleswig-Holstein fließt.

(Beifall bei der SPD)

Im Lande Hessen sind es 73 Millionen DM. Ich kann verstehen, daß die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände hier laut die Frage aufwirft – ich meine, das sollte man in die Diskussion einführen –, inwieweit man die **Verbundgrundlage** festschreiben sollte. Ich sage, daß dies ein Diskussionspunkt ist, den man hier einbringen sollte.

Eines geht ja sicherlich nicht, Herr Innenminister, daß wir nämlich nacheinander zunächst Bundesergänzungszuweisungen, dann die Gewerbesteuerumlage und jetzt auch noch den **Länderfinanzausgleich** herausnehmen. Ich habe das einmal nachgesehen, meine Damen und Herren. Man braucht ja nur einmal Art. 107 Abs. 2 des Grundgesetzes heranzuziehen. Dort heißt es, daß beim Finanzausgleich „die Finanzkraft und der Finanzbedarf der Gemeinden zu berücksichtigen" sind. Dies ist in Art. 107 ausdrücklich genannt. Dies gilt im übrigen auch für die Bundesergänzungszuweisungen, die genauso in Art. 107 genannt sind.

Um einen falschen Eindruck aus dem Weg zu räumen, Herr Hagemann: Sie liegen natürlich völlig falsch, wenn Sie hier sagen, dies sei ein einmaliger Eingriff in die kommunalen Finanzen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen das einmal auflisten. Wenn Sie den Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen für die nächsten Jahre nach Ihrer eigenen Finanzplanung – ich nehme sie hier als Grundlage – zusammenzählen, dann kommen Sie auf Wegnahmen bei den Kommunen und Kreisen in der Größenordnung von jährlich 140, 152, 163, 168 und 177 Millionen DM; die letzte Zahl bezieht sich dann auf 1987. Dies geht aus Ihrer eigenen Vorlage hervor, und ich kann Ihnen das nur entgegenhalten.

Wenn hier vom Finanzminister etwa die hohe Leistung genannt worden ist, die das Land Schleswig-Holstein bisher für seine Kommunen aufgebracht hat, und wenn aus dem Papier des Bundesfinanzministeriums herausgelesen wird, daß wir in diesem Jahr noch Zuwachsraten gehabt haben, so möchte ich Ihnen nur einmal entgegenhalten, was auch in diesem Papier über die Zuweisungen je Einwohner steht. Danach liegt Schleswig-Holstein mit 635 DM unterhalb des Durchschnitts von 664 DM. Auch dies ist in diesem Papier beziehungsweise in dieser Erhebung nachzulesen. Wenn wir nur den Steuerverbund nehmen, Herr Finanzminister – um den geht es uns ja hier –, dann liegt Schleswig-Holstein mit 408 DM je Einwohner an vorletzter Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Soviel gibt das Land für seine Kommunen aus, meine Damen uns Herren!

Wir halten es durchaus für gerechtfertigt, darüber nachzudenken – die Betonung liegt auf „nachdenken" –, ob die Schicksalsgemeinschaft dergestalt unverbrüchlich sein soll, wie von dieser Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände gefordert, daß außer der Verbundmasse auch der **Verbundsatz** in der **Landesverfassung** festgeschrieben wird. Aber ich sage „nachdenken", denn hier muß man in der Tat – das gehört dann dazu – Belastungsveränderun-

(Gunnesson)

gen zwischen Ländern und Kommunen berücksichtigen. Dann wird man sehr schnell zu dem Ergebnis kommen, daß dies, wie Sie auch schon gesagt haben, sicherlich so ohne weiteres nicht möglich sein wird.

Aber eine weitere Bemerkung: Es ist schon ein Zumutung, wenn in diesem Zusammenhang immer wieder die **Verschuldung** angeführt wird, wie es der Ministerpräsident oder wie es Herr Spaeth hier getan hat. Wenn von der Lastenverteilung gesprochen wird, wird von Ihnen ja immer gesagt, die Verschuldung beim Land sei entsprechend höher als bei den Kommunen; aus diesem Grunde müsse umverteilt werden. Ich will Ihnen das nur einmal deutlich machen, indem ich Sie frage, ob Sie einem Sozialhilfeempfänger die Sozialhilfe mit der Begründung kürzen wollten, er sei ja kaum verschuldet und sein Geld werde benötigt, um den Ministerialdirigenten die Zins- und Tilgungsleistungen für ihre Villen zu erleichtern.

(Beifall bei der SPD)

Dies wäre die gleiche Begründung, wie Sie sie hier gewählt haben. Es ist also keine Begründung, und die Verschuldung ist überhaupt kein Argument, meine Damen und Herren.

Es ist schon erstaunlich: Wenn man die Argumente der Landesregierung betrachtet, so mußte noch im vergangenen Jahr die Finanz- und Wirtschaftspolitik der früheren Bundesregierung für alles herhalten. Dies ist auch heute wieder der Fall. Von Ihnen wurde gesagt, daß die kommunalen Finanzen sich nicht erholen könnten, solange sich nicht die allgemeine Wirtschaft erhole. Meine Damen und Herren, Sie scheinen in die zukünftige Entwicklung überhaupt gar keine Hoffnung zu haben. Dies ergibt sich daraus, daß Sie auf Dauer – zumindest für die nächsten vier bis fünf Jahre – Teile der kommunalen Finanzen nehmen, um damit Ihren Landeshaushalt zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie tun das, ohne überhaupt eine die wirklichen Verhältnisse wiedergebende Analyse der kommunalen Finanzen durchgeführt zu haben, die Dringlichkeit **aufgabenbezogener Finanzausstattung** näher ins Blickfeld gerückt und übergreifende Finanzausgleiche überhaupt geprüft zu haben. Das ist schon ein Meisterwerk, was hier gemacht worden ist, meine Damen und Herren. Finanztechnokratisch ist das ein Meisterwerk, das allerdings auf ziemlich wackeligen Beinen steht. Hier gibt es überhaupt keine vernünftige Analyse, die dies begründen kann. Wir warten seit langem darauf. Die Zahlen, Herr Spaeth, die uns bei der Behandlung der Großen Anfrage vor etwa einem Jahr vorgelegt worden sind, reichen bei weitem nicht aus, die Finanzverhältnisse in den Gemeinden überhaupt zu begründen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte noch eine letzte Frage stellen, meine Damen und Herren: Wie halten Sie es überhaupt mit der kommunalen Selbstverwaltung, Herr Innenminister? Wenn Sie ihr einen so hohen Rang einräumen, wie Sie immer gesagt haben, dann dürften Sie eigentlich die **Vorwegabzüge** auch nicht diese Größenordnung aufnehmen lassen. Diese Vorwegabzüge sind mittlerweile bei einer Größenordnung von mehr als 20 % angelangt. Wir haben immer erklärt, daß die allgemeinen Zuweisungen einen möglichst hohen Prozentsatz ausmachen müssen; heute haben sie nur noch die Größenordnung von 768 Millionen DM gegenüber 218 Millionen DM an Vorwegabzügen.

Ein Argument ist aber bisher noch gar nicht erwähnt worden, meine Damen und Herren. Da gibt es ein Haushaltsbegleitgesetz, und da gibt es den Art. 3. Dieser Art. 3 des Haushaltsbegleitgesetzes sieht nämlich vor, daß von den freien Mitteln 10 % für **Investitionen** verwendet werden sollen. Das ist eine erneute Reglementierung der freien Finanzmasse.

Meine Damen und Herren, wie halten die ständige Gängelung und damit auch die Einengung der kommunalen Selbstverwaltung für falsch.

(Beifall bei der SPD – Liebrecht [SPD]: Das ist doch der Trick!)

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Wir haben wirklich weitergerechnet. Wir haben uns nicht mit dem begnügt, was uns durch das Innenministerium übergeben worden ist. Wir haben einmal die Finanzzuweisungen, die tatsächlich gewährt werden müßten, wenn es keine gesetzliche Änderung gäbe, mit den Zahlen verglichen, die Sie uns gegeben haben. Ich möchte das an einigen Beispielen deutlich machen.

Danach bekommt Heide nicht, wie Sie angegeben haben, 177 000 DM weniger, sondern 439 000 DM weniger – nur, damit das einmal deutlich wird.

(Beifall bei der SPD – Liebrecht [SPD]: So ist es!)

Danach bekommt Meldorf nicht 102 000 DM weniger, sondern 212 000 DM weniger; danach bekommt zum Beispiel Geesthacht nicht 910 000 DM weniger, sondern 1 049 000 DM weniger, danach bekommt die Gemeinde Schwarzenbek – nur um ein Beispiel zu nennen – nicht 20 000 DM mehr, wie Sie errechnet haben, sondern 121 000 DM weniger.

Ich könnte diese Liste jetzt fortsetzen, meine Damen und Herren. Ich möchte nur abschließend feststellen: Sie können von uns nicht erwarten, daß wir Ihrem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Titzck:

Herr Abgeordneter Jensen hat das Wort.

(Jensen [SPD]: Nein, das hat sich erledigt!)

– Dann erteile ich jetzt dem Herrn Innenminister das Wort.

Claussen, Innenminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um mit Ihrer letzten Bemerkung anzufangen: Ich habe auch gar nicht erwartet, Herr Gunnes-

(Minister Claussen)

son , daß die SPD unserem Gesetzentwurf zustimmen würde, könnte oder sollte; ich habe es in den vielen Jahren meiner Tätigkeit hier noch nicht erlebt, daß selbst vernünftige Gesetzentwürfe der Landesregierung akzeptiert worden wären.

(Beifall bei der CDU – Liebrecht [SPD]: Die waren ja auch alle entsprechend!)

– Doch, wir haben sehr viele vernünftige Gesetze gemacht, Herr Liebrecht, die vor Ort auch begrüßt worden sind.

(Meyer [SSW]: Und wie ist es mit den Gesetzen, die einstimmig angenommen wurden? Waren die alle unvernünftig?)

– Da gibt es auch welche, Herr Meyer; das stimmt! Ich habe aber auch nicht vom SSW, sondern von der SPD geredet.

(Meyer [SSW]: Und ich meinte die einstimmig beschlossenen! Da haben die Kollegen von der SPD ja auch mitgemacht!)

Meine Damen und Herren, ich habe gestern zu Beginn meiner Einbringungsrede gesagt, daß diese **Eingriffe in die kommunalen Finanzen** schmerzhaft sind und daß es nicht nur für mich, sondern auch für viele Kollegen in der Fraktion nicht ganz einfach war, diesen Eingriffen zuzustimmen. Nur sind wir – und das muß ich einmal deutlich sagen – Landespolitiker und müssen erkennen, wie die finanziellen Verhältnisse in den Kommunen und im Lande sind. Ich wiederhole, was ich gestern sagte: Zur Zeit sind die Finanzen in den Kommunen relativ besser als im Lande. Deshalb ist dieser Eingriff gerechtfertigt, und wir, meine Kollegen aus der CDU-Fraktion und aus der Landesregierung, sind der Meinung, daß wir diesen Eingriff vornehmen können, vornehmen dürfen, ja sogar vornehmen müssen.

Ich will auch gar nicht verhehlen, meine Freunde von der SPD – wenn ich das in Anführungsstriche gesetzt einmal so sagen darf –: Ich habe mit vielen Kommunalpolitikern geredet, die den Sozialdemokraten angehören

(Liebrecht [SPD]: Seien Sie vorsichtig! Sie können hier wieder keine Namen nennen!)

– ich werde Ihnen nachher gern die Namen nennen, Herr Kollege Liebrecht, möchte es aber hier nicht öffentlich tun – und die gesagt haben: Wenn wir an der Regierung wären, hätten wir noch viel stärker zugegriffen. Das muß man doch einfach einmal sehen: Die Verhältnisse, die im Augenblick bei den Finanzen des Landes herrschen, machen es erforderlich, daß auch die Gemeinden und die Kreise einen Solidarbeitrag leisten.

(Neugebauer [SPD]: Seien Sie sehr vorsichtig mit solchen Äußerungen! – Liebrecht [SPD]: Sie können wieder keinen Namen nennen! – Neugebauer [SPD]: Sie bauen hier einen Buhmann auf; das ist ja ungeheuerlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich warte gern noch ein bißchen, bis Sie sich „ausgerufen" haben. Schreien Sie ruhig noch ein bißchen; ich habe Zeit. Ich habe noch 25 Minuten Zeit.

(Liebrecht [SPD]: Sie können die Wahrheit nicht ertragen! – Selzer [SPD]: Kein deutsches Parlament läßt sich das gefallen, was Sie hier vorführen!)

– Schreien Sie ruhig noch ein bißchen!

(Liebrecht [SPD]: Ich kenne einen, der kennt einen und der, den der kennt, der ist auch der Meinung! Sagen Sie doch hier Ihre Meinung, aber zitieren Sie nicht immer den Großen Unbekannten!)

– Ich kenne mehrere, die dieser Meinung sind, Herr Liebrecht! –

(Weitere Zurufe von der SPD)

– Lieber Herr Liebrecht, genau wie Sie gesagt haben, Sie hätten Ihre Rede aus Reden von CDU-Leuten zusammensetzen können,

(Liebrecht [SPD]: Das waren KPV-Stellungnahmen!)

genauso könnte ich weite Teile meiner Rede aus Reden von SPD-Leuten zusammensetzen.

(Beifall bei der CDU – Liebrecht [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Wir brauchen uns doch gegenseitig nichts vorzumachen. Und weil das so ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich auch, daß wir in den Ausschüssen über alle Probleme noch einmal in Ruhe reden sollten. Sie haben hier nämlich so vieles so falsch dargestellt, daß man es eigentlich in 20 Minuten gar nicht reparieren kann.

Vor allen Dingen muß ich doch noch einmal auf folgendes hinweisen. Wenn Sie sagen, die Landesregierung greife beliebig – sozusagen alle fünf Minuten – in den kommunalen Finanzausgleich ein, dann können Sie das zwar behaupten; nur spricht ja die Zahlenreihe über die Entwicklung der Gesamtzuweisungen des Landes an die Kommunen des Landes Schleswig-Holstein eine ganz andere Sprache.

Ich bin nun schon eine ganze Weile hier im Parlament. Wenn Sie nur einmal die Zeit betrachten, in der ich der Regierung angehöre, also seit 1971: Jahr für Jahr sind diese **Zuweisungen** mit den unterschiedlichen Schwankungen aufgrund der Wirtschaftslage gestiegen. 1970 hatten wir 447 Millionen DM Finanzausgleichsmasse, in diesem Jahr, 1983, haben wir 1 017 000 000 DM; im nächsten Jahr werden es 981 Millionen DM sein. Das sind Schwankungen, die eigentlich natürlich sind.

Und wenn Sie die **Leistungen außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs** hinzurechnen: 1970 waren es 544 Millionen DM, im Jahre 1984 werden es 1 330 000 000 DM sein.

(Minister Claussen)

Wenn Sie sich einmal die Entwicklung dieser Zahlenreihen ansehen, dann stellen Sie ganz deutlich eine ständig steigende Tendenz fest. Diese Tendenz ist weit stärker, Herr Liebrecht – das sage ich noch einmal –, wenn man sie prozentual umrechnet, als die jeweilige Inflationsrate.

Sie meinten vorhin, der Zuwachs, der im nächsten Jahr nach altem Recht einträte, wäre nur ein Ausgleich für die Inflationsrate. Das ist nicht richtig. Wir haben eine Inflationsrate von jetzt ungefähr 3 %. Wir haben aber eine Finanzausgleichsmasse von rund 1 Milliarde DM. 60 Millionen DM bedeuten 6 % von diesem Betrag, und wenn man 3 % Inflationsrate abrechnet, bleiben 3 % echter Zuwachs. Insofern ist die Steigerung der Finanzausgleichsmasse Jahr für Jahr nicht nur Ausgleich für Wertminderung gewesen, sondern es waren echte Zuwächse für die Gemeinden. Dies haben wir ja auch gewollt.

(Liebrecht [SPD]: Auch beim Landeshaushalt gab es Zuwächse!)

Ich möchte nur noch zwei Bemerkungen machen, weil meine Ausführungen sonst zu lang werden. Eben wurde noch einmal gesagt, daß sich die Aufteilung der Finanzausgleichsmasse zugunsten der **Vorwegabzüge** verschoben habe, weil die Vorwegabzüge im vergangenen Jahr nur rund 170 Millionen DM ausmachten, jetzt aber 217 Millionen DM.

Das ist – in diesen absoluten Zahlen gesehen – richtig, nur muß ich darauf hinweisen – Herr Kollege Hagemann hat das besonders deutlich gesagt –, daß wir jetzt die **Straßenbaumittel**, die bisher einen bestimmten Prozentsatz der Gesamtmasse ausmachten, in Vorwegabzüge umgewandelt haben. Dann kann man natürlich sagen, das erhöhe die Vorwegabzüge. Nur ändert das in der Sache nichts. Deshalb bitte ich doch, wenn man Vergleiche zieht, sie auch sauber und sorgfältig zu ziehen, weil wir sonst völlig falsche Debatten kriegen und falsche Fronten aufbauen, die tatsächlich überhaupt nicht da sind. Und Sie wissen auch, daß in den Vorwegabzügen jetzt die degressiven und zeitlich begrenzten Zuweisungen für die kreisfreien Städte drin sind.

Lassen Sie mich im Zusammenhang damit eine vorletzte Bemerkung machen. Verehrte Frau Kollegin Warnicke, ich habe mit großem Interesse Ihren Beitrag gehört. Es war außerordentlich erfrischend.

(Beifall bei der SPD)

Es war in der Tat erfrischend, aber dafür war es in manchen Punkten nicht richtig. Ich will nur einen Punkt aufgreifen. Sie sagten, daß die **kreisfreien Städte** ihre Möglichkeiten sozusagen schon alle ausgeschöpft hätten. Ich bin wirklich anderer Meinung.

(Frau Warnicke [SPD]: Wir laden Sie einmal zu uns ein!)

Es gibt eine Reihe von Punkten, wo wir einfach sagen müssen, daß hier noch weitere Einsparungen notwendig sind.

(Beifall bei der CDU)

Es ist hier ja schon einmal – da waren Sie allerdings noch nicht im Landtag – über die Finanzlage der kreisfreien Städte debattiert worden. Da ist es, glaube ich, der Kollege Spaeth gewesen, der sehr eindrucksvolle Beispiele gebracht hat.

Ich will nur ein Beispiel wiederholen: Wenn die eine oder andere kreisfreie Stadt es für richtig hält, ihre Bediensteten entgegen allen Prinzipien des öffentlichen Dienstes herauszuprivilegieren, kann man dies einfach nicht dulden.

(Beifall bei der CDU)

Solange man in einer anderen kreisfreien Stadt weiß, daß man für einen stadteigenen Kindergarten über 5 000 DM ausgibt, aber für die freigemeinnützigen Kindergärten nur 2 000 oder 2 500 DM, kann ich mich nur fragen, warum man nicht diesen von uns immer für richtig gehaltenen Weg geht und die freigemeinnützigen Kindergärten nimmt.

(Frau Warnicke [SPD]: Weil die so viel gar nicht haben! Das ist doch Unsinn!)

Meine Damen und Herren, solange in einer kreisfreien Stadt Kanalgebühren erhoben werden, die noch nicht einmal halb so hoch sind wie im Durchschnitt unseres Landes, kann doch niemand sagen, daß hier nicht noch Möglichkeiten vorhanden sind.

(Beifall bei der CDU)

Solange man Straßenreinigungsgebühren, Ausbaubeiträge und so weiter nicht erhebt, solange kann man doch nicht davon reden, daß die kreisfreien Städte ihre Möglichkeiten ausgeschöpft hätten.

Ich gebe Ihnen, Frau Warnicke, gern zu, daß die kreisfreien Städte in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen haben. Dies erkenne ich an. Ich weiß aber, daß es noch manche Punkte gibt, an denen die scharfe Sonde der Auf- und Ausgabenkritik ansetzen kann, um hier zu Einsparungen zu kommen.

Im übrigen, verehrte Frau Kollegin, hier von „wahrem Hohn" zu reden, wenn wir den **kreisfreien Städten** jetzt zwei Jahre 45 Millionen DM, dann 40 Millionen DM, dann 30 Millionen DM – –

(Frau Warnicke [SPD]: Nachdem Sie ihnen vorher schon jede Menge weggenommen haben!)

Hier von wahrem Hohn zu reden, ist für einen Vertreter einer kreisfreien Stadt nahezu unanständig.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich führe, wie Sie sich denken können, viele Gespräche mit allen Bereichen der Kommunen. Es ist mir nicht ganz einfach gewesen, bei den Angehörigen der anderen **kommunalen Verbände** Verständnis für diese Maßnahme zu wecken.

(Beifall bei der CDU)

Ich bitte Sie sehr: Wenn Sie solche Reden halten, dann reden Sie einmal mit dem Landgemeindetag,

(Minister Claussen)

mit dem Landkreistag, und reden Sie mit dem Städteverband, mit dem Städtebund. Dann werden Sie, meine verehrten Damen und Herren, ganz andere Meinungen über die Finanzwirtschaft der kreisfreien Städte hören. Ich glaube - das ergibt sich auch aus der Stellungnahme der kommunalen Verbände -, daß wir hier eine Linie gezogen haben, die für die einen, nämlich die anderen kommunalen Landesverbände, gerade noch tragbar ist und auf der anderen Seite den kreisfreien Städten eine wirkliche Hilfe gibt.

Abschließend, meine Damen und Herren, möchte ich mich besonders bei den Kommunalpolitikern meiner Fraktion bedanken, besonders auch bei denen, die heute hier gesprochen haben. Ich weiß, daß es allen nicht leichtgefallen ist, die Vorlage mitzutragen, ich glaube aber, daß diese Art der Novellierung doch zeigt, daß wir die Finanzmasse, die uns zur Verfügung steht, möglichst gerecht auf das Land, auf die Gemeinden verteilen. Und es besteht überhaupt keine Veranlassung, jetzt so zu tun, als ob durch diese Kürzung die Gemeinden in ihrer Investitionskraft wirklich ruiniert würden, als wenn die Gemeinden gezwungen würden, alle freiwilligen Aufgaben einzuschränken.

Eine letzte Zahl, meine sehr verehrten Damen und Herren: Die Gesamtfinanzmasse der Kreise und der kreisfreien Städte im Lande liegt bei rund 4 Milliarden DM. Wenn dann ein Eingriff von rund 150 Millionen DM vorgenommen wird, ist das ein Anteil von 3 %, und niemand erzählt mir, daß bei einer Verminderung um 3 % die Gemeinden und Kreise funktionsunfähig würden.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Titzck:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Jensen das Wort.

Jensen [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich dachte eigentlich, wir könnten es allmählich mit der Debatte bewenden lassen,

(Beifall bei der SPD)

aber dieser Beitrag des Herrn Innenministers erfordert doch eine Reaktion.

(Beifall bei der SPD)

Ich will mit dem Punkt beginnen, in dem er auf die sogenannten übertriebenen **Ausgaben der kreisfreien Städte** eingegangen ist. Er hat dabei zu erwähnen vergessen, daß es auch genügend Beispiele von anderen Gemeinden gibt. Überall werden Fehler gemacht. Überall werden nicht alle Einnahmequellen ausgeschöpft.

(Dr. Klingner [SPD]: Hier auch!)

Ich bin bisher in zwei Gemeindevertretungen kleiner Gemeinden gewesen, und ich kenne in meinem Wahlkreis auch die Politik der kleinen Gemeinden. Ich weiß ganz genau, daß diese Gemeinden einen Teufel tun, um jemals alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Ausbaubeiträge zu erheben, wenn sie Bürgersteige bauen und ähnliches tun.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie diese Summen einmal zusammenziehen würden, würden Sie weit mehr zusammenbekommen als das, was Sie hier den kreisfreien Städten vorgerechnet haben.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen kehrt man, wenn man einmal so argumentieren will, die Debatte um. Dann müssen Sie noch stärker, als Sie es bisher tun und wir es gefordert haben, den kreisfreien Städten Mittel zuwachsen lassen.

Sie haben ja auch in Ihrem Finanzausgleichsgesetz offenbar nach Ihren Bekundungen vorgehabt, einen Ausgleich zwischen den finanzschwachen und den finanzstarken Gemeinden herbeizuführen. Sie haben dies getan, indem Sie allen etwas weggenommen haben, den einen weniger, den anderen mehr. Dies war nicht der Ausgleich, den wir uns vorgestellt haben. Die Finanzkraft der einzelnen Gemeinden haben Sie nach wie vor nicht hinreichend berücksichtigt. Das war das Ziel der Debatte, die wir zum Bericht über den Raumordnungsplan geführt haben. Wir wollten erreichen, daß die finanzstarken und die **finanzschwachen Gemeinden** bei der Zuweisung von zentralörtlichen Mitteln wirklich angemessen berücksichtigt werden.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Ziel haben Sie mit Ihrem Finanzausgleichsgesetz überhaupt nicht erreicht.

(Vizepräsident Dr. Schübeler übernimmt den Vorsitz)

Sie haben den einen mehr, den anderen weniger genommen. Aber den eigentlichen Ausgleich zwischen finanzschwachen und finanzstarken Gegenden haben Sie nach wie vor nicht erzielt.

Ich will noch einen Eindruck zu den Beiträgen der Mitglieder der CDU-Fraktion vermitteln. Ich hatte streckenweise oft den Eindruck, daß Sie hier auf der Basis von Zuwächsen im Finanzausgleich reden. Sie taten so, als wenn Sie 150 Millionen DM mehr in den Topf hineingestopft hätten,

(Beifall bei der SPD)

anstatt tatsächlich die Streichung entsprechender Mittel zu begründen.

(Buhmann [CDU]: Nicht einmal zuhören können Sie!)

Wenn ich Herrn Hagemann angehört habe, der sagt: „Wir haben mehr für unsere Gemeinden", dann ist das ein Beispiel dafür. Sie vergleichen ständig die Zahlen von 1983 mit 1984. Sie hätten die Zahlen von 1984 nach altem Recht mit den Zahlen von 1984 nach neuem Recht vergleichen müssen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

(Jensen)

Dann hätten Sie in all diesen Fällen gemerkt, daß überall massive Einschränkungen durchgeführt werden, bei den Kreisen, bei den kreisfreien Städten und auch bei den übrigen Gemeinden. 150 Millionen DM kann man nicht einfach irgendwo im Sande versikkern lassen. Die müssen sich schon bei den einzelnen Gemeinden auswirken.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Spaeth.

Spaeth [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Jensen, ich hatte auch nicht vor, hierherzugehen; aber wenn Sie sich dann schon so äußern, dann muß darauf auch noch etwas entgegnet werden.

Wissen Sie, wenn Sie sich darauf berufen, daß nicht nur in den kreisfreien Städten, sondern auch in anderen Gemeinden nicht alles berücksichtigt wird und nicht alle Beiträge erhoben werden, dann ist das zweifellos richtig. Das wird niemand bestreiten. Der entscheidende Unterschied besteht aber darin, daß die einen lautstark gefordert haben, auf Kosten der anderen Geldmittel aus dem Finanzausgleich bekommen zu müssen. Und wenn man das tut, dann muß man sich gefallen lassen, daß zunächst einmal überprüft wird, ob man die eigenen Möglichkeiten alle ausgeschöpft hat. Das ist eben der Unterschied, und den können wir hier jetzt nicht einfach wegdiskutieren.

Ich will jetzt gar keine Schuldzuweisungen und solche Dinge vornehmen. Ich habe ja schon im Dezember deutlich gemacht - wie ich meine -, daß es bei den **kreisfreien Städten** vor allem der Titel „Sozialhilfe" ist, der dort zu großen Problemen führt und der diese Probleme dort auch potenziert hat. Das ist ein Sachverhalt, den man den kreisfreien Städten nicht anlasten kann. Das habe ich sehr deutlich gemacht. Es gibt aber eben auch andere Bereiche, in denen man das sehr wohl kann. Ich will das nicht alles wiederholen, ich will nur daran erinnern; das kann man dann ja nachlassen.

Wir haben nicht so getan, als sei dieser Eingriff kein Eingriff. Ich habe ja hier selbst von „bitterer Pille" gesprochen, die wir einnehmen müssen, von bitterer Medizin. Nur, es ist doch gelungen, diesen Eingriff im wesentlichen bei den sogenannten **Vorwegabzügen** zu machen. Weil das so ist - wenn wir einmal die Kreise ausklammern; aber Sie haben ja hier im wesentlichen von Gemeinden gesprochen -, kann man schon davon reden, Herr Innenminister, daß bei der Mehrzahl der Gemeinden auch nach dem Vergleich „altes Recht - neues Recht" eine Minderung nicht in nennenswertem Umfang eintreten wird.

Jedem Bürgermeister, gleich welcher politischen Couleur, der etwa - das ist hier ja so angedroht worden - behaupten würde, man stelle jetzt „Essen auf Rädern" ein, und der das mit diesem Eingriff begründete, dem würde ich dann einiges erzählen. Ich meine, das wäre eine Begründung, die auf gar keinen Fall akzeptiert werden könnte.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man das im Einzelfall machen sollte, dann hat das sicherlich andere Hintergründe. Diesen Grund jedenfalls könnte ich nicht akzeptieren, und ich glaube, Sie könnten das auch nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Klingner.

Dr. Klingner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Innenminister hat mich provoziert, mich noch einmal zu Wort zu melden. Ich habe Ihnen heute morgen schon vortragen dürfen, was es mit der Abgabenbelastung der Bürger in diesen Jahren auf sich hat.

(Liebrecht [SPD]: Hat er leider nicht begriffen!)

Und dann muß ich an dieser Stelle, nachdem Sie so etwas über **Gebühren** und dergleichen ausgeführt haben, darauf hinweisen, daß die Bürger unseres Landes derzeit ja geradezu von einer Lawine von Gebührenerhöhungen betroffen werden. Wenn Sie - Sie und andere - draußen im Lande immer über die steigende Abgabenbelastung sprechen und sagen, daß das alles nicht sein sollte, dann können Sie nicht gleichzeitig

(Zuruf des Abgeordneten Gunnesson [SPD])

in Ihrem Erlaß die Abgabenlast nach oben drücken wollen, auch die Realsteuern gern nach oben drücken wollen, wie es da in verklausulierten Worten steht, und dann wieder nach draußen hin sagen: „Die Steuern sind zu hoch". Sie betreiben zur Zeit - darauf muß hingewiesen werden - eine **Politik der Abgabensteigerung** -

(Beifall bei der SPD)

auch im kommunalen Bereich. Ihr Erlaß weist es eindeutig aus. Und, wie gesagt, das soll doch einmal vermerkt werden. Sie haben es heute wieder getan.

Dann komme ich auf einen anderen Punkt. Sie haben die Abwassergebühren einer Kommune angesprochen. Es ist richtig, die **Abwassergebühren der kreisfreien Städte** sind niedriger als im Durchschnitt.

(Möbusz [SPD]: Die sind kostendeckend!)

Aber die sind doch nach dem Kostendeckungsprinzip nicht beliebig steigerbar. Sie können doch nicht sagen, die betragen nur die Hälfte, wenn die kreisfreien Städte nach dem Kostendeckungsprinzip gar nicht mehr nehmen dürfen.

Hier kommt noch ein weiterer Teil hinzu, der auch Ihr Haus betrifft und den ich hier ansprechen muß: Einige Kommunen - es ist eine bestimmte, an die ich denke - möchten ja gern in diesem Bereich mehr tun, mehr Geld in die Abwasserbeseitigung stecken, um

(Dr. Klingner)

dort die Verhältnisse zu verbessern. Dazu müßten sie aber zunächst Kredite aufnehmen, um vorzufinanzieren. Aber Ihr Haus wendet sich dagegen und sagt: Nein, ihr habt schon so viele Kredite, ihr dürft nicht. - So sind Sie selbst daran beteiligt, daß dort nicht mehr geschehen kann und daß die Gebühren auch nicht erhöht werden können.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist, wohlgemerkt, richtig, daß die Abwassergebühren dort nicht so hoch sind, aber Sie sollten zusammen mit dem MELF einmal prüfen, ob nicht wirklich in den kreisfreien Städten mehr geschehen könnte - auch mit Hilfe von Krediten - und ob Sie nicht tatsächlich Ihre Praxis der Genehmigung solcher Kredite ändern müßten. Sehen Sie, wenn Sie schon so ein Stichwort geben, Herr Innenminister, dann müssen Sie es sich auch gefallen lassen, daß auf Ihre Praxis verwiesen wird, und diese Praxis ist die der Abgabensteigerung und der Behinderung der Kommunen bei solchen Vorhaben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Innenminister.

Claussen, Innenminister:

Verehrter Herr Kollege Klingner, offenbar sprechen wir über dieselbe Großstadt. Dann bitte ich Sie aber auch, sich richtig zu informieren. Mein Haus hat sich niemals geweigert, Kredite zu genehmigen, die dazu dienen, sich rentierliche Dinge zu bauen. Und dazu gehören auch **Kanalanlagen**. Wir haben es immer wieder gesagt: In solchen Fällen muß die Stadt bereit sein, die Gebühren anzuheben, um die neuen Anlagen zu finanzieren. Ich glaube, daß wir uns auch im Einzelfall gern noch einmal darüber unterhalten können. Ich würde das vorschlagen, weil Sie dann das, was Sie eben gesagt haben, nicht mehr sagen können.

Im übrigen, lieber Herr Klingner, muß ich zurückweisen, daß wir eine **Politik der Abgabenerhöhungen** betreiben.

(Beifall bei der CDU)

Sie wissen, daß wir seit Jahren in den Haushaltserlassen immer wieder darauf hinweisen, daß die Kommunen gehalten sind, ihre Quellen, ihre Steuerquellen, ihre Abgabenquellen, auszuschöpfen. Wir haben es einfach über viele Jahre hinweg, wenn nicht über Jahrzehnte hinweg für falsch gehalten, daß die Kommunen ihre Bürger in bestimmten Bereichen subventionieren. Dies ist nicht richtig. Überall dort, wo man Abgaben erheben kann, wo man Müllgebühren, Kanalgebühren, Straßenreinigungsgebühren und so weiter erheben kann, soll man dies tun. Dies ist keine neue Erfindung. Wir haben immer gesagt, daß **kostendeckende Gebühren** erhoben werden müssen. Und wenn die Kosten steigen, müssen die Gebühren erhöht werden. Das hat mit einer generellen Politik einer stärkeren Steuerbelastung überhaupt nichts zu tun.

Es gibt, meine Damen und Herren, den vernünftigen Grundsatz, daß die Kommunen ihre Steuerquellen ausschöpfen müssen, jedenfalls dann, wenn sie zusätzliches Geld vom Land haben wollen. Jeder kann soviel oder sowenig Steuern erheben, wie er will, nur, wenn er Geld vom Land fordert, dann müssen wir verlangen, daß er seine eigenen Steuerquellen ausschöpft.

(Beifall bei der CDU)

und die Anstrengungen unternimmt, die wir von jeder anderen Gemeinde in Schleswig-Holstein auch verlangen.

(Beifall bei der CDU - Spaeth [CDU]: Das ist richtig!)

Und hieraus das zu konstruieren, was Sie, Herr Klingner, daraus konstruiert haben, ist in der Tat völlig falsch und neben der Sache liegend.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 4, 5 und 9 liegen nicht mehr vor. Ich schließe damit die Beratung über diese angeführten Tagesordnungspunkte.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ich schlage vor, daß wir zunächst gemeinsam über die Überweisung des Haushaltsgesetzentwurfs und des Finanzplanes abstimmen. Es ist ja beabsichtigt, den Haushaltsgesetzentwurf und den Finanzplan federführend an den Finanzausschuß und zur Mitberatung an alle Fachausschüsse zu überweisen. Wer das so beschließen will, den bitte ich um dasnHandzeichen. - Danke sehr! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Jetzt der Tagesordnungspunkt 3: Ich schlage vor, daß wir - weil hier Finanzausschuß, Innenausschuß, Agrarausschuß, Kultur-, Jugend- und Sportausschuß und Sozialausschuß betroffen sind - in gleicher Weise beschließen, dieses Haushaltsbegleitgesetz an die Fachausschüsse, federführend an den Finanzausschuß, zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist ebenfalls einstimmung so beschlossen.

Jetzt kommen wir zum Tagesordnungspunkt 4 - Finanzausgleichsgesetz: Ich schlage vor, den Entwurf federführend an den Innen- und Rechtsausschuß, mitberatend an den Finanzausschuß zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichnen. - Danke sehr! Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Es ist ebenfalls so beschlossen.

Jetzt der Tagesordnungspunkt 5, der Antrag der SPD „Sanierung des Landeshaushalts" - Drucksache 10/144: Betroffen ist hier der Finanzausschuß, wenn ich es richtig sehe. Vorgeschlagen war, glaube ich, ebenfalls die Überweisung an den Finanzausschuß. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke sehr! Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist ebenfalls einstimmig so beschlossen.

(Vizepräsident Dr. Schübeler)

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Beschlüsse zu den einzelnen Tagesordnungspunkten gefaßt. Ist das Haus einverstanden, wenn ich noch den Punkt 7 der Tagesordnung aufrufe? Wir haben gerade noch so viel Zeit, daß wir diesen Tagesordnungspunkt sicherlich noch behandeln können. Ich würde dann so verfahren, wie es hier in der Tagesordnung steht. Herr Abgeordneter Ramler, ist das so in Ordnung?

(Ramler [SPD]: Ja!)

– Das Haus ist damit einverstanden.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 7 auf:

Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Bereich der Krankenhäuser

Antrag der Fraktion der SPD
Druchsache 10/146

Ich erteile zur Begründung dem Herrn Abgeordneten Ramler das Wort.

Ramler [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten gestern abend Gelegenheit, uns über die Ausbildungsplatzsituation auch für das Jahr 1984 zu unterhalten und wir haben, trotz mancher Nebentöne, auch eine gewisse Übereinstimmung bei der Beurteilung der Lage erzielt. Herr Minister Westphal, ich danke Ihnen für die Bestätigung.

Das bedeutet also, daß wir heute schon wissen, daß die Situation auf dem Ausbildungsmarkt 1984 sicherlich nicht besser, sondern eher schlechter sein wird, als sie es 1983 war. Das heißt auch, daß wir damit rechnen müssen, daß besonders eine Gruppe, nämlich die Mädchen, wieder größere Schwierigkeiten haben werden, einen geeigneten Ausbildungsplatz zu finden, und das, obwohl sie oft bessere Schulabschlüsse als die Jungen mitbringen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Darf ich einen Augeblick unterbrechen. Meine Damen und Herren, es herrscht ein bißchen Unruhe im Hause. Ich bitte, dem Redner mit Aufmerksamkeit zu folgen, und wenn Sie Gespräche führen wollen, das draußen zu tun.

Herr Abgeordneter Ramler, Sie haben das Wort.

Ramler [SPD]:

Diese Tatsachen haben mehrere Gründe, meine Damen und Herren. Sie wissen, daß wir über 400 Ausbildungsberufe haben, aber nur 25 % davon werden auch für Mädchen und Jungen angeboten, und nur 25 % sind ausschließlich für Mädchen vorgesehen. Das bedeutet, daß die Chancen für **Mädchen**, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, von vornherein schlechter sind.

Hinzu kommt – auch das sollten wir bedenken –, daß wir durch den **Wegfall** des **BAföG** auch eine Möglichkeit für Mädchen verschlossen haben, an den Besuch der allgemeinbildenden Schule eventuell noch den Besuch einer Berufsfachschule anzuschließen. Das bedeutet, daß dieser Personenkreis verstärkt auf die offenen Ausbildungsplätze drängt. Darum müssen wir für die Mädchen, die es besonders schwer haben, zusätzliche Investitionen tätigen und zusätzliche Ausbildungsplätze schaffen.

Hierüber besteht nicht nur in diesem Hause Einigkeit, sondern, wie ich in einer jüngsten Veröffentlichung des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft feststellen konnte, auch auf Bundesebene seitens der Bundesregierung. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung hat darüber hinaus in einer gemeinsamen Erklärung mit den Spitzenverbänden der Krankenkassen darauf hingewiesen, daß es 1984 möglich sein müsse, besondere und zusätzliche Ausbildungsplätze im **Bereich der Krankenhäuser**, sprich im Bereich der Krankenpflege- und der Krankenpflegehelfer-Schulen, zu schaffen.

Staatssekretär Anton Pfeifer aus dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft – Sie sehen, ich wähle in erster Linie CDU-Politiker, damit wir möglichst schnell zu einer Einigung kommen – hat dazu folgendes ausgeführt:

> „Bei einer Aufnahmekapazität von etwa 25 000 Krankenpflegeschülerinnen und -schülern in den krankenpflegerischen Berufen im ersten Ausbildungsjahr könnten wir bei einer Überlastquote von 10 % auf einen Schlag 2500 zusätzliche Ausbildungsplätze in diesem Bereich schaffen. Das würde bei 1270 Krankenpflegeschulen im Bundesgebiet bedeuten, daß jeweils nur zwei zusätzliche Ausbildungsplätze pro Krankenpflegeschule geschaffen werden müßten."

Er fährt fort, und ich meine das, was er hier feststellt, ist wichtig:

> „Diese Überlastquote wäre auch unter dem Gesichtspunkt des langfristigen zusätzlichen Bedarfs wünschenswert."

(Beifall bei der SPD)

Er stellt weiter fest, daß in den nächsten Jahren, wenn die geburtenschwachen Jahrgänge nach 1985 auf uns zukommen werden, auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen im Krankenpflegebereich sicherlich zurückgehen wird. Und er sagt noch ein Weiteres, und das ist auch entscheidend, daß bereits heute in Zeiten des Überangebots an Ausbildungs- und Arbeitskräften allein in der Psychiatrie 5000 Fachkräfte fehlen. Meine Damen und Herren, allein diese Ausführungen sollten für uns Anlaß sein, auf Landesebene Überlegungen anzustellen, wie wir möglichst bald zu zusätzlichen Ausbildungsplätzen in diesem Bereich kommen.

(Beifall bei der SPD)

Das Bundesministerium ist sogar noch einen Schritt weitergegangen und hat die Länder gebeten, die Ausbildungsvergütung für diese Schülerinnen und Schü-

(Ramler)

ler zu übernehmen. Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist kein unbilliger Wunsch der Bundesregierung. Wenn wir wissen, daß wir ein Sonderprogramm für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze in diesem Lande haben, dann sollte es auch möglich sein, daß für diesen Bereich Geld abgezweigt werden kann.

Nun gebe ich zu, daß es in diesem Bereich sicherlich nicht nur die Schwierigkeit der Zahlung der Vergütung gibt. Wir haben hier auch eine Bestimmung, daß Auszubildende auf den Stellenplan der Krankenhäuser anzurechnen sind. Es kann, glaube ich, nicht im Sinne von Sondermaßnahmen sein, daß die Qualität der Betreuung in den Krankenhäusern dadurch leidet, daß drei Schülerinnen oder Schüler auf eine Fachkraft entfallen und damit auf den Stellenplan angerechnet werden müssen. Sinn dieser Maßnahme kann nur sein, daß diese Schülerinnen und Schüler zusätzlich im Krankenhaus vorhanden sind und ausgebildet werden.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie so wollen, ist diese zur Zeit noch bestehende Bestimmung für diesen Sonderfall eine ausbildungshemmende Vorschrift. Erlauben Sie mir den Hinweis, daß Sie mit der Abschaffung von **ausbildungshemmenden Vorschriften** ja Ihre Erfahrungen haben. Wir jedenfalls durften die Erfahrung machen, wenn Sie der Meinung waren – aus unserer Sicht waren es nicht ausbildungshemmende Vorschriften –, abgeschafft werden sollten, das dann auch verhältnismäßig schnell geschehen ist. Ich meine daher, daß wir auch diese Hürde gemeinsam werden nehmen können, indem wir für diese Personen, die zusätzlich eingestellt werden, vorübergehend die Anrechnung auf den Stellenplan abschaffen.

Meine Damen und Herren, wir würden mit der Annahme dieses Antrages vielen jungen Menschen in Schleswig-Holstein eine echte Chance der Ausbildung geben. Das ist unser Ziel. Falls Sie der Meinung sind, daß wir wegen der Kürze der Zeit diesen Antrag nicht deutlich genug formuliert haben und deshalb nicht sofort darüber abstimmen können, bitten wir, den Antrag federführend an den Ausschuß für Soziales, Vertriebene, Gesundheit und Familie zu überweisen. Mitberatend sollte der Wirtschaftsausschuß eingeschaltet werden, weil er sich für das Sonderprogramm für zusätzliche Ausbildungsplätze zuständig fühlt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat die Frau Sozialministerin.

Gräfin von Brockdorff, Sozialministerin:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat am 23. August in diesem Hohen Hause erklärt, daß wir – die Landesregierung – Mitverantwortung für den Ausbildungsbereich tragen. Ich darf betonen „Mitverantwortung".

Die Verantwortung der Ausbilder – der Unternehmen und Handwerksbetriebe in der gewerblichen Wirtschaft wie in dem hier angesprochenen Bereich der Krankenhausträger – bleibt daneben selbstverständlich bestehen. Wir können und wollen nicht – und wir sollten dies auch nicht – die spezifische Verantwortung der Arbeitgeber auf den Staat abwälzen. Ausbildung erfordert nicht nur organisatorische Vorkehrungen, die Bereitstellung von Plätzen, von sachlicher und personeller Ausbildungskapazität, Ausbildung kostet auch Geld. Diese Mittel bereitzustellen, wird von der Verantwortung der Arbeitgeber für die Ausbildung mit umfaßt.

Ich möchte hier feststellen, daß unsere **Krankenhausträger**, die die Krankenpflege, die Kinderkrankenpflege und die Krankenpflegehilfeausbildung durchführen, bereits Beachtliches geleistet haben.

Wir haben 30 Schulen für Krankenpflege, davon 24 in öffentlicher Trägerschaft und sechs in privater oder frei gemeinnütziger Trägerschaft, acht Schulen haben wir für Kinderkrankenpflege – alle in öffentlicher Trägerschaft – und 30 Schulen für Krankenpflegehilfe. Davon sind 23 in öffentlicher Trägerschaft und sieben in privater oder frei gemeinnütziger Trägerschaft.

Die **Zahl der Ausbildungsplätze** ist kontinuierlich gewachsen. So wurden im Jahre 1978 an den 38 Schulen für Kranken- und Kinderkrankenpflege im Lande 1942 Schüler und Schülerinnen, und an den Schulen für Krankenpflegehilfe 88 Schüler und Schülerinnen ausgebildet. Bis zum Jahre 1982 stieg die Zahl der Plätze in der Kranken- und Kinderkrankenpflege um rund 330 und in der Krankenpflegehilfe um rund 70 Plätze, also insgesamt um 400 Plätze.

(Beifall des Abgeordneten Stich [CDU])

Das entspricht einer Steigerung von 18 %. Rund 230 Plätze davon gehen auf das Konto des 300-Millionen-DM-Programms der Landesregierung. Meine Damen und Herren, erfreulich ist, daß die Träger nach Auslaufen dieses Landesförderungsprogrammes die Platzzahl gehalten haben. Hierfür möchte ich an dieser Stelle den Krankenhausträgern danken.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der Opposition! Der Kern Ihres Antrages erweckt den Anschein, als ob die Landesregierung in jüngster Zeit im Rahmen von Sondermaßnahmen keine zusätzlichen Ausbildungsplätze in der Krankenpflege und in der Krankenpflegehilfe geschaffen hätte. Aber das Gegenteil ist der Fall. Ich möchte Ihnen das jetzt erklären.

Im Jahre 1983 wurde die Zahl der Ausbildungsplätze für die Landeskrankenhäuser um 87 erhöht. Die **Landeskrankenhäuser** stellen jetzt insgesamt 302 Plätze für die Ausbildung in der Krankenpflege und Krankenpflegehilfe. Davon werden 170 Plätze über die Pflegesätze finanziert, 132 Plätze im Rahmen der Maßnahme zur Verminderung der Jugendarbeitslosigkeit.

(Ministerin Gräfin von Brockdorff)

Die Ausbildungsstellen an den **Hochschulen** in Kiel und Lübeck sind im Jahre 1983 um 180 vermehrt worden.

Daneben werden von zahlreichen **Krankenpflegeschulen** Sonderlehrgänge abgehalten - für Umschüler in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern.

(Hager [SPD]: Wollen Sie nun den jungen Mädchen helfen oder nicht?)

- Wir helfen Ihnen ja, wie Sie eben hören können.

(Zurufe von der SPD)

Ich nenne zum Beispiel die Landeskrankenhäuser, die Medizinische Hochschule in Lübeck und in Kiel, das Kreiskrankenhaus Rendsburg und das Kreiskrankenhaus Kaltenkirchen. An all diesen Krankenhäusern wird Umschulung vorgenommen.

(Marschner [SPD]: Aber viele dieser Aktionen wurden nicht fortgesetzt!)

- Wir haben jetzt das Jahr 1983. Ich meine, wir sollten erst einmal über die Maßnahmen dieses Jahres reden.

(Beifall bei der CDU - Marschner [SPD]: Wir diskutieren jetzt aber über den Haushalt 1984!)

- Das Jahr 1984 haben wir noch nicht.

(Marschner [SPD]: Im Haushalt 1984 wird das nicht fortgesetzt!)

- Vielleicht sollten wir zunächst einmal über das sprechen, was wir alles tun.

(Beifall bei der CDU)

Was wir nächstes Jahr tun werden, darüber können wir im kommenden Jahr sprechen.

(Ramler [SPD]: Erlauben sie uns, vielleicht dann übernächstes Jahr darüber zu sprechen, was wir letztes Jahr getan haben? - Heiterkeit bei der SPD - Weitere Zurufe von der SPD)

An der Schule der Rot-Kreuz-Schwesternschaft in Kiel läuft zur Zeit ein Lehrgang mit Umschülern. Am Kreiskrankenhaus Husum wird - jetzt hören Sie gut zu! - zum 1. April 1984 - das wollten Sie ja gern hören - ein Zusatzlehrgang eingerichtet, und die Ostseeklinik Damp errichtet zum 1. März 1984 eine neue Krankenpflegeschule mit 20 Schülern.

(Marschner [SPD]: Das lohnt sich kaum!)

Dazu aber noch etwas. Wir stoßen jetzt allerdings in der krankenpflegerischen Ausbildung an die Grenzen der Möglichkeiten. Dafür sind zwei Gründe maßgebend.

Erstens. Die Zahl der Ausbildungsplätze an den Krankenhäusern ist aus sachlichen Gründen nicht beliebig vermehrbar.

(Stich [CDU]: Sehr richtig!)

Diese Ausbildung wird an Schulen durchgeführt, die mit einem Krankenhaus verbunden sein müssen. Im Mittelpunkt der Maßnahmen und Bemühungen eines Krankenhauses steht aber das Wohl der Patienten. Weil der Schüler zu zwei Dritteln seiner Ausbildung praktisch ausgebildet wird, muß er Kontakt zum Patienten und Umgang mit ihm haben.

(Beifall des Abgeordneten Rösler [CDU])

Wir wollen keine Hörsaalkrankenpflege, bei der dem Schüler und der Schülerin am Phantom die Krankenpflege beigebracht wird.

(Beifall bei der CDU)

Eine patientenorientierte Krankenpflege mit der nötigen menschlichen Zuwendung kann nur im täglichen Umgang mit den Patienten vermittelt und ausgebaut werden. Zur Zeit stehen etwa 7000 examierte Kranken- und Kinderkrankenschwestern gut 2000 Schülern und Schülerinnen der Kranken- und Kinderkrankenpflege gegenüber. Das entspricht einem Verhältnis von 3:1 und ist nach unserer Ansicht zu verantworten.

Aber, meine Damen und Herren, eine weitere Veränderung durch die zusätzliche Einstellung von Schülern könnte zu Einbußen in der **Qualität der Ausbildung** führen, was meines Erachtens weder den Schülern noch den Patienten zugemutet werden kann.

(Ramler [SPD]: Sie hätten eigentlich nur nach vorn kommen und sagen können: Wir wollen das nicht!)

Hier muß man die Frage stellen, ob die Vermehrung von Ausbildungsplätzen und die dadurch entstehende Notwendigkeit, vor Ort, das heißt im Krankenzimmer zu unterweisen, nicht auch für die Patienten problematisch wird.

(Hager [SPD]: Nein sagen wäre schneller gegangen!)

Ein zweiter Grund: Die Ausbildung in der Krankenpflege ist leider eine sehr teuere Ausbildung.

Die Gründe für die hohen Ausbildungskosten liegen im wesentlichen in der Ausbildungsvergütung, in den Personalnebenkosten und in den Kosten für theoretischen und praktischen Unterricht.

(Glocke des Präsidenten!)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Frau Sozialminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Lindenmeier?

Gräfin von Brockdorff, Sozialministerin:

Ich bitte, zunächst einmal meinen Vortrag zu Ende halten zu dürfen.

(Zuruf von der SPD: Nur nicht kneifen! - Weitere Zurufe von der SPD)

Dabei ergibt sich im ersten Jahr eine monatliche Belastung von 1300 DM, im zweiten Jahr von 1500 DM und im dritten Jahr von 1670 DM für die

(Ministerin Gräfin von Brockdorff)

Ausbildung. Das heißt, in drei Jahren kostet uns ein Schüler rund 55 000 DM.

Ich weiß genau, daß uns die Kosten allein nicht schrecken dürfen, Ausbildungsplätze zu schaffen. Allerdings ist die Landesregierung aber auch gehalten, die begrenzt ihr zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel so effektiv wie möglich einzusetzen.

(Hager [SPD]: Das ist doch eine Milchmädchen-Rechnung!)

Aus verschiedenen Gründen, die ich hier nicht weiter ausbreiten möchte, kann nun einmal mit der gleichen Summe des Geldes in der gewerblichen Wirtschaft im Vergleich zur Krankenpflege ein Vielfaches an Ausbildungsplätzen geschaffen werden.

Ich betone daher noch einmal: Die Landesregierung hat im Rahmen von Sondermaßnahmen an den Landeskrankenhäusern und den Hochschulkliniken noch zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen.

(Jensen [SPD]: Nicht genug!)

Sie wird auch künftig in ihren Bemühungen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit besonders der Mädchen im Bereich der Krankenpflege nicht nachlassen.

(Beifall bei der CDU – Wiesen [SPD]: Wer hat das bloß geschrieben?)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Herr Abgeordneter Sickmann, hatten Sie sich zu Wort gemeldet oder wollten Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Sickmann [SPD]: Ich wollte eigentlich eine Zwischenfrage stellen, das hat sich aber erledigt! – Aniol [CDU]: Er hat sich am Kopf gekratzt!)

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Amthor.

Amthor [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Sozialministerin, ich habe Verständnis dafür, daß Sie unseren Antrag ablehnen, weil Ihnen ja offenkundig noch nicht ganz aufgegangen ist, daß wir hier einen Vorschlag von keinem geringeren als Ihren und unserem Bundesarbeitsminister Norbert Blüm vorgebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich finde es schon etwas eigenartig, wenn Sie sagen, daß wir an die Grenzen der Möglichkeiten der Ausbildung in den Krankenhäusern gestoßen sind, weil eben gerade diese Ausbildung an Krankenhäuser gebunden ist. Das letzte ist auch völlig richtig. Sie müssen dann aber auch bitte einmal genau nachgukken, wie die Situation vor Ort ist.

(Beifall bei der SPD – Frau Lindenmeier [SPD]: Genau!)

Dazu möchte ich Ihnen einmal ein Beispiel nennen. In meinem Wahlkreis gibt es eine Privatklinik, nämlich die **Paracelsus-Klinik**, die im Krankenhausbedarfsplan aufgenommen worden ist, und es gibt einige Kilometer Luftlinie entfernt ein Kreiskrankenhaus, eben das **Kreiskrankenhaus Kaltenkirchen**, das Sie selbst zitiert haben. Dieses Kreiskrankenhaus besitzt eine Krankenpflegeschule und bildet bis an die Grenze der Kapazität, sogar noch darüber hinaus, freiwillig aus. Sie bildet zum Beispiel auch die Einjährigen aus. Wenn Sie sich einmal mit den Räumlichkeiten dieses Krankenhauses und dieser Schule vertraut gemacht hätten, müßten Sie einsehen, daß das teilweise unhaltbare Zustände sind, wie dort ausgebildet werden muß

(Beifall bei der SPD)

wegen der Zahl der Schüler. Nebenan gibt es die Paracelsus-Klinik. Diese Paracelsus-Klinik ist in etwa genauso groß – es sind ein paar Betten mehr. Sie besitzt weder eine Krankenpflegeschule noch eine Krankenpflegehilfeschule. Jetzt kommt der Knüller in der Geschichte.

(Ramler [SPD]: Jetzt hören Sie einmal genau zu!)

Die Paracelsus-Klinik hat jetzt über das Arbeitsamt 13 Praktikantinnen bekommen. Die werden dort für ein Jahr aufgenommen und erhalten nach Abschluß keine Qualifikation. Dabei wäre es für Hauptschüler ein leichtes, einen Abschluß zu bekommen, der ihnen dann nach einer dreijährigen Berufsausbildung die Möglichkeit gäbe, an die Krankenpflegeschule zu gehen, wenn das eine Krankenpflegehilfeschule wäre.

(Ramler [SPD]: Richtig!)

Damit hätten sie einen vollkommen qualifizierten Abschluß,

(Beifall bei der SPD)

weil das dann der mittleren Reife, wenn die Voraussetzungen erfüllt wären, gleichgestellt würde.

Nun kommt das nächste. Die Einrichtung einer Krankenpflegehilfeschule bedarf ja wohl nur eines Antrags beim Sozialministerum.

(Ramler [SPD]: Oder eines Anstoßes!)

Diese Bedingungen würde die Paracelsus-Klinik erfüllen. Es müssen nach dem Gesetz – wenn ich das richtig gesehen habe – sein: 1. Geeignete Unterrichtsräume. Die sind vorhanden, denn immerhin müssen die Praktikanten auch irgendwo in der Klinik sein. 2. Die Ausbilder müssen nur „normale" Krankenschwestern oder -pfleger sein. 3. Es müssen Ärzte vorhanden sein, die die Krankheitslehrefächer unterrichten. All diese Bedingungen sind erfüllt. Nun frage ich mich, warum die Klinik nicht den Antrag gestellt hat. Mein Verdacht ist, daß es hier im wesentlichen darum geht, daß billige Arbeitskräfte eingestellt werden,

(Beifall bei der SPD – Marschner [SPD]: Das kannst du bei der Firma annehmen! – Ramler [SPD]: Nach der Rede der Ministerin noch mehr!)

(Amthor)

denn die Kosten für die Praktikanten werden nämlich ganz vom Arbeitsamt übernommen. Ich meine, es würde noch schlimmer, wenn sich ein Gerücht bewahrheitete, daß nämlich klinikintern die Stellen der Praktikanten auf den Stellenplan angerechnet werden.

Ich fordere Sie, Frau Ministerin, auf, mit Ihrem ganzen Einfluß darauf hinzuwirken, daß diese Klinik wenigstens eine Krankenpflegehilfeschule bekommt.

(Beifall bei der SPD - Arens [SPD]: Klarstellung verlangen!)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Rösler.

Rösler [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Ramler! Wir haben gestern über diese Situation unserer jungen Menschen diskutiert, und Sie werden - das wissen Sie ganz genau - uns immer an Ihrer Seite finden, wenn es darum geht, darüber nachzudenken,

(Ramler [SPD]: Bis jetzt ja, jetzt zweifele ich daran!)

neue Vorschläge zu erarbeiten, wie wir unseren jungen Menschen, die bisher einen Ausbildungsplatz nicht gefunden haben, noch helfen können, einen zu finden. Das gilt auch für diesen Ihren Antrag. Deswegen verstehe ich Ihre Aufregung überhaupt nicht, denn die Frau Ministerin hat diesen Antrag mit keinem Wort abgelehnt, sondern sie hat lediglich dargelegt, was schon jetzt in den Krankenhäusern des Landes, in den Krankenhäusern der Kommunen und der freigemeinnützigen Träger über das Ausbildungs-Soll hinaus getan worden ist.

(Ramler [SPD]: Wenn Sie zustimmen, dann nehmen wir alles zurück! Dann haben wir uns mißverstanden!)

Meine Damen und Herren, dafür sind wir den eben genannten, vor allen Dingen den freigemeinnützigen Trägern und den kommunalen Trägern sehr dankbar.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns mit der Begründung Ihres Antrags noch einmal kurz beschäftigen. Herr Kollege Ramler, Sie haben Ihre Forderung mit dem jetzigen und dem späteren Bedarf begründet. Ich weiß natürlich, daß wir in unseren Krankenhäusern über Jahre hinaus, als die Ausbildungssituation andersherum schwierig war, als wir nämlich keine jungen Leute bekamen, die in diese Ausbildungsberufe hineingegangen sind, lange Zeit zu wenig ausgebildet haben; wir haben aber diese Zeit lange hinter uns, und es gibt heute die Situation, daß junge Menschen, die ihre Ausbildung im Krankenhaus beendet haben, auch dort schon nicht mehr ihren Arbeitsplatz garantiert bekommen können.

Es ist also nicht so, daß wir, wenn wir jetzt über den Bedarf hinaus ausbilden, auch einen **Arbeitsplatz** nach dieser dreijährigen Ausbildung **garantieren** könnten, wozu wir glücklicherweise lange in der Lage gewesen sind.

Meine Damen und Herren, wir haben ja die Tatsache vor uns, daß in den Krankenhäusern die **Belegungen** zurückgehen und daß die Bevölkerung abnimmt. Auch das läßt nicht erwarten, daß hier wesentlicher neuer Bedarf entsteht. Von der Kostenentwicklung in unseren Krankenhäusern will ich in diesem Zusammenhang gar nicht reden. Aber auch hier wird uns eine Steigerung des Personals sicherlich in der Zukunft nicht leicht zu machen sein.

Ich bin aber trotzdem der Meinung, meine Damen und Herren, daß wir weiterhin vermehrt über den Bedarf hinaus ausbilden sollten, weil wir in unseren Krankenhäusern noch eine große Zahl von nicht voll examinierten Pflegekräften haben, die uns in den Jahren, als wir zu knapp mit Pflegekräften waren, geholfen haben. Nur wird das ein langsamer Abbau, ein langsamer Austausch sein, denn wir können ja diese bewährten Kräfte, die uns in der damaligen Situation geholfen haben, heute nicht auf die Straße setzen; das wollen wir auch nicht.

Meine Damen und Herren, es kommt aber noch eines hinzu. Nicht jeder junge Mensch, der in der Pflege Kranker tätig sein will, ist dafür auch geeignet. Dazu gehört ja ein bißchen mehr als das Wollen; denn diese Ausbildung im pflegerischen Beruf setzt ja nicht nur den Willen voraus, das zu tun, sondern auch eine gute schulische Ausbildung und Grundlage in naturwissenschaftlichen Fächern. Da scheitert es eben manchmal, so daß der eine oder andere nicht genommen werden kann.

Meine Damen und Herren, Ihr Antrag wird mit dem Kostenanstieg begründet, und Sie sagen, im Gesundheitswesen würden „zusätzliche Ausbildungsstellen für Krankenpfleger und Krankenpflegerhelfer nicht in den Pflegesatz übernommen". Die meisten unserer Krankenhäuser bilden über den Bedarf hinaus aus und zahlen die zusätzlichen Kosten aus ihren eigenen Haushalten. Das habe ich vorhin schon gesagt. Aber wir haben vorhin vom Kollegen Ramler gehört, die Krankenkassen würden im Verhältnis 1:3 bis 1:5 anerkennen, und Sie, Frau Ministerin, haben uns ja gesagt, was das kostet. Fünf kosten ungefähr soviel wie zwei voll ausgebildete Pflegekräfte. Die Krankenkassen übernehmen also hier einen Großteil dieser Ausbildung über die Pflegesätze.

Nun müssen Sie doch zugeben - auch das ist zu prüfen -, daß wir bei der Vermehrung von Ausbildungsstellen nicht zulassen dürfen, daß die **Qualität der Ausbildung** in unseren Krankenhäusern leidet. Das muß oberstes Gebot sein; das gehört einfach zur Ehrlichkeit dazu.

Aber, meine Damen und Herren, dieses Thema hat ja noch eine andere Seite. In unseren Krankenhäusern ist ja nicht nur Pflegepersonal beschäftigt. Schauen Sie einmal, wie viele Berufe - es sind mehrere Dutzend - in einem Krankenhaus tätig sind. Hier sollten

(Rösler)

wir einmal prüfen - wir haben es bei uns im Krankenhaus getan -, ob wir nicht in der Küche, in den Werkstätten, in den Verwaltungen, beim EDV-Personal und wo immer noch Möglichkeiten finden, zusätzliche Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sollten im Ausschuß darüber nachdenken und sollten darüber reden. Ich halte nichts davon, wenn wir diesen Antrag so heute annehmen, weil ich meine, wir müssen noch weitere Diskussionen haben, um uns in diesem Thema noch sachkundiger zu machen. Dann haben die paar Wochen auch noch Zeit; denn wir müssen ja auch die Krankenhäuser draußen und nicht nur die Krankenhäuser des Landes in die Überlegungen mit einbeziehen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meyer.

Meyer [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Die Landesregierung will Sondermaßnahmen zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze durchführen. Die SPD meint, daß man hier den Bereich der Krankenpflege und Krankenpflegehilfe mit berücksichtigen sollte.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Gedanke ist gut, und der Vorschlag ist vernünftig vom Kollegen Ramler begründet worden.

Frau Ministerin, Sie haben darin eine Kritik gesehen. Ich empfinde diesen Antrag nicht als Kritik. Daher schlage ich von vornherein einfach vor, daß wird das Wort „auch" in der dritten Zeile streichen und in der vierten Zeile die Worte „noch mehr" einfügen. Dann wäre alle Kritik außen vor und es hieße: „... Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze den Bereich der Krankenpflege und Krankenpflegehilfe noch mehr zu berücksichtigen". Dann wäre überhaupt nichts Kritisches gesagt, dann wäre alles positiv, und dann bin ich der Meinung, daß wir diesen Antrag doch heute schon annehmen könnten, weil alles das, was Sie gesagt haben, Frau Ministerin, von uns akzeptiert wird. Wir haben nichts kritisiert. Die Arbeit in den Krankenhäusern wird von uns voll und ganz anerkannt; wir kritisieren nicht die Leute, die dort beschäftigt sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir erkennen nur - ich glaube, da spreche ich auch im Namen der SPD -, daß wir in unseren **Krankenhäusern mehr Personal** benötigen. Aus diesem Grunde, damit wir also später, wenn die Wende gekommen sein wird und wir mehr Mittel zur Verfügung haben werden, auch mehr Personal zur Pflege der Kranken werden einsetzen können, bilden wir denn schon jetzt mehrere junge Menschen aus. Wir schlagen hier mehrere Fliegen mit einer Klappe.

Zum Kollegen Rösler, der sagte, daß die Bevölkerungszahl sinke. Ich hoffe, daß die Bevölkerung auch in diesem Lande mehr Optimismus hat und daß wir mehr Kinder kriegen.

(Rösler [CDU]: Optimismus allein reicht ja nicht!)

- Nein, das andere schaffen wir schon.

(Heiterkeit)

Wenn auch die Bevölkerungszahl etwas zurückgeht, Herr Kollege Rösler, befinden wir uns doch momentan in allen Gesellschaften in einer so schwierigen Lage, daß wir mit mehr Krankheiten und daher auch mit mehr Pflegeaufwand rechnen müssen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn wir uns einmal - ich mag das kaum aussprechen - die internationale Situation betrachten, dann muß man ja befürchten, daß wir sehr schnell in eine Lage kommen können, in der wir sehr viel Personal benötigen.

Insgesamt gesehen und im Hinblick auf die zukünftige Planung bin ich der Meinung, daß wir die Vorlage der SPD sofort annehmen könnten, wenn es sein soll, dann auch mit meinen Änderungsvorschlägen. Wenn auch das nicht geht, dann bin ich doch froh, daß wir eine Ausschußberatung durchführen können, so daß wir vielleicht danach den Antrag annehmen werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ramler.

Ramler [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vier kurze Bemerkungen: Wenn durch den Wegfall des Wortes „auch" nach Meinung der Mehrheitsfraktion die bisherigen Anstrengungen der Landesregierung gewürdigt werden, sind wir mit der Änderung einverstanden.

Zweite Bemerkung! Ich habe selten in diesem Hause erlebt, daß so an einem Antrag vorbei diskutiert worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß natürlich, Kollege Rösler, daß Sie gestern, während der Finanzminister hier gesprochen hat, ausführlich durch die Abteilung des Sozialministeriums unterrichtet worden sind, was hier heute eventuell ablaufen könnte. Aber offensichtlich sind Sie wie auch die Frau Ministerin überrascht gewesen, daß ich ausschließlich Argumente von CDU-Politikern beziehungsweise des Bundesministeriums, das von der CDU besetzt ist, als Begründung für unseren Antrag genannt habe.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die dritte Bemerkung lautet: Ich habe auch Verständnis für eine neue,

(Ramler)

amtsjunge Ministerin, wenn sie den Wunsch hat, gleichzeitig einmal Leistung mitzuverkaufen. Aber ich habe kein Verständnis dafür, wenn sie nicht so schnell schalten kann, daß sie zumindest dann in einigen Sätzen auch auf den Antrag selbst sachlich eingeht.

(Beifall bei der SPD)

Die vierte Bemerkung! Ich kann es einfach nicht verstehen, daß hier ein von der SPD-Fraktion gestellter Antrag, der, wie sich später herausgestellt hat, identisch mit CDU-Forderungen ist, einfach nur deswegen abgelehnt wird, weil er von der SPD gestellt wird.

(Rösler [CDU]: Der wird doch nicht abgelehnt! Wer hat das denn gesagt?)

Meine Damen und Herren von der Mehrheitsfraktion, geben Sie sich doch einen Ruck, zeigen Sie doch auch den jungen Leuten auf der Tribüne einmal, daß Sie für zusätzliche Maßnahmen Verständnis haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Schübeler:

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen zu Punkt 7 der Tagesordnung liegen nicht mehr vor. Ich schließe damit die Beratung über diesen Tagesordnungspunkt.

Es ist beantragt worden – und die Abstimmung über diesen Antrag geht vor –, den Antrag an den Sozialausschuß zu überweisen.

(Stich [CDU]: Von Ablehnung hatte auch niemand gesprochen!)

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke! Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Gegen einige Stimmen ist die Überweisung an den Sozialausschuß beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich habe gehört, daß die Fraktionen übereingekommen sind, an dieser Stelle die Abwicklung der Tagesordnung zu unterbrechen. Wir werden die verbleibenden Tagesordnungspunkte also morgen ab 10 Uhr behandeln.

Ich mache noch darauf aufmerksam, daß morgen früh um 9.30 Uhr im Gartensaal des Landtagsgebäudes eine Ausstellung „Europäische Gemeinschaft – Europäisches Parlament" eröffnet werden wird. Die Abgeordneten sind dazu eingeladen.

Ich schließe die Sitzung.

Schluß: 18.12 Uhr

Ausgegeben am 17. November 1983

Die Plenarprotokolle sind fortlaufend und einzeln beim Verlag Schmidt & Klaunig, Ringstraße 19, 2300 Kiel, Fernruf 6 20 95/96, zu beziehen.